Männer: Frauenquote als Karrierekiller Seite 3

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 38 – 23. September 2016
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Über Deutschland haben sich etliche Gefahren zusammengebraut: Der Reichstag in Berlin Bild: mauritius

Es kann jederzeit passieren

Überall lauern neue Krisen: Der Grat für die Regierenden bleibt denkbar schmal

Nach Berlin sollte erst einmal Ruhe einkehren. Doch im Hintergrund lauern neue Krisen, die jederzeit ausbrechen könnten.

Das Parteiensystem der alten Bundesrepublik ist endgültig tot, die das System einst tragenden Parteien sind keine Volksparteien mehr. Das Ergebnis der Berlin-Wahl hat gezeigt, dass die neue Ordnung ohne große Volksparteien keine vorübergehende Erscheinung sein wird.

Denn obwohl sie eine neue Partei ist, haben sich die Resultate der AfD erstaunlich früh stabilisiert. Seit den Wahlen im März ist weder ein nennenswerter weiterer Zuwachs noch ein Wiederabsinken der „Blauen“ festzustellen. Ist das neue, das Fünf- bis Sechs-Parteien-System damit bereits etabliert? Wäre dem so, könnten schon heute Voraussagen für die kommenden Bundestagswahlen in einem Jahr und die Zeit danach gemacht werden. Denn bleiben die Kräfteverhältnisse, wie sie sind, blieben in der Folge nur zwei Optionen: eine Fortsetzung der schwarz-roten Koalition unter CDU-Führung oder ein Bündnis aus Union, Grünen und FDP – beides vermutlich unter der Leitung von Angela Merkel.

> Eine neue Asylflut dürfte der AfD den dritten Schub geben

Voraussetzung dafür ist indes, dass nichts Außergewöhnliches geschieht. Doch da lauert einiges: Die Asylflut steigt schon wieder an in Italien, in Griechenland und an Nordafrikas Küste. Wie es aussieht, wäre die deutsche Politik für einen neuen Ansturm kaum besser gerüstet als 2015. Zwar wird allenthalben beteuert, was man alles „auf den Weg gebracht“ habe. Allein: Auf die Frage, was denn schon konkret erreicht worden sei, fällt die Antwort verräterisch dürr aus. Eine neue Welle dürfte der AfD den dritten Schub versetzen, nachdem sie über die Euro-Krise überhaupt Partei werden konnte und durch die Asylflut teilweise auf Augenhöhe mit den ehemaligen Volksparteien gelangt ist.

Gefahr droht den Etablierten zudem von den schon hier lebenden Asylbewerbern, wie die Ereignisse von Bautzen erneut zeigen (siehe unten). Infolge völligen Regierungsversagens sind Hunderttausende unkontrolliert ins Land gelangt. Weitere Konflikte sind da beinahe unausweichlich und werden das Unsicherheitsgefühl der Deutschen weiter vertiefen – von den Gefahren des Terrors ganz zu schweigen.

Derzeit helfen die Nullzinsen, die aus der Schulden- und Euro-Krise resultieren, den Politikern, die finanziellen Folgen ihres Versagens mit Gratis-Geld zuzukleistern. Das aber wird nicht ewig gutgehen. Ist es mit dem Nullzins vorbei, werden die Kosten sichtbar und die Bürger merken schlagartig, dass sie in einen Schein-Wohlstand eingelullt worden sind.

Die drohenden Krisen können sehr plötzlich auftreten. Sie werden ein Volk treffen, das seinen politischen Kompass in weiten Teilen verloren hat und sich von realitätsfernen Gefühlen hat leiten lassen. Das Trägheit für Gelassenheit und Desinteresse für Toleranz hielt. Dessen Reaktion auf einen solchen Einschlag ist kaum zu kalkulieren. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Von Sinnen

Unbeirrt hat die Kanzlerin ein Jahr lang an ihrem umstrittenen Satz „Wir schaffen das“ festgehalten. Erst unter dem Eindruck des Wahldebakels in Berlin tat sie so, als sei sie einsichtsfähig. Mit einer Kurskorrektur in der Asylpolitik hat Angela Merkels halbherzige Distanzierung von ihrem Ausspruch indes nichts zu tun. Denn trotzig erklärt sie ihre fatale Entscheidung, über eine Million Fremde unkontrolliert ins Land zu holen, nicht etwa für falsch oder relativiert diese, sondern sie meint lediglich, dass diese Ereignisse sich so nicht wiederholen dürften.

Gern würde Merkel „die Zeit um viele, viele Jahre zurückdrehen“, um sich auf die Situation vor einem Jahr vorbereiten zu können. In der Tat wäre nicht nur ihr, sondern unserem Land ein Zeitsprung zurück in den Dezember 2003 zu wünschen. Damals wurde auf dem 17. CDU-Parteitag in Leipzig eine Rede gehalten, in der es unter anderem hieß: „Manche unserer Gegner können es sich nicht verkneifen, uns in der Zuwanderungsdiskussion in die rechtsextreme Ecke zu rücken, nur weil wir im Zusammenhang mit der Zuwanderung auf die Gefahr von Parallelgesellschaften aufmerksam machen. Das ist der Gipfel der Verlogenheit, und eine solche Scheinheiligkeit wird vor den Menschen wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen. Deshalb werden wir auch weiter eine geregelte Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung fordern.“ Und auf den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder bezogen hieß es: „Wer so stur ist, der ist reformunfähig. Und wer so reformunfähig ist, der ist regierungsunfähig.“ Die Rednerin war die Oppositionsführerin Merkel, die, anders als die Kanzlerin Merkel, in der Zuwanderungsfrage nicht von Sinnen war.

Bautzen war erst der Anfang

Zahl der nach Westeuropa kommenden radikalisierten islamischen Jugendlichen nimmt weiter zu

Mit den Krawallen von Bautzen hat die misslungene Aufnahmepolitik der Bundesregierung einen neuen Höhepunkt und eine neue Qualität erreicht. Erstmals spielt sich die Konfrontation zwischen „Wutbürgern“ aller Couleurs und gewaltbereiten Asylbewerbern nicht mehr vor und in Asylbewerberunterkünften ab, sondern im Zentrum einer Stadt, vor aller Öffentlichkeit. Erstmals werden diese Straßenkämpfe auch politisch, vor allem von der linksradikalen Seite, ausgeschlachtet, um für ein anarchistisches Gesellschaftsmodell zu demonstrieren, denn bei den Demonstrationen der „Autonomen“ waren Landtagsabgeordnete der Linkspartei und der Grünen mit dabei. Rainer Wendt, der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), sieht Deutschland am Beginn einer Gewaltspirale, andere sprechen von bürgerkriegsähnlichen Szenen.

> DPolG-Chef warnt vor Gewaltspirale

Seit den islamistischen Messerattacken vom Sommer dieses Jahres war bekannt, dass unbegleitete Jugendliche aus mehrheitlich muslimischen Bürgerkriegsländern ein immer größeres Problem der Zuwanderungspolitik und der islamistischen Terrorszene darstellen, dass von dieser Gruppe ein besonderes Gewaltpotential ausgeht, weil sie zwar als Asylbewerber einreisen, dann aber hier nicht unter das Asylrecht fallen, sondern unter das Jugendrecht. Dieses schützt sie vor allen gegen gewaltbereite Asylbewerber mögliche Sanktionen. Dabei dürfte bekannt sein, dass 15- bis 16-Jährige aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan oft nur Gewalt und keinerlei staatliche oder elterliche Autorität mehr erlebt haben. Auch den Islam haben sie nur noch als wesentlichen Teil dieser Gewalt in ihren Heimatländern erlebt, entsprechend sind ihr Verhalten und ihr Islamverständnis auch hier geprägt. So ist es zu erklären, dass einer der Rädelsführer in Bautzen auf seiner Facebook-Seite mit einer Kalaschnikow posiert, so als wäre er immer noch in Syrien.

Dass die Gewalt diesmal von den jugendlichen Asylbewerbern ausging, auch wenn sie scheinbar von Anfang an in der Minderheit waren, stand, von der Polizei amtlich bescheinigt, von Anfang an fest, auch wenn später so genannte Rechtsradikale herhalten mussten, um die tagelangen auf die Krawalle folgenden Demonstrationen zu erklären. In Bautzen wurde dazu noch der folgenschwere Fehler begangen, eine Gemeinschaftsunterkunft für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge mitten in einer Großstadt einzurichten. Dazu noch in einer Stadt, die seit Jahren keinerlei Jugendbetreuung etwa in Form eines Jugendzentrums mehr kennt.

> Rädelsführer posiert mit Kalaschnikow

Nach neuesten Statistiken über die in diesem Jahr über Italien in die EU hineinströmenden vorwiegend afrikanischen Wirtschaftsflüchtlinge ist der Anteil der Männer noch höher geworden als im letzten Jahr. Vor allem aber ist der Anteil der unbegleiteten Minderjährigen auf 20 Prozent aller Zuwanderer gestiegen. Einer IFOP-Umfrage unter den Muslimen Frankreichs zufolge hat der Anteil der radikalisierten Islamisten, die jegliche Werte der Republik ablehnen, unter Frankreichs muslimischen Jugendlichen bereits die 50 Prozent-Marke überschritten, während er unter der Gesamtzahl der Muslime „nur“ ein Viertel ausmacht. Frankreich ist schon eine Stufe weiter als Deutschland, während hier islamistische gewaltbereite Jugendliche noch mit Kalaschnikows nur auf Facebook posieren, sind in Frankreich einige von ihnen schon zur Tat übergegangen. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Schläger mit Immunität

Lissabon – Die 17-jährigen Zwillingssöhne des irakischen Botschafters in Portugal haben einen 15-jährigen Einheimischen ins Koma geprügelt und ihm dabei schwerste Verletzungen zugefügt. Angeblich, so die bereits mehrfach korrigierte Aussage der Täter, hätten Bekannte des Opfers sie Stunden zuvor provoziert. Der Fall löste landesweites Entsetzen aus und führte zu heftigen Reaktionen. So verwies die Regierung in Lissabon den irakischen Botschafter und seine Angehörigen des Landes und ersuchte die irakische Regierung um Aufhebung der diplomatischen Immunität der Täter. Außerdem versucht sie, ein Land zu finden, in dem die Täter auch im Falle einer Nichtaufhebung ihrer diplomatischen Immunität vor Gericht gestellt werden können. Eine Straffreiheit werde die Regierung nicht einfach hinnehmen, hieß es aus dem Außenministerium. *T.W.W.*

Christen als Hassobjekt

Istanbul – Die dem Erdogan-Vertrauten Ethem Sancak gehörende türkische Boulevardzeitung „Aksam“ hat eine Kampagne gegen das Ökumenische Patriarchat in Istanbul losgetreten. Dem Patriarchen Bartholomäus wird vorgeworfen, maßgeblich in den Putschversuch gegen die Regierung verwickelt gewesen zu sein – gemeinsam mit der CIA und der Gülen-Bewegung. Als Quelle wird ein angeblich von einem US-Autor verfasster Artikel auf einer russischen Internetseite angegeben, der sich jedoch rasch als Ente erwiesen hatte. Unterdessen kam es bereits unter Berufung auf die Kampagne zu ersten Übergriffen auf christliche Einrichtungen. Zweifellos ist der Patriarch eng mit den USA verbandelt, wie aber die winzige christliche Minderheit, deren Angehörige seit jeher nicht zur Offizierslaufbahn zugelassen werden, eine maßgebliche Rolle bei einem Militärputsch hätte spielen können, bleibt offen. *T.W.W.*

IS-Chef mit US-Ausbildung

Washington – Die Terrororganisation IS hat einen neuen Militärchef. Der Tadschike Gulmurod Chalimow war in seinem früheren Leben Scharfschütze, Angehöriger der Präsidentengarde, Oberst und Kommandeur einer Spezialeinheit der Polizei in der ehemaligen Sowjetrepublik Tadschikistan. Kurioserweise gehörte zu seinen Aufgaben auch der Kampf gegen radikale Islamisten, denn seit dem Zerfall der Sowjetunion sind diese in Afghanistans nördlichem Nachbarland eine ständige Gefahr. Der 40jährige Vater von acht Kindern reiste im Februar 2015 gemeinsam mit einer Handvoll Weggefährten nach Syrien, um sich dem IS anzuschließen. US-Medien berichteten Ende August, das US-Außenministerium habe auf Chalimow ein Kopfgeld von bis zu drei Millionen US-Dollar ausgesetzt. Dabei war es ausgerechnet das US-Außenministerium, das ihm zwischen 2003 und 2014 die Teilnahme an der Antiterror-Ausbildung in den USA ermöglicht hatte. Dort sei er vor allem für Krisenreaktionen, Geiselverhandlungen und taktische Führung ausgebildet worden, berichtet die Nachrichtenagentur „Reuters“. *B.B.*

Renzi entpuppt sich als zweiter Tsipras

Wie der griechische fordert nun auch der italienische Ministerpräsident ein Ende der »Sparpolitik«

Üblicherweise werden Namen wie Viktor Orbán oder Marine Le Pen genannt, wenn es um eine Gefährdung des Projekts EU geht. Ausgeblendet wird dabei allerdings, dass europaweit ein neuer Linkspopulismus immer einflussreicher wird.

Vor allem Italiens Premier Matteo Renzi entwickelt sich in der EU immer mehr zu einer Gallionsfigur einer linksgerichteten EU-Kritik. Erneut deutlich wurde dies nach dem EU-Sondergipfel von Pressburg (Bratislava), Während Angela Merkel gemeinsam mit dem französischen Präsident François Hollande vor die Presse trat, zerpflückte Renzi wie mittlerweile üblich im Soloauftritt die Ergebnisse des Treffens. Er erklärte, man soll jetzt nicht so tun, „als wären wir uns alle einig“. „Ich kann keine gemeinsame Pressekonferenz halten, wenn ich mit den Beschlüssen zu Wirtschaft und Immigration nicht einverstanden bin“, erklärte Renzi.

Dass der Italiener dazwischenfunkt, wenn Merkel und Hollande Einigkeit demonstrieren, hat vor allem innenpolitische Gründe. Wegen der schlechten Situation der italienischen Banken und der Vollbremsung der Wirtschaft steht Renzi mit dem Rücken zur Wand. Zudem hat Beppe Grillos Fünf-Sterne-Bewegung in mehreren Umfragen Renzis Partito Democratico (PD) als stärkste Partei Italiens überholt. Nachdem die „Grillini“ bereits im Juni Kommunalwahlsiege in den Metropolen Rom und Turin eingefahren haben, kündigte Grillo an, die Bewegung strebe nun auch eine Regierungsbeteiligung auf nationaler Ebene an. Befragen will Grillo zudem die Italiener, ob das Land weiterhin Teil der Euro-Zone bleiben soll.

Die Schlussfolgerung, die Renzi offenbar aus dieser Situation für sein politisches Überleben gezogen hat, wird inzwischen immer öfter auf den Gipfeltreffen der EU sichtbar. Bereits seit längerer Zeit steht Renzi an der Spitze einer informellen Gruppe von Staats- und Regierungschefs, die einen radikalen Kurswechsel in der EU erzwingen will. Die ausgegebene Marschrichtung: eine Abkehr vom deutschen „Spardiktat“. Die von ihm geforderten „Investitionen“ laufen letztendlich auf eine noch höhere Staatsverschuldung und Projekte wie ein großes, von Brüssel finanziertes europäisches Industrieprogramm hinaus. Inzwischen erhält Renzi dabei immer mehr Rückendeckung. In einem viel beachteten Gastkommentar für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat der österreichische Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) Reformideen für die EU vorgelegt, und ebenfalls einen Kurswechsel in der EU-Wirtschaftspolitik gefordert. Die EU werde von den Bürgern „primär als Promotor einer unfairen Modernisierung gesehen“, so Kern, der sich dafür aussprach, die öffentlichen Investitionen in der EU massiv zu erhöhen. Unübersehbar formiert sich innerhalb der EU ein informeller Block, der zusehends mobil macht.

> Linkspopulisten streben eine Vertiefung der Integration im Sinne von mehr Schuldenvergemeinschaftung an

So haben sich vor Kurzem Staats- und Regierungschefs sowie Parteipolitiker der sechs Mittelmeerländer Italien, Frankreich, Portugal, Malta, Zypern und Spanien auf Einladung des griechischen Premiers Tsipras zu einem Südeuropa-Gipfel in Athen getroffen. Auch dort war der vorherrschende Tenor: Schluss mit der „Sparpolitik“.

Als besonders heikel gilt die Lage mittlerweile in Portugal. In Lissabon gerät der sozialistische Premier António Costa (PS) zusehends unter den Druck von Kommunisten (PCP) und Linksblock (BE), die seine Regierung stützen. So hat der Linksblock wiederholt mit einem Referendum über Sparauflagen aus Brüssel gedroht. Die Kommunisten wiederum mobilisieren gegen einen Budgetentwurf für das Jahr 2017. Zwar läuft Portugals Tourismusgeschäft gut, auch sind die Steuereinnahmen gestiegen, trotzdem ist die Lage so prekär, dass die spanische Zeitung „El Economista“ bereits davon spricht, das Nachbarland sei eine „tickende Zeitbombe“. In den letzten Jahren hat die Rettung des Bankensektors Milliardenbeträge gekostet. Nun schwächeln wegen fehlender Öleinnahmen auch noch wichtige Exportmärkte Portugals wie Nigeria und Angola. In einem Interview forderte Joseph Stiglitz einen „sanften Euroaustritt“ des Landes. Laut dem US-amerikanischen Wirtschaftsnobelpreisträger kommt die Euro-Mitgliedschaft Portugal teurer als ein Ausstieg. In der Tat ist es nicht unwahrscheinlich, dass der erste Austritt eines Landes aus der Euro-Zone nicht von einem der sogenannten rechtspopulistischen Politiker wie dem Österreicher Hans-Christian Strache oder der Französin Marine Le Pen in Gang gesetzt wird. Gesprengt werden könnte der Euro vielmehr von einem linksgerichteter Politiker vom Schlage eines Matteo Renzi, der bereits in Regierungsverantwortung steht und sich unter starkem innenpolitischen Zugzwang sieht. *Norman Hanert*


Bild: action press Sipa Press

Brüder im Geiste und in der Absicht, andere EU-Partner für ihre Schuldenpolitik haften zu lassen: Tsipras und Renzi (v.l.)

Como wird zum neuen, italienischen Idomeni

Hunderte Asylsucher warten auf die Möglichkeit zur Weiterreise durch die Schweiz nach Deutschland

Hunderte afrikanischer Asylsucher campieren vor dem Bahnhof der italienischen Grenzstadt in der Hoffnung, einen Weg über die Schweiz nach Deutschland zu ergattern. Seit der Schließung der Balkanroute sucht sich der Asylsucherstrom nach Deutschland neue Wege. Zur Hauptschleuse nach Europa ist der zerfallene Staat Libyen geworden, über den Hunderttausende vorwiegend Afrikaner über das Mittelmeer nach Europa strömen. Bis Anfang September sind schon 120 000 Menschen über das Mittelmeer nach Italien gekommen. Im gesamten Jahr 2015 waren es knapp mehr als 150 000. In Italien, das sich ohnehin infolge der Wirtschaftskrise und dem Erdbeben in der Toskana an den Grenzen seiner Belastbarkeit sieht, sind die Aufnahmelager überfüllt, der EU-Verteilungsplan funktioniert nicht, die Nachbarländer riegeln die Grenzen ab oder bereiten sich darauf vor. Vorwiegend in Norditalien, wohin es die Mehrzahl der Immigranten zieht, steigt der Druck. Trotz Verbesserungen im Verteilungssystem für Asylsucher ist deren soziale Betreuung in Italien immer noch eher eine Privatangelegenheit von Kirchen und freiwilligen Initiativen, der Staat ist nicht präsent. Integration ist in Italien kein Thema. Der Staat hofft immer noch, das Asylproblem durch Durchwinken lösen zu können. So kampieren seit Monaten viele Hunderte Immigranten etwa in Mailand und Como (Chum), nahe der Grenze zur Schweiz, oder in Ventimiglia an der französischen Grenze auf den Straßen oder in improvisierten Lagern.

Praktisch alle dieses Jahr in Italien gelandeten Immigranten sind Schwarzafrikaner, die kaum einen Anspruch auf Flüchtlingsstatus und Asyl haben. Angeführt wird die Liste von Nigerianern, gefolgt von Eritreern, Gambiern und Bewohnern der Elfenbeinküste. Anspruch auf Asyl haben nur wenige. Italiens Nachbarländer sind besorgt. Anders als im letzten Jahr ist Österreich für den Fall, dass in Italien alle Dämme brechen und Tausende Afrikaner über den Brenner nach Tirol strömen, vorbereitet. Binnen weniger Stunden kann dort das Grenzmanagement am Brenner aktiviert werden, das heißt, die Zäune können hochgezogen werden. Aus diesem Grunde suchen die Immigrantenmassen auf ihrem Weg nach Norden Ausweichrouten über Frankreich und die Schweiz. In Ventimiglia an der Côte d'Azur und in Como an der Grenze zur Schweiz, beides bekannte Touristenorte, herrscht seit Monaten Ausnahmezustand. Die chaotischen Zustände dort gleichen denen in Idumeni und in Calais. Seit dem Islamistengemetzel vom Juli in Nizza kontrolliert Frankreich die nur wenige Kilometer vor der Hafenstadt gelegene Grenze noch intensiver.

In Como, nur wenige Minuten Bahnfahrt vom schweizerischen Chiasso entfernt. campieren derzeit Hunderte Immigranten in einem wilden Camp im Park vor dem Bahnhof. Seit Mai fangen Schweizer Grenzbeamte in Chiasso täglich Hunderte bis über tausend Immigranten ab. Aber offenbar nicht alle, monatlich kommen derzeit 300 bis 600 illegale Immigranten durch die Schweiz im Landkreis Konstanz an, beklagte sich der dortige CDU-Landrat Frank Hämmerle, Tendenz steigend. Angaben des Schweizer Staatssekretariats für Migration (SEM) zufolge sind zwischen Januar und Ende Juli etwa 5000 in der Schweiz registrierte Immigranten einfach verschwunden.

> Italien ist das neue Griechenland und die Eidgenossenschaft das neue Mazedonien

Der Verdacht drängt sich auf, dass angesichts wachsenden Immigrantendrucks sogar die reiche Schweiz sich auch auf das Wegschauen und Durchwinken bei Immigranten festgelegt hat.

Die meisten der afrikanischen Immigranten wollen ohnehin nicht in die Schweiz, sondern weiter nach Norden, vor allem nach Deutschland, weil viele der Immigranten insbesondere in Deutschland, wo letztes Jahr rund eine Million Asylsucher angekommen sind, bereits Verwandte haben. Falls der Druck in Chiasso zu groß würde, sollte die Armee eingesetzt werden, forderte die schweizerische Nationalrätin und Präsidentin der Schweizer liberalen Partei „FDP.Die Liberalen“, Petra Gössi. Die Alpenrepublik selbst hat an Attraktivität für Asylbewerber verloren. Gemäß einer neuen Strategie der Regierung werden in der Schweiz Asylsucher, die eine gute Chance haben, dass ihr Asylantrag bewilligt wird, nur noch zweitrangig behandelt, um diejenigen, die keine Chance haben, umso schneller abschieben zu können. Den längeren Wartezeiten wollen viele durch einen Asyltourismus ins Nachbarland Deutschland entgehen.

Der Kern des Problems liegt allerdings in Italien. Derzeit bringen alle deutschen, französischen, britischen oder anderen Schiffe der EU- und Frontex-Operationen im Mittelmeer die aufgenommenen Immigranten in italienische Häfen. Sollte der Asylsucherstau weitergehen und die Lager in Italien aus allen Nähten platzen, kann es dazu kommen, dass sich Italien schlicht weigert, diese Immigranten zu übernehmen. Dann geht Europas Immigrantenkrise in eine neue Phase. *Bodo Bost*

Rot-Rot-Grün wird wahrscheinlicher

Das künftige Kräfteverhältnis wird nicht zuletzt vom Abschneiden der AfD beeinflusst

Vor einigen Monaten galt es noch als undenkbar, doch mittlerweile ist ein rot-rot-grünes Bündnis für die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl ein durchaus realistisches Szenario. Das künftige Kräfteverhältnis wird dabei auch vom Abschneiden der Alternative für Deutschland beeinflusst.

Die Zeiten sind schlecht für die Bundeskanzlerin. Die Zustimmungswerte für Angela Merkel (CDU) sinken in den Keller, ihr Kurs in der Asylkrise hat die eigene Klientel verprellt. Derzeit wurde nur noch 30 bis 33 Prozent die Union wählen. Ändert sich die Stimmung nicht, dann bliebe der CDU nur noch eine Neuauflage der Großen Koalition mit der SPD. Die Sozialdemokraten verharren auf einem niedrigen Niveau, aber sie ziehen ein neues Selbstbewusstsein aus Landtagswahlen wie in Rheinland-Pfalz oder Mecklenburg-Vorpommern, wo es ihnen immerhin gelingt, stärkste Partei zu bleiben.

Bereits heute würde ein Bündnis aus SPD, Grünen und Linkspartei über eine rechnerische Mehrheit im Bundestag verfügen. Bisher hat die breite SPD-Mehrheit solche Überlegungen beiseite gewischt. Zu exotisch muteten manche Vorschläge der Linken an. „Außenpolitisch ist diese Partei schwer zu kalkulieren. Solange sich daran nichts ändert, wird es schwer, mit ihr auf Bundesebene zu regieren“, sagt der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner.

Doch nun scheint sich die Linkspartei zu bewegen. In der vergangenen Woche sorgte ein Strategiepapier für Aufsehen, das vom Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Matthias Höhn verfasst wurde. „Die Linke in der Bundesregierung, dieses Szenario stand noch nie wirklich zur Wahl“, schreibt Höhn, „Diese politische Option kann 2017 mobilisieren. Wir müssen den Wählern signalisieren, dass wir nicht nur bereit stehen, sondern einen Regierungswechsel wollen, um linke Politik durchzusetzen.“ Doch die vergangenen Wahlergebnisse waren bescheiden, gerade in den einstigen Hochburgen in Mitteldeutschland schwand die Zustimmung spürbar: „Wir brauchen wieder eine Machtoption, damit die Menschen einen Grund haben, die Linken zu wählen“, sagt der frühere Parteivorsitzende Gregor Gysi.

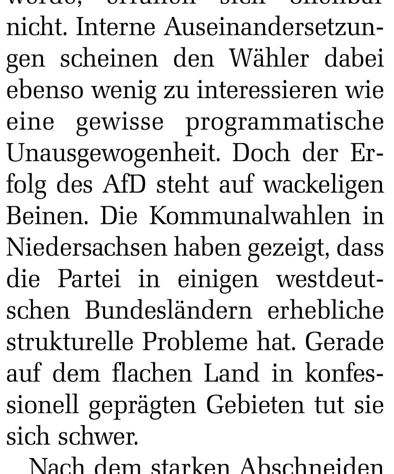
> Gregor Gysi: »Wir brauchen wieder eine Machtoption, damit die Menschen einen Grund haben, die Linken zu wählen«

„Es geht mir nicht um eine Regierungskonstellation oder Ministerposten, sondern um die historische Verantwortung. Wenn die Union nicht in die Opposition geschickt wird, wird die AfD immer stärker“, sagte Gysi dem „Tagesspiegel“. Dass es rechts von der Union plötzlich eine neue Kraft gibt, hat nicht nur die CDU überrascht. Auch die Linkspartei leidet unter dem Aufstieg der AfD. Sie will die Abwanderung ihrer Wähler zur AfD mit dem Hinweis stoppen, dass die neue Protestpartei gar kein soziales, sondern ein neoliberales Programm hat. „Eine asoziale Partei“, sei die AfD, findet Gysi. Dennoch wanderten in Mecklenburg-Vorpommern fast 20000 Stimmen von links nach rechts. „Wir als Linke müssen uns fragen, warum auch wir für viele heute offenbar Teil dieses unsozialen Parteienkartells sind“, sagt die Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht. Die Lebensgefährtin des ehemaligen saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine neigt in Sachen Einwanderung zu Tönen, die man sonst nur bei der AfD findet. Dies steht im Widerspruch zum Höhn-Papier: „Wir kritisieren die Kanzlerin nicht dafür, dass sie rund eine Million Flüchtlinge ins Land ließ. Wir kritisieren Merkel von links: für ihre Asylrechtsverschärfungen und ihre halbherzige Integrationspolitik“, heißt es dort. Auseinandersetzungen sind programmiert, auch weil Wagenknecht noch während des Berliner-Wahlkampfs betont hat, „dass man die Sorgen der AfD-Wähler ernst nehmen muss“.



Auch ihre Parteien scheinen sich anzunähern: Die ehemaligen Bundesvorsitzenden von „Die Linke“ und SPD, Gregor Gysi und Frank-Walter Steinmeier (von links) Bild: pa

Vom Abschneiden der Alternative bei der nächsten Bundestagswahl hängen die Koalitionsmöglichkeiten maßgeblich ab. Die Hoffnungen der etablierten Parteien, dass mit einer Abnahme des Asylsucherstroms auch die Zustimmung zur AfD schwinden werde, erfüllen sich offenbar nicht. Interne Auseinandersetzungen scheinen den Wähler dabei ebenso wenig zu interessieren wie eine gewisse programmatische Unausgewogenheit. Doch der Erfolg des AfD steht auf wackeligen Beinen. Die Kommunalwahlen in Niedersachsen haben gezeigt, dass die Partei in einigen westdeutschen Bundesländern erhebliche strukturelle Probleme hat. Gerade auf dem flachen Land in konfessionell geprägten Gebieten tut sie sich schwer.



Nach dem starken Abschneiden in Berlin richten sich die Blicke auf das Saarland, wo Ende März 2017 der Startschuss für das Superwahljahr 2017 fällt. Doch dort geht es drunter und drüber. Auf dem vergangenen Bundesparteitag entschloss sich eine knappe Mehrheit für eine Auflösung des Landesverbands. Der Bundesvorstand hatte ihm Kontakte ins ultrarechte Lager nachgesagt. Der Fall hängt seit Monaten vor dem Bundesschiedsgericht in der Schwebe. Eine Auflösung des Verbands würde die Wahlteilnahme in Frage stellen, eine Korrektur des Beschlusses wäre eine Steilvorlage für die Medien. Der Bundesvorstand hatte ursprünglich beabsichtigt, den saarländischen Verband weder finanziell noch personell im Wahlkampf zu unterstützen. Doch es ist fraglich, ob dies unter den obwaltenden Umständen noch möglich ist. „Der erste Schuss 2017 muss sitzen“, sagte der thüringische Landeschef Björn Höcke. Danach geht es Schlag auf Schlag. Im Mai wird zunächst in Schleswig-Holstein gewählt. Bisher ein schwieriges Pflaster für die AfD. Unmittelbar danach gehen die Augen Richtung Rhein und Ruhr. Der NRW-Landesvorsitzende Marcus Pretzell macht sich nichts vor: „Unsere Wahl wird die Schicksalswahl. Danach werden wir wissen, welche Chancen wir bei der Bundestagswahl haben werden.“

Peter Entinger

MELDUNGEN

AfD und ABW vor Fusion

Stuttgart – Die Fraktionen der Alternative für Deutschland (AfD) und der von ihr abgespaltenen Alternative für Baden-Württemberg (ABW) im Landtag von Baden-Württemberg sind auf dem Weg zur Wiedervereinigung. Auf einer Klausurtagung in Titisee-Neustadt haben sich die 22 Abgeordneten in der vergangenen Woche auf eine künftige paritätisch besetzte Fraktionsführung unter dem Vorsitz von Jörg Meuthen geeinigt. Ein formeller Zusammenschluss beider Fraktionen zu einer einzigen AfD-Fraktion solle in naher Zukunft erfolgen, sobald weitere Details geklärt seien, teilten die Fraktionen in einer gemeinsamen Presseerklärung mit. *J.H.*

Mehr Geld für Bundesbeamte

Berlin – Die Bezüge von Beamten, Richtern, Soldaten und Versorgungsempfängern im Bund sollen nach dem Willen der Bundesregierung rückwirkend zum 1. März dieses Jahres um 2,2 Prozent und zum 1. Februar 2017 um 2,35 Prozent angehoben werden. Damit soll das Ergebnis der Tarifverhandlungen für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes zeit- und inhaltsgleich bernommen werden. Ein weiterer Gesetzentwurf sieht vor, die Versorgungsrücklage zur Altersversorgung der Bundesbeamten länger als geplant zu erhalten und deren Kapital aufzustocken. Außerdem will die Bundesregierung den Zugang zum Alterssicherungssystem für Teilzeitbeschäftigte erleichtern. Künftig soll die Erfüllung der Wartezeit von fünf Jahren unabhängig vom Beschäftigungsumfang ausschließlich an der Dauer der Zugehörigkeit zum System zu messen sein. Eine Teilzeitbeschäftigung soll sich nur auf den Umfang der berücksichtigungsfähigen ruhegehaltfähigen Dienstzeit auswirken. *J.H.*

Klagewelle von Asylsuchern

Generalstaatsanwalt will BAMF-Daten beschlagnahmen lassen

Zuwanderer klagen tausendfach in fast allen Bundesländern gegen ablehnende Asylbescheide. Nur in Brandenburg gibt es einen leichten Rückgang. Die Klagewelle nach der Zuwanderungswelle bringt das Asylrecht bundesweit an seine Grenzen – politisches Kalkül und Not der Gerichte.

Sachsens Verwaltungsgerichte sahen sich alleine im August 757 neuen Klagen gegen abgelehnte Asylanträge gegenüber – im ganzen letzten Jahr hatten sie 2786 zu bewältigen. Die schon hohe Zahl wurde dieses Jahr mit 2625 beinahe schon während der ersten acht Monate erreicht. Eine Erklärung, wie die Justiz noch individuelle Fallprüfungen vornehmen soll, bleiben Landes- wie Bundespolitik schuldig.

Im selben Achtmonatszeitraum sandte das Bundesamt für Migration (BAMF) in ganz Deutschland 392833 Entscheidungen zu Asylanträgen aus. Allein aus der moderaten Ablehnungsquote von rund 22 Prozent in dieser Zeit erklärt sich, dass die Gerichte nicht noch weit mehr Menschen in kurzer Zeit auf ihre Asylgründe prüfen müssen. Zahlreiche Richter verhandeln in Sachsen inzwischen nur noch Asylklagen. Dabei wird die Mehrheit der Klagen abgewiesen – rund 600 solcher Entscheide standen letztes Jahr in Sachsen rund 200 Beschlüsse ganz oder teilweise zugunsten der Immigranten gegenüber.

In anderen Bundesländern stehen die Gerichte vor ähnlichen Problemen, brauchten bundesweit bereits im zweiten Quartal dieses Jahres im Durchschnitt 7,3 Monate für einen Fall und die Dauer der Verfahren steigt sichtbar. Das ruft „Untätigkeitsklagen“ von Betroffenen hervor – rund 7000 gegen das BAMF waren im Juni offen. Im März waren es noch 3200, wie die Antwort auf eine parlamentarische Anfrage ergab.

> »Wir haben mit dem Asylrecht schwer zu kämpfen«

Da die Zahl der neuen Asylanträge weiter wächst, wären selbst bei noch weiter sinkender Ablehnungsquote mehr Klagen zu erwarten. Eine Welle breitet sich aus: Ausgerechnet die politische „Willkommenskultur“ seit dem Spätsommer 2015 führt das Asylrecht in seine schwerste Krise. Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) fordert, es müsse auch über das Grundrecht auf Asyl geredet werden. Die mehrheitliche politische Ablehnung dieses Vorstoßes ändert wenig an der rechtlichen Notlage: „Wir haben mit dem Asylrecht schwer zu kämpfen“, sagt Stephan Kersten, Präsident des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs. In Bayern kletterten die Asylverfahren letztes Jahr auf erstinstanzlich 11071 Klagen, 52 Prozent mehr als im Vorjahr (bei etwas über 3000 im Jahr 2012). Ganze 9100 Verfahren erreichten dieses Jahr bis einschließlich Juli Bayerns Richter. Die 26 eigens dafür eingestellten neuen Kollegen können die Aufgabe kaum bewältigen. Experten fürchten: Die schwierigen Entscheidungen stehen den Gerichten erst noch bevor, beispielsweise wenn es um den Familiennachzug geht.

In Brandenburg, wo laut Justizministerium in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 1330 Klagen eingingen – bei 1342 im vergleichbaren Vorjahreszeitraum, will nun der Generalstaatsanwalt Daten des BAMF beschlagnahmen: „Ich will wissen, wer genau im Land ist, und ich möchte mir, wenn etwas passiert in unserem Land, nicht vorwerfen lassen, dass ich nicht alles vorher hätte unternehmen können“, zitieren Medien Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg. *SG*

Gern auch mit Extremisten

Evangelische Kirche hofiert sogar antisemitische Islamverbände

Margot Käßmann, ehemalige EKD-Ratsvorsitzende und „Botschafterin für das Reformationsjubiläum 2017“, wurde kürzlich mit dem „Estrongo Nachama Preis für Zivilcourage und Toleranz“ geehrt. Nachama, jüdischer Sänger griechischer Nationalität und Holocaust-Überlebender, gilt als Brückenbauer zwischen den Religionen. Der Preis wurde 2012 von der Stiftung Meridian, einer Gründung der Berliner Unternehmerfamilie Schwanbeck-Arndt, ins Leben gerufen. Die Auszeichnung erhalten Persönlichkeiten, die selbstlos für diskriminierte Minderheiten eintreten und bei „rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Übergriffen“ nicht wegschauen. Unter anderem habe Käßmann sich mit offener Kritik an Luthers antisemitischen Schriften für den Preis qualifiziert.

Diese Ehrung der „Klartext-Frau“ – mit diesem Titel würdigte Bild-Herausgeber Kai Diekmann Käßmann in seiner Laudatio – wirft Fragen in eine andere Richtung auf. Seit Jahren verschaffen evangelische Kirchengemeinden islamischen Vereinen, deren antisemitische Umtriebe offenkundig sind, regelmäßig Gelegenheiten, sich ihren Gemeinden auf „interreligiösen Festen“ oder als Prediger in den Gottesdiensten zu präsentieren. Selbst gemeinsame Auftritte mit der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG), die alljährlich in den Verfassungsschutzberichten auftaucht und dort als islamistisch eingestuft wird, scheinen den evangelischen Amtsträgern keine Bedenken zu bereiten. Milli Görüs strebt eine „islamische Ordnung“ an, also eine Ordnung, die wesentliche Grundsätze unserer Verfassung außer Kraft setzt. Überdies wird in der IGMG unverändert das Andenken an ihren 2011 verstorbenen Gründer Necmettin Erbakan hochgehalten, einen bekennenden Antisemiten. Auf die Juden anspielend, hatte sich Erbakan 2007 in einem Interview geäußert, „Zionisten“ wären „Bakterien“, der Westen werde von einem rassistischen Imperialismus, dem Zionismus regiert. Er sprach von einer zionistischen Weltverschwörung sowie vom Zionismus, der alle Kreuzzüge organisiert und die „Sekte des Protestantismus“ geschaffen habe. Unterdessen bleibt weitgehend unbemerkt, dass sie auch mit der seit 2013 in Deutschland im Aufbau befindlichen „Partei der Glückseligkeit“ (Saadet Partisi) zusammenwirkt, die ebenfalls von Erbakan gegründet wurde. Vielerorts stellt die IGMG deren Repräsentanten ihre Infrastruktur bereit. Den Verein und die Partei einen schließlich die Ideologie und die Verehrung ihres Gründers.

> Verfassungsfeinde als Gäste in Kirchen willkommen

Indes warnen einsame Rufer die Kirchen dringend vor der Zusammenarbeit mit solchen Verbänden. Diese seien – so der Freiburger Islamwissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi – meilenweit von einem aufgeklärten Islam entfernt. Den Landeskirchen gibt dies dennoch kaum zu denken. Die Beauftragte für das christlich-islamische Gespräch in der evangelischen Landeskirche Baden, Annette Steppputat, befürwortet die gemeinsamen Inszenierungen der Kirchengemeinden mit der IGMG ausdrücklich. Sie beruft sich auf den Wandel und auf Reformen in der IGMG.

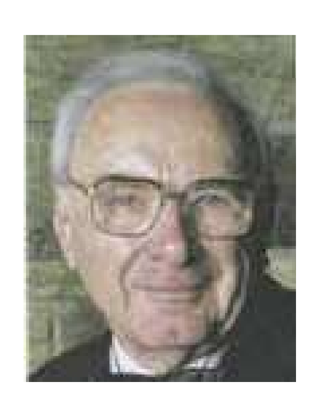
Ob die Preisträgerin Käßmann in Sachen Zivilcourage und Toleranz den ominösen Umgang ihrer Kirchengemeinden rechtzeitig zum Reformationsjubiläum ebenfalls mit Kritik bedenkt und auch dem muslimischen Antisemitismus mit „Klartext“ begegnet, bleibt abzuwarten. *Hermann Paul Winter*

Zeitzeugen



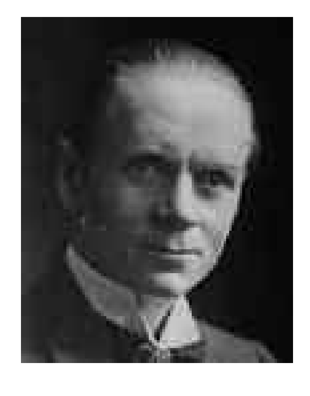
Kevin O'Rourke – Der irische Wissenschaftler hat mit Jeffrey Williamson im Jahr 1999 das Buch „Globalization and History: the Evolution of a Nineteenth-century Atlantic Economy" veröffentlicht, das mittlerweile als Standardwerk gilt.

Donald Trump – Der Kandidat der Republikanischen Partei für die US-Präsidentschaftswahl hat angekündigt, er werde internationale Handelsabkommen neu verhandeln oder aufkündigen, sollten sie zum Nachteil der USA ausfallen: „Amerikanisierung, nicht Globalisierung, das wird unser neues Credo sein", verkündete Trump in einer wirtschaftspolitischen Rede in der Autostadt Detroit im August 2016.



Herbert Giersch – „Globalisierung ist nur ein neues Wort für einen schon lange währenden Vorgang: die räumliche Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsweise bis an den Rand der Welt", so der langjährige Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft. Der 2010 verstorbene Ökonom galt als Doyen der deutschen Wirtschaftswissenschaft.

Branko Milanovic – Der 1953 geborene Ökonom veröffentlichte im Jahr 2012 eine vieldiskutierte statistische Darstellung der Entwicklung der Realeinkommen der Weltbevölkerung von 1988 bis 2008, der zufolge die globale Ungleichheit der Einkommen seit den späten 1980er Jahren zum ersten Mal seit der Industriellen Revolution gesunken ist. Ein großer Anteil daran wird dem Wachsen einer Mittelschicht in China und Indien zugeschrieben. Deutlich wurde aber auch, dass vor allem im unteren Mittelstand, bei den normalen Angestellten und Arbeitern der klassischen Industriestaaten Europas und Nordamerikas, die Realeinkommen seit 1988 wenig oder gar nicht gewachsen sind.



Norman Angell – In seinem 1910 erschienenen und seinerzeit viel beachteten Buch "The Great Illusion. A Study of the Relation of Military Power to National Advantage" vertrat der von 1874 bis 1967 lebende britische Publizist die Meinung, dass die enge wirtschaftliche Verknüpfung zwischen den Ländern einen Weltkrieg sinnlos gemacht habe.

Ruf nach Protektionismus

Rückt die Welt wirtschaftlich wieder auseinander?

Nicht zuletzt seit die Chancen von Donald Trump gestiegen sind, im November zum nächsten Präsidenten der USA gewählt zu werden, mehren sich Stimmen, die vor einem zunehmenden Protektionismus im Welthandel und sogar vor einem Ende der Globalisierung warnen.

Laut werden bereits Vergleiche mit der Situation im Jahr 1913, als kurz vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs die erste Phase der Globalisierung endete. „Damals waren neuer Protektionismus und Nationalismus die Gründe für das Ende der Globalisierung des 20. Jahrhunderts. Und etwas Ähnliches erleben wir derzeit wieder, da gibt es eindeutig Parallelen", so etwa die Einschätzung von Gabriel Felbermayr, Leiter des Münchener Ifo-Zentrums für Außenwirtschaft.

Tatsächlich gibt es verstärkte Anzeichen dafür, dass die Globalisierung ins Stocken gerät oder doch zumindest einen anderen Charakter annehmen wird. Beobachtet wird zum Beispiel die nachlassende Dynamik im Welthandel. In einer 2015 veröffentlichten Studie machten Forscher des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank darauf aufmerksam, dass der länderübergreifende Warenaustausch zuletzt nur noch um rund drei Prozent im Jahr gewachsen ist – in den zwei Jahrzehnten vor Ausbruch der globalen Finanzkrise 2007 waren es im Schnitt mehr als sieben Prozent jährlich. Immer wahrscheinlicher wird auch das Scheitern des Freihandels- und Investitionsschutzabkommens (TTIP) zwischen der EU und den USA. Ähnliche Abkommen zwischen den Europäern und Kanada (Ceta) oder den USA und Staaten des Pazifik-Raums (Trans-Pacific Partnership, TPP) sind stark umstritten.

Berechtigte Zukunftssorgen bei vielen

Unübersehbar ist auch, dass Parteien wie der Front National in Frankreich oder Österreichs FPÖ auf erheblichen Zuspruch rechnen können, wenn sie globalisierungskritische Töne anschlagen. Analog gilt in den USA die Angst vor dem sozialen Abstieg bei der weißen Mittelschicht als ein wichtiger Faktor für den bisherigen Erfolg des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump.

Einiges spricht dafür, dass in den klassischen westlichen Industrieländern berechtigte Zukunftssorgen in großen Teilen der Bevölkerung noch einmal ganz andere Dimensionen annehmen werden. Nach einer Studie der ING-DIBA sind in den kommenden Jahren durch den Vormarsch von Robotern allein auf dem deutschen Arbeitsmarkt mehr als 18 Millionen sozialversicherungsfähige Jobs gefährdet. Eine Hochrechnung die bei der IT-Jobsuchmaschine „Joblift" erstellt wurde, prognostiziert, dass die im Zuge der Industrie 4.0 neu entstehenden Arbeitsplätze in der Automatisierungsindustrie die wegfallenden Jobs nicht einmal ansatzweise kompensieren werden.

Sozial und politisch brisant ist bei der vorausgesagten Entwicklung, dass nicht nur diejenigen von einem Arbeitsplatzverlust bedroht sind, die bislang regelmäßig mit dem Etikett „Modernisierungsverlierer" versehen werden. Massenweise könnten durch die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft nämlich auch hochqualifizierte Fachkräfte in Handel, Handwerk oder der Verwaltung ihren Arbeitsplatz verlieren. Dies dürfte die Ausgangslage sein, auf der in den kommenden Jahren verstärkt über Themen wie ein bedingungsloses Grundeinkommen, Steuern auf Roboter, eine rigide Zuwanderungspolitik, aber eben auch das Ende der Globalisierung in ihrer bisherigen Form diskutiert werden dürfte. *Norman Hanert*

Die eigentlichen Verlierer

Nachdem Ökonomen wie Branko Milanovic bereits die untere Mittelschicht in westlichen Ländern als diejenige Gruppe ausgemacht haben, die einkommensmäßig von der Globalisierung bislang am wenigsten profitiert hat, lassen einige Untersuchungen vermuten, dass Angehörige der Mittelschicht in Europa und Nordamerika sogar die eigentlichen Verlierer des Globalisierungsprozesses sind. So hat das Pew Research Center, ein Meinungsforschungsinstitut mit Sitz in Washington, D.C., das nach dem US-amerikanischen Ölindustriellen Joseph Newton Pew (1848–1912) benannt ist, eine Langzeituntersuchung vorgelegt, der zufolge die Mittelschicht in den USA von einem landesweiten Abstieg betroffen ist. In den Jahren von 2000 bis 2014 war demnach die Mittelschicht in fast allen großen Städten und Metropolregionen der USA auf dem Rückzug. Wie es in der Studie heißt, geschieht „die weitreichende Erosion der Mittelschicht vor dem Hintergrund einer Abnahme der Haushaltseinkommen in den meisten Metropolregionen der USA". Festgestellt wurde, dass landesweit die mittleren Einkommen (Median) acht Prozent unter dem Wert von 1999 gelegen haben.

Die Mittelschicht schrumpft

In einer früheren Veröffentlichung hatte das Pew Research Center bereits darauf aufmerksam gemacht, dass die Mittelschicht in den USA erstmals seit 1971 auch nicht mehr die Mehrheit der Gesellschaft bildet. Sie lag im Jahr 2014 nur noch bei 49,9 Prozent. Als Gründe für diese Entwicklung werden stagnierende Löhne, steigende Kosten und eine deutliche Zunahme reicher Haushalte angegeben.

Auch in Deutschland ist der Anteil der Mittelschicht an der Bevölkerung zurückgegangen. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ist der Anteil der Mittelschicht an der Bevölkerung hierzulande in den vergangenen Jahrzehnten auf derzeit 54 Prozent geschrumpft. Vor rund 20 Jahre lag der Anteil noch bei 60 Prozent. *N.H.*



Die Mittelschicht ist der eigentliche Verlierer von Globalisierung, Automatisierung und Digitalisierung der Wirtschaft: Verlassene und verwüstete Häuser in der Pennsylvania Avenue in der ehemals blühenden US-Industriestadt Detroit

Bild: mauritius

Analogien zu vor 100 Jahren

1914 mündete die gescheiterte Globalisierung in den Ersten Weltkrieg

Auch wenn sich der Begriff „Globalisierung" erst vor wenigen Jahrzehnten im Sprachgebrauch durchgesetzt hat, gilt die Zeit von 1850 bis 1913 als erste Phase des Globalisierungsprozesses. Auf dem Höhepunkt der damaligen Entwicklung war den Wirtschaftshistorikern Kevin O'Rourke und Jeffrey Williamson zufolge fast jeder Ort auf der Erde über die Preise für Güter, über ausländisches Kapital in der Infrastruktur oder über importierte Produktions- und Geschäftsmethoden in irgendeiner Form mit Auslandsmärkten verbunden.

Als Ursache für den Zusammenbruch der freien Weltwirtschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts sehen Williamson und O'Rourke weniger den Ersten Weltkrieg als vielmehr die politische Stärke protektionistischer Gruppen. „Der Rückschlag entwickelte sich aus den Verteilungseffekten", „die Globalisierung zerstörte sich selbst", so das Fazit der beiden Wissenschaftler. Abgezeichnet hat sich ein „massiver Rückschlag gegen die Globalisierung" demzufolge bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts, und zwar ausgehend von den Bauern und Großgrundbesitzern Kontinentaleuropas als den Verlierern der Entwicklung.

Erst 1973 wurde der Integrationsgrad von 1913 wieder erreicht

Skeptiker sehen bei der aktuell anhaltenden, zweiten großen Globalisierungswelle inzwischen Parallelen zu den Ereignissen vor 100 Jahren. Waren es damals Probleme bei der Auflösung der Agrargesellschaft, so könnte nun das Verschwinden der Schicht lebenslang beschäftigter Arbeiter und Angestellter in den klassischen Industrieländern die Triebkraft hinter einer Anti-Globalisierungs-Tendenz sein. In Gang gekommen ist die anhaltende, zweite Welle einer Globalisierung nach dem Kollaps von 1913/14 erst nach dem Zweiten Weltkrieg, und das zunächst nur sehr zögerlich.

Erst im Jahr 1973 wurde in der Weltwirtschaft wieder der Integrationsgrad von 1913 erreicht. Noch länger, bis in die 80er Jahre, dauerte es, bis sich die Industriestaaten wieder auf einen liberalisierten Kapitalverkehr einließen, der sich vom Umsatzvolumen her mit der Vorkriegszeit vergleichen lässt. *N.H.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Bizarre Siegesfeier

Nach der Wahl droht ein Bündnis ohne klare Führung: Berlin steht vor rot-rot-grüner Koalition



So sehen „Sieger" aus: Am Wahlabend überreichte SPD-Chef Gabriel der Frau von Berlins SPD-Spitzenkandidat Michael Müller einen Strauß Rosen, um dem Paar zu seinem „Erfolg" zu gratulieren

Bild: pa

Eine Wahl wie ein Gemetzel: Die SPD kann mit 21,6 Prozent als bisher schwächster Gewinner der Wahlgeschichte eine Koalition der Verlierer formen, in der sie selbst keine Mehrheit hat. Die AfD, Linke und FDP legen zu, die CDU fällt aus der Rolle einer Volkspartei, die Grünen erstarren in ihrer Klientel.

Bei der Berlin-Wahl haben so viele Menschen ihre Stimme abgegeben, wie seit Jahren nicht, die Wahlbeteiligung ist um gut sechs Prozentpunkte auf 66,9 Prozent gestiegen. Doch die Volksparteien haben nichts davon. Hinter der SPD liegt die CDU mit 17,6 Prozent nur noch knapp vor den Grünen mit 15,2 Prozent, die fast gleichauf mit den 15,6 Prozent der Linken rangieren.

Stetig steigende Stimmanteile nach den ersten Hochrechnungen gab es allein für die AfD: Kurz nach 18 Uhr lag sie bei etwas über elf Prozent, im vorläufigen Endergebnis bei 14,2. Die FDP holte 6,7 Prozent. „Möglicherweise gibt es eine Koalition der Verlierer", lästerte FDP-Generalsekretärin Nicola Beer nach den ersten Hochrechnungen.

Der Osten und der Westen der Hauptstadt wählten zwar sehr unterschiedlich, die Flucht aus den Volksparteien ist jedoch beiden Teilen gemein. Bei der letzten Wahl 2011 hatte die SPD noch 28,3, die CDU 23,3, Grüne 17,6 und die Piraten noch 8,9 Prozent erhalten. Die selbsternannten Freibeuter hat der Wähler per Fallbeil auf 1,7 Prozent gestutzt. Vor Jahren als originelle Jungpartei gestartet, waren die „Piraten" mit der Zeit immer mehr zu einer ordinären Linksaußen-Truppe herabgesunken. Dafür kam jetzt die Quittung.

Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte stellt fest: Der Siegeszug der AfD wirbelt auch das linke Lager durcheinander. Die Linkspartei, 2011 noch bei 11,7 Prozent, sammelte vergleichsweise wenig Wähler ein, an die AfD gaben alle Parteien bis auf die Grünen viele Wähler ab.

> Das realitätsferne Gerede der Verlierer ließ erschauern

Aufsehenerregend war die Verbal-Akrobatik, mit welcher die Verlierer ihre krachende Niederlage einzufangen versuchten. Was die Vertreter der abgestraften Parteien seit den ersten Ergebnissen von sich geben, bildet die Verluste kaum ab.

Die Wortwahl lässt erschauern: SPD-Spitzenkandidat Michael Müller wiederholt ungeachtet der Verluste das Mantra vom „klaren Wählerauftrag", den seine Partei zur Regierungsbildung erhalten habe. Das, obwohl kaum mehr als jeder Fünfte SPD gewählt hat. SPD-Chef Gabriel verkaufte es als Erfolg, dass 90 Prozent „die nicht gewählt" hätten – er meinte die AfD, deren Name ihm aber nicht über die Lippen ging.

CDU-Kandidat Frank Henkel sah zwar einen „schwarzen Tag für die Volksparteien", sagte, „ich übernehme die Verantwortung", fügte aber gleich an, er „bleibe im Amt". CDU-Generalsekretär Peter Tauber redete von der noch amtierenden Spree-Koalition, als gehöre die CDU dieser gar nicht an: „Wenige Landesregierungen haben ein so schlechtes Standing wie der Berliner Senat." Müller sei verantwortlich. Wechselbalgartig warb die CDU trotz derartiger Angriffe um die SPD, nun ja kein linkes Bündnis einzugehen, das die Republik als Ganzes nach links verschiebe.

Es klingt, als stehe das Aus der Großen Koalition an der Spree unmittelbar noch einmal bevor – auf Bundesebene. Denn der Stadt bleibt bei der Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus nur eine Dreierkoalition: Rot-Rot-Grün oder Rot-Schwarz-Gelb. Für eine „Ampel" aus SPD, Grünen und FDP gibt es keine Mehrheit.

Eine „Kenia"-Koalition (SPD, CDU, Grüne) schließen die Grünen aus. Da für Zweierformationen jeder Art keine Mehrheit besteht, kann die Wahl nur als zweites großes „Nein" des Wählers zur Großen Koalition an sich verstanden werden.

Müller hat keine Chance, eine starke Regierung zu bilden. Die SPD wird in jeder Koalition nur einer von drei Partnern auf Augenhöhe sein, was Verhandlungen schon im Vorfeld drastisch erschwert. Die Grünen stellten bereits Forderungen (Stadtautobahn, „Neuanfang"), die dem sozialdemokratischen Rollenverständnis genauso zuwiderlaufen wie die sozialen Forderungen der Linken („Neuanfang") im Widerspruch zu ihrer bisherigen Politik stehen.

Galt früher die Regel, dass Koalitionen mit Kleinparteien vor allem die kleineren Partner verschleißen, wenn sie wenig durchsetzen, droht nun der (ehemaligen) Volkspartei SPD eine Lage, bei der sie in der Regierung auf Kernanliegen verzichten muss. Die CDU hingegen befindet sich nach der Katastrophe von Mecklenburg-Vorpommern weiter im freien Fall. Das Berliner Ergebnis erhöht die Fliehkräfte: CSU gegen CDU, CDU gegen Angela Merkel und wenige Stunden nach der Wahl sogar Merkel gegen Merkel.

Am Tag nach der Wahl räumte die Kanzlerin erstmals „Fehler" in der Asyl- und Zuwanderungspolitik ein. Das noch Wochen zuvor erneut erklungene Echo des „Wir schaffen das" ist verhallt: „Wenn ich könnte, würde ich die Zeit zurückdrehen", soll die Kanzlerin jetzt gesagt haben – ein Satz, der symptomatisch für die Hauptstadt-CDU gelten könnte.

Merkels Kurs einer „modernen" Großstadt-CDU" nahe den Grünen stößt überall auf Ablehnung. Henkel sieht nun einer schwachen Rolle in der Opposition entgegen: Mit der AfD darf er nicht reden – die anderen, vor allem linken Parteien, wollen mit ihm, dem Feindbild der linken Szene, nicht arbeiten. *SG*

Marsch für das Leben

Von Vera Lengsfeld

Am Tag vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus war das ganze politische Berlin auf den Beinen. Allerdings fiel es manchem schwer, sich zu entscheiden. Geht man zur Demo gegen Ceta und TTIP, wo linke und rechte Kritiker des Freihandels vereint sind, zum Marsch für das Leben oder zur Gegendemo der Grünen und Linken am Brandenburger Tor? Ich wollte wissen, wie es um die Demonstrationsfreiheit in Deutschland 2016 bestellt ist, da bot sich der Marsch für das Leben an, der am Reichstag beginnen sollte.

Auf dem Weg dorthin kam ich am Brandenburger Tor vorbei, wo gerade Anton Hofreiter von den Grünen das Wort ergriff. Er lieferte seinem Publikum von unter 100 Teilnehmern, meist gekleidet in der Lederkluft der 70er Jahre, alle Phrasen, die damals schon die Eltern seiner jüngeren Zuhörer serviert bekamen. Die anwesenden Veteranen nickten zustimmend zur Rhetorik ihrer Jugend. Laut Hofreiter sind die „Rechtspopulisten" in Deutschland dabei, die emanzipatorischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zerstören zu wollen. Frauenemanzipation, Gleichstellung für Schwule und Transgender seien akut bedroht. Allerdings erwähnte Hofreiter mit keinem Wort die Hauptgefahr, den Islamismus.

Die Wiese auf der Westseite des Reichstags war weiträumig abgesperrt. Die Polizei hatte offensichtlich den Befehl, Demonstranten und Gegendemonstranten strikt voneinander zu trennen. Das tat sie mit aller Konsequenz. Vor der Absperrung schrien sich etwa zwei Dutzend willige „Antifa"-Anhänger die Kehlen wund, dahinter herrschte friedliche Kirchentagsatmosphäre. Herzförmige rote Luftballons, Plakate mit Babybildern, sanfte Lieder von der Band, Redner, die das Leben feierten, auch wenn es Schmerz bedeutet.

Ich stimme in vielen Punkten nicht mit den Demonstranten überein, weil ich mir das Recht, selbstbestimmt sterben zu wollen, nicht absprechen lasse, aber emotional war ich auf ihrer Seite, denn sie zeigen die Toleranz, die ihre Gegner vermissen lassen.

Als sich der Zug in Bewegung setzte, wurden auch die Gegendemonstranten aktiv. Sie rannten neben der Demonstration her, stellten sich an markanten Stellen auf und versuchten, durch hysterisches Schreien zu stören. Einmal gelang es einem Jüngling, die Polizeikette zu durchbrechen. Er entriss einer Mutter mit behindertem Kind ein Kreuz und warf es unter dem Gejohle seiner Genossen in die Spree. Spätestens da wurde offensichtlich, dass sich die Jugendlichen benahmen, wie ihre Urgroßeltern in den 30er Jahren. Andere Meinungen niederbrüllen, Andersdenkende attackieren, ihnen verbal den Tod zu wünschen – das ist Faschismus.

Geplantes Verkehrschaos

Im Verborgenen entwickelt sich das nächste Fiasko um den BER

Zumindest was den Zeitfaktor angeht, kann es ein wichtiges Berliner Verkehrsprojekt locker mit der Dauerbaustelle BER aufnehmen. Selbst wenn der Großflughafen erst im Jahr 2018 eröffnen sollte, wird die als Zubringer gedachte „Dresdner Bahn" erst Jahre später in Betrieb gehen.

Geplant werden die Modernisierung und der Ausbau der Bahnstrecke im Süden Berlins bereits seit fast zwei Jahrzehnten. Neben den bestehenden S-Bahngleisen will die Deutsche Bahn zwei zusätzliche Gleise für den Fern- und Regionalverkehr bauen, die den Hauptbahnhof mit dem BER und später auch mit Dresden und Prag verbinden sollen.

Fast genauso lange, wie die Planungen an dem Projekt laufen, dauert der Streit, ob die Züge durch Berlin-Lichtenrade oberoder unterirdisch fahren sollen. Anwohner, die sich für eine Tunnellösung einsetzen, befürchten, dass meterhohe Lärmschutzwände das Ortsbild zerstören und Lichtenrade entlang der Bahnstrecke spalten werden. Berufen können sich die Bürger unter anderem auf eine lange bestehende Rückendeckung durch die Senatspolitik und insbesondere auf den alten Koalitionsvertrag von 2011. SPD und CDU hatten damals vereinbart, sich für eine Tunnellösung einzusetzen.

> 20 Jahre Planung – und dennoch ist bislang nichts passiert

Noch der alte rot-schwarze Senat hat sich allerdings von diesem Versprechen verabschiedet mit dem Argument, Berlin könne sich seinen Anteil an einem Tunnel weder zeitlich noch finanziell leisten. 500 Millionen Euro soll der gesamte Ausbau der rund 16 Kilometer langen Bahn-Strecke kosten. Die Bahn schätzt die Mehrkosten für einen Tunnel in offener Bauweise auf bis zu 150 Millionen Euro. Wird der Tunnel gebohrt, wären es sogar 250 Millionen Euro. Hinzu käme ein weiterer Zeitverzug.

Nachdem vom Eisenbahn-Bundesamt im November 2015 eine oberirdische Bahntrasse genehmigt wurde, peilt die Bahn derzeit einen Baubeginn 2019/20 und eine Bauzeit von vier Jahren an. Wie problematisch insgesamt die Verkehrsanbindung des neuen Flughafens ist, macht ein unlängst bekannt gewordenes Gutachten deutlich. Demnach droht bereits mit der BER-Eröffnung dem Süden Berlins ein Verkehrschaos. Prognostiziert wird, dass die zum Flughafen führende Stadtautobahn A 113 und auch die A 100 wegen der zusätzlichen Verkehrsströme zur Eröffnung des BER an ihre Belastungsgrenzen stoßen werden. *Norman Hanert*

»Ab nach Hause!«

Rückkehrer-Initiativen in Neuen Ländern: Bilanz durchwachsen

Rückkehrer-Initiativen und das „Fachkräfteportal Brandenburg" ziehen nach gut fünf Jahren Bilanz. Die fällt durchwachsen aus: Manche Landkreise sind erfolgreich, der Süden der Mark besonders, doch das Werben um Junge und Qualifizierte bleibt regional. Nachbar Mecklenburg-Vorpommern wirbt auf Landesebene aktiver.

„Jetzt geht es ab, eigentlich will jeder wiederkommen", rappte im August der Hobby-Musiker „Tiaz" für die Initiative „Comeback Elbe-Elster". Schöne Frauen vom Finanzamt, Badeseen und auf dem Land „vor Freude toben", das sind die Argumente aus Finsterwalde, mit denen Menschen in den Landstrich gelockt werden sollen, und zwar gerade jene, die ihn einst verlassen haben. Für die gibt es gute Nachrichten: mehr Arbeitsplätze abseits von Potsdam und vom Berliner Speckgürtel. Wo regionale Gruppen aktiv werben, stellen sich Erfolge ein. Allein „Comeback Elbe-Elster" hat seit 2012 rund 200 Interessierte beraten. Die bisherige Förderung durch das Land droht allerdings im Dezember auszulaufen.

Das offizielle „Fachkräfteportal Brandenburg" hingegen ist nüchtern, ohne aktuelle Nachrichten.

> Brandenburgs Süden ist besonders erfolgreich

Eine Stellenbörse, ein paar Kontaktadressen und der Hinweis auf die Arbeit der Landkreise machen noch keine Initiative. Auch vom Arbeitsministerium gibt es wenig. Die Zukunftsagentur Brandenburg argumentiert mit steigenden Zugriffszahlen auf das Fachkräfteportal. Eine Analyse und flächendeckendes Werben stehen aus – nur wo Einzelne aktiv werden, fördert die Landespolitik mit. In Frankfurt (Oder), Märkisch-Oderland oder Dahme-Spreewald fehlen Ansprechpartner. Anderorts springen Firmen ein. Gemeinden haben jüngst die Postkartenaktion „Ab nach Hause!" gestartet: Mit dem Bild junger Leute beim Umzug sprachen Lauchhammer, Senftenberg, Schwarzheide, Großräschen und Finsterwalde Weggezogene über deren Familien an.

Mecklenburg-Vorpommern überlässt Rückholangebote nicht dem Zufall. Mit „mv4you" bietet es professionellen Service aus einer Hand. Aktionen für Pendler, Tipps, Erfolgsgeschichten, Informationen für Unternehmen und aktuelle Veranstaltungen gehören dazu. Wer will, kann sein Bewerberprofil mit Stellenangeboten gezielt vergleichen. Rund 2,5 Millionen Menschen haben die Neuen Bundesländer seit 1989 verlassen, eine Million sind zurückgekehrt, so das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig. *SG*

MELDUNGEN

Tschechien macht dicht

Prag – Nach Angaben des tschechischen Innenministers Milan Chovanec wird sein Land bis zum Ende des Jahres keine Immigranten mehr aufnehmen. Nach Maßgabe des EU-Türkei-Vertrages wäre das Land zwar in diesem Jahr zur Aufnahme von 80 Personen aus türkischen Lagern verpflichtet, doch könne laut Chovanec in dieser kurzen Zeit nicht sichergestellt werden, dass es sich bei diesen nicht um Terroristen handelt. Zudem stellte der Minister fest, dass Tschechien den „Schleusungsvertrag" mit einer zunehmend repressiven und ihren Krieg gegen die Kurden verstärkenden Türkei grundsätzlich für verfehlt halte. *T.W.W.*

Türken bald wieder vor Wien?

Ankara – Islamische Nationalisten haben unter dem Slogan „die Türkei ist der Führer" die „Osmanische Partei" gegründet. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Politik der Türkei grundlegend zu ändern. Nichts solle so bleiben, wie es ist, zitiert die englischsprachige Ausgabe der Zeitung „Hürriyet" den Parteivorsitzenden Ibrahim Ünye. Außerdem strebt sie nach territorialer Expansion auf dem Balkan und in Südosteuropa, will sie doch „alle jene Gebiete zurückgewinnen, auf welche unsere Vorfahren unter dem Zeichen der türkisch-islamischen Einheit bereits einmal ihren Fuß gesetzt haben". Niemand werde in der Lage sein, „uns moslemischen Boden streitig zu machen", so Ünye. Zur Erreichung ihrer Ziele werde seine Partei bis zum Äußersten gehen. Schon bald werde sie „ein Camp haben, ihr Training beenden und ihre Projekte vorstellen". Dies würden Projekte „für die Muslime in der Türkei und der Welt" sein. Ünye versichert, dass die Mitglieder der Partei „aus dem Herzen der moslemischen türkischen Gesellschaft" kämen. *J.H.*

Ankara auf Schmusekurs mit Moskau

Das Nato-Mitglied Türkei bietet Russland eine Zusammenarbeit auch auf dem militärischen Sektor an

Die Aussöhnung zwischen Russland und der Türkei nach dem Abschuss einer russischen Militärmaschine durch die Türken und der nachfolgenden Entschuldigung Recep Tayyip Erdogans bei Wladimir Putin nimmt ihren Fortgang, und das mit einer erstaunlichen Geschwindigkeit. Es ist, als wäre der türkischen Seite jeder Vorwand recht, sich von ihren Nato-Verbündeten zu distanzieren und sich weiter Moskau anzunähern.

Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu ist von der Allianz schwer enttäuscht. Die Nato arbeite mit der Türkei nicht als gleichberechtigt zusammen, so der Minister, und behandle das Land ebenso wie Russland als Staat zweiter Klasse. Vordringlich geht es ihm dabei um Militärtechnik. „Es erscheint uns, als ob Nato-Mitglieder sich in Fragen des Technologieaustausches und gemeinsamer Investitionen ausweichend verhalten. Die Türkei aber möchte ihre Verteidigungsindustrie entwickeln und ihr Abwehrsystem stärken."

Damit nicht genug. Cavusoglu setzte auf das militärisch-technischen Anliegen einen politisch-strategischen Sprengsatz drauf: „Sollte Russland in diesem Sinne Interesse zeigen, sind wir bereit, die Möglichkeit einer Zusammenarbeit in diesem Bereich zu berücksichtigen." Die militärische Zusammenarbeit eines Nato-Mitglieds mit Russland – eine solche Vorstellung ist unerhört, und nicht nur in der Türkei sagt ein Außenminister so etwas nur mit ausdrücklicher Einwilligung wenn nicht gar auf Betreiben des Präsidenten.

Premier Binali Yildirim bestätigt diese Annahme. Er erklärte, gegebenenfalls könnte Russland die Nato-Luftwaffenbasis Incirlik in der südwestlichen Türkei nahe der syrischen Grenze nutzen. Dieses Angebot überrascht umso mehr, als es gerade um Icirlik im Zusammenhang mit dem gescheiterten Putsch gegen den Präsidenten Erdogan einige Verwicklungen gab. Damals haben türkische Geheimdienste den Flughafen blokkiert und die Stromzufuhr abgeschnitten. Bundeswehr-„Tornados" durften nur noch fliegen, soweit sie gewisse Raketen-Abwehr-Systeme an Bord hatten. Die Blockierung von Incirlik war ganz offenkundig ein Wink vor allem an die USA, denen Erdogan eine Mitschuld am Putsch zuschrieb und die den Flughafen maßgeblich in ihre Strategie gegen Syrien einbezogen haben.

Das belegt nicht nur die Tatsache, dass die USA in Incirlik ein Depot für 50 Atombomben errichtet hatten. Das Pentagon gebrauchte dafür die Bezeichnung „special weapons". Jetzt allerdings haben die USA damit begonnen, diese Waffen nach Rumänien zu verlegen und zwar auf den Stützpunkt Deveselu nahe der russischen Grenze, wo sich auch eine Station des US-Raketen-Schirms befindet.

> Die USA haben schon einmal damit begonnen, 50 Atombomben vom türkischen Incirlik nach Rumänien zu verlegen

Die wachsende Distanz zur Türkei kann das Pentagon allerdings nicht überraschend getroffen haben. Denn 50 Atombomben zu verlegen ist etwas anderes als 50 Kilo Kohlen zu spedieren. Dazu bedarf es einer präzisen Vorbereitung und eines hohen technischen Aufwandes. Es kann also durchaus sein, dass diese Bomben früher oder später ohnehin nach Rumänien gekommen wären. Es war zu hören, dass der Transport nicht nur von politischen, sondern auch von technischen Beeinträchtigungen begleitet war.

Stellt der gescheiterte Putsch in der Türkei einen Grund für die wachsende Entfremdung von den USA dar, so liefert die Entwicklung in Syrien einen zweiten. Die USA unterstützen die Ausbreitung der Kurden im Norden Syriens, eine Entwicklung, welche die Türkei um jeden Preis verhindern möchte. Aus diesem Grund hat sich Ankara in Washington schon wiederholt beschwert und gar gedroht, wie die verbliebene Oppositionszeitung „Birgün" meldet. Ein Sprecher der Kurden wiederum sagte, die Kurden-Milizen hätten keine Angst vor einem russisch-türkischen Zusammenwirken.

Die USA nämlich unterstützten die Kurden, und die „Autonome Kurden-Region Rojava" werde alsbald eine diplomatische Vertretung in Washington eröffnen. Das könnte für die Türkei ein Anlass werden, sich ernsthaft über den weiteren Verbleib in der Nato Gedanken zu machen. Denn alles, was nach einem unabhängigen Kurdistan klingt, bedeutet für die Türken, sei es nun zu Recht oder nur eingebildet, die Gefährdung ihrer Staatlichkeit.



Das US-amerikanisch-türkische Verhältnis war schon einmal besser: Luftwaffenstützpunkt Incirlik

Cavusoglu hat in diesem Zusammenhang geklagt, dass US-Söldner und sogenannte -Militärberater das Abzeichen der bewaffneten Miliz der kurdischen „Demokratischen Union" YPG tragen. „Dann haben wir folgenden Vorschlag für die Amerikaner", meinte der Minister. „Wenn sie in den anderen Gebieten Syriens tätig sind, sollten sie auch die Abzeichen von Isis, der Al-Nusra-Front und von al-Laida tragen. Und in Afrika sollten sie dann auch die Abzeichen von Boko Haram tragen."

Eine Befestigung der Bündnistreue ist das nicht, und manche Beobachter meinen, solche Aussagen und die ganze jüngste Entwicklung zeigten, dass die Türkei jetzt in Syrien auf den Kurs Russlands eingeschwenkt sei. Dies geschehe in der Erwartung, dass Russland eher im Stande sei, den Türken bei ihren Mühen um innenpolitische Stabilität zu helfen als die USA.

Diese aber haben unwissentlich und gegen das eigene wie das Interesse der Nato den Türken durch eine Untersuchung viel Grund zum Nachdenken gegeben. Ausgerechnet das Pentagon hatte eine Expertise erstellen lassen, deren Ergebnis darauf hinausläuft, dass Russland im hypothetischen Fall die Türkei binnen 48 Stunden militärisch niederwerfen könnte. So etwas zwingt zum Revidieren bislang als unumstößlich erachteter strategischer Grundpfeiler. Denn eines dürfte sicher sein: Erdogan ist das türkische Hemd näher als der Rock der Nato. *Florian Stumfall*

Jemen de facto erneut geteilt

Für die Saudis wird der Krieg im armen Nachbarland zum Fiasko

Der Jemen steuert nach 17 Monaten saudischer Intervention wieder auf eine Teilung zu. Anfang August wurden die Jemen-Gespräche unter der Leitung der Uno in Kuwait auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Friedensverhandlungen sind 17 Monate nach Beginn der von Saudi-Arabien geführten sunnitischen Intervention gegen den schiitischen Huthi-Aufstand gescheitert, das Land ist de facto geteilt. Der Bürgerkrieg im Jemen, der auch während der Verhandlungen kaum abgeschwächt wurde, droht nun wieder zu eskalieren.

Die von Saudi-Arabien angeführte Koalition, die im März 2015 zugunsten von Präsident Abed Rabbo Mansur Hadi eingriff, wird immer wieder beschuldigt, gezielt Kliniken anzugreifen. Nach einem solchen Bombardement zog sich die Organisation „Ärzte ohne Grenzen" bereits aus sechs Spitälern zurück. Der Uno wird vorgeworfen, nicht laut genug gegen derartige Vorkommnisse zu protestieren, weil Saudi-Arabien nach Kritik mit der Einstellung seiner Zahlungen gedroht hatte. Die USA als Teil der Saudi-geführten Koalition, wenngleich nicht direkt am Kampfgeschehen vor Ort beteiligt, machen sich mitschuldig. Washington reduzierte bereits im Juni seinen Beraterstab in der Militäroperation von 45 auf fünf, bestreitet jedoch dass diese Reduzierung etwas mit den Vorwürfen zu tun hat. In anderen Ländern sind Waffenlieferungen an Saudi-Arabien wegen dessen Verwicklungen im Jemen in die Kritik geraten.

Trotz zahlreicher Siegesmeldungen in der nun schon fast 17 Monate laufenden Intervention hat Saudi-Arabien kaum Erfolge, dafür aber viele Rückschläge zu vermerken. Die Hauptstadt Sanaa, welche die Huthis und Ali Abdullah Salih treue Truppen seit September 2014 kontrollieren, konnte nicht zurückerobert werden. Vielmehr haben die Huthis dort gerade eine neue Regierung aufgestellt. Riad ist es nicht einmal gelungen, die Angriffe der Huthis über die Grenze auf saudi-arabisches Territorium zu beenden. Diese Angriffe hatten die Huthis nach der saudischen Intervention begonnen, um den Krieg in das Nachbarland zu tragen. Nach dem Beschuss wurden mehrere Ortschaften der Region zwangsevakuiert, was Ärger bei der lokalen Bevölkerung hervorrief.

> Verhandlungen über einen Frieden sind gescheitert

De facto ist der Jemen nun wieder zweigeteilt, wie er es vor 1990 bereits war. Saudi-Arabien scheint sich mit dieser Teilung schon abgefunden zu haben. Immerhin kontrolliert die Saudi-geführte Koalition jetzt wieder die für den Ölhandel wichtige Meerenge Bab al-Mandab zwischen dem Roten Meer und dem Golf von Aden.

Der Krieg im Jemen ist längst zur Spielwiese von überregionalen Kräften und Interessen geworden. Auch im Jemen stehen sich als Hauptprotagonisten Saudi-Arabien und der Iran gegenüber. Russland hat sich im Jemen bislang, anders als in Syrien, nicht übermäßig exponiert. Die Opferzahlen im Jemen sind im Vergleich zu Syrien oder dem Irak relativ gering.

Der Jemen war schon vor dem Bürgerkrieg das Armenhaus Arabiens. Seine Bevölkerung lebte schon in Friedenszeiten am Rande der Existenz. Hunderttausende sind auf der Flucht, etwa 75 Prozent der auf 26 Millionen geschätzten Bevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, Millionen von Kindern sind unterernährt. Die Jemeniten könnten schon bald die arabischen Asylsuchermassen ergänzen, die sich auf den Marsch nach Deutschland machen. *Bodo Bost*

USA destabilisieren Rohani

Fortsetzung der Sanktionen trotz Atomdeals stärkt Irans Falken

Nach der Ernüchterung über die Folgen des von Präsident Hassan Rohani ausgehandelten Atomdeals ist die Verbitterung im einfachen Volk des Irans derart gestiegen, dass viele Angehörige erzkonservativer und ärmerer Schichten sich wieder eine Rückkehr von Rohanis Vorgänger Mahmud Ahmadinedschad an die Macht vorstellen können. Dem 2013 mit großen Vorschusslorbeeren ins Amt gestarteten Amtsinhaber ist es zwar vergangenes Jahr gelungen, mit dem Nuklearabkommen mit dem Westen eine Beendigung eines Teiles der Sanktionen, welche die iranische Wirtschaft gelähmt hatten, zu erreichen, so wie er es vor der Wahl versprochen hatte. Viele Sanktionen wurden jedoch nur auf dem Papier aufgehoben. In der Praxis hat sich bisher nichts Wesentliches geändert. Ein Großteil der etwa 100 Milliarden US-Dollar aus Erdölverkäufen sind bei internationalen Banken immer noch blockiert. Viele internationale Banken und Firmen schrecken weiterhin wegen der unsicheren rechtlichen und politischen Lage davor zurück, mit dem Iran Geschäfte zu machen. Viele haben Angst vor möglichen Strafen der US-Regierung, denn Washingtons unilaterale Sanktionen gegen Teheran sind immer noch in Kraft.

Im Alltag spüren die Menschen keine Änderung. Lebensmittelpreise und Mieten sind immer noch sehr hoch. Zwar hatte die Regierung es zwischenzeitlich geschafft, die Inflation zu drücken, doch sind die Preise in den vergangenen Monaten wieder um mehr als zehn Prozent gestiegen.

Von diesem Dilemma profitieren die innenpolitischen Gegner von Präsident Rohani, allen voran dessen Amtsvorgänger Ahmadinedschad. Seit der Abwahl 2013 hatte dieser sich komplett zurückgezogen und geschwiegen. Jetzt, da der Oberste Religionsführer und die Führungskader der Iranischen Revolutionsgarden den Atomdeal immer lauter kritisieren, wittert er seine Chance, denn gerade diese Kreise hatten sich zum Ende seiner Amtszeit gegen ihn gestellt und seine politische Karriere beendet. Aufgrund seiner scharfen anti-US-amerikanischen, antiwestlichen und antiisraelischen Politik und Rhetorik erhielt Ahmadinedschad jetzt wieder Oberwasser.

> Rohanis Vorgänger Ahmadinedschad in den Startlöchern

Lange war von dem 59-Jährigen kaum etwas zu hören gewesen. Eigentlich hatte er eine Universität gründen wollen, doch das Projekt scheiterte. In den vergangenen Monaten hat Ahmadinedschad nun wieder die Öffentlichkeit gesucht. Er zog von Moschee zu Moschee, vor allem auf dem Lande, und predigte gegen den Westen. Auf die Frage, ob er für die nächsten Präsidentschaftswahlen kandidieren werde, die voraussichtlich im Juni kommenden Jahres stattfinden, antwortete er vor Kurzem: „Wir werden uns 2017 sehen, so Gott will!"

Chancenlos wäre Ahmadinedschad nicht, allein schon wegen seinen vielen Insiderkenntnisse. Unter den Ultrakonservativen und den einfachen Leuten auf dem Land hat er viele Anhänger. Aufgewachsen in einfachen Verhältnissen, gibt er sich gerne als einer von ihnen. Falls sich die wirtschaftliche Situation des Landes bis zu den nächsten Wahlen nicht wesentlich verbessert, dann könnte es 2017 wieder einen Präsidenten Ahmadinedschads geben. Sollte der Westen das verhindern wollen, sollte er das Seine dazu beitragen, dass die Iraner noch vor der Wahl eine Atomdealdividende genießen können. Aber vielleicht will die westliche Wertegemeinschaft ja auch lieber ihr Feindbild pflegen. *B.B.*

Die verlorene Generation

Frauen werden um jeden Preis befördert – männliche Spitzenkräfte ausgebremst– eine fatale Entwicklung

Seit Anfang des Jahres greift eine gesetzlich verordnete Quote für die Aufsichtsräte von 101 börsennotierten deutschen Unternehmen. Neu zu besetzende Posten müssen zu 30 Prozent mit Frauen besetzt werden. Gleichzeitig verordnen sich immer mehr Unternehmen eigene Frauenquoten für ihr Management. Die Folge: Während auch immer mehr mittelmäßige Frauen in verantwortungsvolle Positionen rutschen, werden die Fähigkeiten einer ganzen Generation männlicher Spitzenkräfte verschenkt.

Was für ein Unglück, dass Mathias Müller, der mächtige Firmenboss des VW-Konzerns, keine Frau ist. In Business-Kostüm und Ballerinas hätte er das Unternehmen längst aus der Krise geführt. Der Abgasskandal? Für ein weibliches Wesen so leicht zu beherrschen wie ein Kindergeburtstag mit einem Dutzend hyperaktiven Sechsjährigen im Süßigkeiten-Rausch.

Frauen sind die besseren Krisenmanagerinnen, die überlegenen Organisatorinnen, die geschickteren Verhandlungsführerinnen. Dutzende Studien belegen dies. Hochwissenschaftliche Forschung liegt ihnen zugrunde. Das behaupten zumindest die Wirtschaftsberater, aus deren Häusern die Studien stammen.

Möglicherweise wäre es dem Volkswagen-Konzern unter einer „Frau Müller“ allerdings auch so ergangen wie Hewlett Packard (HP), dem US-Hersteller von Druckern und Computern, unter Carly Fiorina. Groß war der Jubel, als Mrs. Fiorina ihren Job als Firmenchefin antrat. Zum ersten Mal stand eine Frau an der Spitze eines Unternehmens dieser Größe und dieses Renommees. Dem Unternehmen ging es mit der Personalentscheidung allerdings schlecht. 30000 Mitarbeiter, etwa zehn Prozent der Belegschaft, wurden gefeuert. Menschenverachtende Sprüche gab es von der Firmenchefin für die Gefeuerten noch obendrauf. Kein Job sei mehr ein Gottesrecht in Amerika, tönte es aus dem Büro der HP-Chefin. Gottgegeben war andererseits auch der Börsenwert der Hewlett-Packard-Aktie nicht. Mit ihrem dilettantischen Führungsstil halbierte die Dame im Chefsessel ihn innerhalb von sechs Jahren, bevor ihr selbst die Kündigung überreicht wurde. Sie hätte das Unternehmen beinahe zerstört, waren sich die Erben der Hewlett-Packard-Dynastie später einig.

Nein, von Geschlechts wegen sind Frauen nicht die besseren Manager. Die Studien, die das belegen wollen, sind wissenschaftlich nicht haltbar. Die Unternehmensberater, die sie vorlegen, verdienen in der Regel selbst prächtig am derzeitigen Boom der weiblichen Führungskräfte. Als Headhunter suchen sie nach geeigneten Bewerberinnen. Als externe Berater schulen sie ihre Kunden im rechten Umgang mit angeblichen weiblichen Schwächen (Bescheidenheit) und herausragenden Stärken (Teamfähigkeit). Also allerorten lukrative Aufträge für McKinsey und Co., solange es unbeschreiblich weiblich in den Management-Etagen zugeht. Menschen aufgrund ihres Geschlechtes zu bevorzugen, ist derzeit schick und en vogue. Als ehrenwerte Gentlemen und ritterliche Gönner hieven die Entscheider ihre weiblichen Protegés Treppchen für Treppchen nach oben. Weibliche Netzwerke und umfangreiche Förderprogramme federn die geschätzten Kolleginnen ebenfalls in luftige Karrierehöhen.

> In Bewerbungsrunden sind Männer oft nur noch Sättigungsbeilage

Eine wissenschaftliche Grundlage hat das alles nicht: Sabine Boerner, Professorin für Management an der Universität Konstanz, untersuchte zahlreiche Studien aus der Wirtschaftswelt zum Thema Gender Diversity, also der Vielfalt der Geschlechter. Ihr Fazit: Die Forschung lässt keine Schlüsse zu, dass ein hoher Frauenanteil im Management ökonomische Vorteile bringt. Tatsächlich birgt das Streben nach mehr Weiblichkeit um jeden Preis, massive Nachteile. Das Leistungsprinzip wird ausgehebelt. „Männer sind in vielen Bewerberrunden nur noch eine Sättigungsbeilage“, warnt Reinhard K. Sprenger. Der 63-jährige Managementberater zählt zu Deutschlands profiliertesten Führungsexperten.

„Wohin soll ich alle Männer aussortieren?“, lamentierte denn auch Mercedes-Benz-Chef Dieter Zetsche, nachdem sein Unternehmen eine firmeninterne Frauenquote für Führungspositionen eingeführte hatte. Sie liegt bei 20 Prozent. Das hört sich niedrig an, hat aber gravierende Folgen. Um sie, wie geplant, bis 2020 umzusetzen, können in den nächsten Jahren praktisch nur noch weibliche Mitarbeiter des Unternehmens befördert werden. Ähnlich sieht es bei der Telekom, bei BMW, Airbus und anderen großen Konzernen aus.

„Da werden Lebensentwürfe zerstört, Hoffnungen enttäuscht und tiefgreifende Frustrationen begründet“, weiß der Rösrather Personalberater Heiko Mell. Er spricht von einer ganzen Generation junger Männer im Alter zwischen 30 und 45. Das Pech des Einzelnen kann dabei durchaus das Unglück einer ganzen Volkswirtschaft bedeuten. Mell über Deutschlands Wohlstands-Quelle: „Wir leben nicht von Rohstoffen, sondern ausschließlich von den Fähigkeiten unserer Menschen.“ An jeden wichtigen Platz gehöre daher der beste Kandidat. Eine Quotierung, sei sie nun gesetzlich verordnet oder firmenintern festgelegt, aber verhindere genau dieses. Zumal sich geeignete weibliche Bewerber für anspruchsvolle Aufgaben in leitender Funktion längst nicht so leicht finden lassen, wie es Feministinnen a la Frauenministerin Manuela Schwesig (SPD) glauben machen.

Nur 20 Prozent der Berufsanfänger in den großen deutschen Aktienunternehmen sind weiblich. Auf eine große Karriere aus sind davon nachweislich wiederum nur 20 Prozent. Mit derlei Zahlen lässt sich keine nennenswerte Quote erfüllen, selbst wenn sich ausnahmslos jede ambitionierte Dame plötzlich auf einem Chefsessel wiederfindet.

Derlei auszusprechen ist heutzutage allerdings wenig ratsam. Kevin Roberts, Chef der berühmten US-Werbeagentur „Saatchi & Saatchi“ äußerte jüngst in einem Interview für das Internet-Nachrichtenportal „Business Insider“, dass sich Frauen bei wichtigen Wendepunkten in ihrer Karriere oftmals gegen Führungspositionen entschieden. Die „sexitsische“ Aussage kostete ihn den Arbeitsplatz. Er wurde umgehend entlassen. *Frank Horns*

(Siehe Kommentar Seite 8)



Hewlett-Packard-Managerin Carly Fiorina: 30000 Mitarbeiter entlassen und den Aktienwert des Unternehmens um die Hälfte heruntergewirtschaftet Bild: action press

MELDUNGEN

Weniger Firmenpleiten

Berlin – Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres um 4,8 Prozent auf 10999 zurückgegangen. Für das gesamte Jahr ist damit der siebente Rückgang in Folge zu erwarten, wodurch die Zahl der Firmenpleiten auf den tiefsten Stand seit Beginn der Insolvenzstatistik 1999 rurückgehen würde. Allerdings drohen den Gläubigern trotz der sinkenden Zahl von Firmenpleiten höhere Verluste. Grund ist, dass immer mehr größere Firmen aufgeben müssen. Im ersten Halbjahr 2016 summierten sich die Forderungen auf rund 16,5 Milliarden Euro. *J.H.*

Wohnungspreise explodieren

Berlin – Eine Eigentumswohnung in einer deutschen Großstadt mit mehr als 100000 Einwohnern kostete im letzten Jahr durchschnittlich 211371 Euro. Das ergibt einen deutschlandweiten Preisanstieg von 9,1 Prozent. In Berlin liegt das Preisniveau allerdings noch immer um 37,5 Prozent niedriger als in den vier anderen einwohnerstärksten Metropolen Hamburg, München, Köln und Frankfurt am Main. Am teuersten unter den Metropolen ist München. Hier zahlte man für eine Eigentumswohnung durchschnittlich 426140 Euro. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung: 2.033.609.770.293 €

Vorwoche: 2.033.540.449.609 €

Verschuldung pro Kopf: 24.965 €

Vorwoche: 24.964 €

(Dienstag, 20. September 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Elefantenhochzeiten

Die Übernahme von Monsanto durch Bayer steht nicht allein

Nach einem monatelangen Tauziehen hat der Leverkusener Industrie-Riese Bayer den US-amerikanischen Saatguthersteller Monsanto für umgerechnet knapp 60 Milliarden Euro übernommen. Damit ist das deutsche Unternehmen mit einem Schlag zum weltgrößten Hersteller von Saatgut und Pflanzenschutzmitteln geworden und damit Führer eines immer umkämpfteren Marktes.

Die Weltbevölkerung wird den Erwartungen der Uno nach bis zum Jahr 2050 um mehr als zwei Milliarden Menschen anwachsen, die bewohnbare Fläche dabei immer geringer werden. Die rasch wachsende Weltbevölkerung bringt ein Ernährungsproblem, und die befürchtete globale Klimaerwärmung erfordert möglicherweise neues Saatgut. Aufgrund der gesunkenen Weltmarktnotierungen für Mais, Soja und Weizen erlebt der Markt seit 2013 allerdings eine Schwächephase. Doch alle Experten sind sich einig, dass diese Flaute nur vorrübergehend sein wird.

In der Branche hat ein eifriges Stühlerücken eingesetzt. Der chinesische Staatskonzern Chem China betreibt seit Monaten die Übernahme der Schweizer Firma Syngenta und will dafür rund 40 Milliarden Euro ausgeben. Daneben haben sich auch die beiden US-Konzerne DuPont und Dow Chemical auf einen Zusammenschluss geeinigt.

Das Geschäft dürfte für Bayer langfristig äußerst lukrativ sein. Schwer umstritten ist es allerdings auch. Die Monsanto-Übernahmepläne aus Leverkusen stießen nicht nur auf Gegenliebe. Monsanto steht in Europa seit Jahren wegen seiner gentechnisch veränderten Produkte in der Kritik. Außerdem vertreibt Monsanto den Unkrautvernichter Glyphosat, der im Verdacht steht, krebserregend zu sein. Im Jahr 2012 befand das französische Landgericht in Lyon den US-Konzern für schuldig, einen Bauern mit Pflanzenschutzmitteln vergiftet zu haben. Doch die Kritik kommt nicht nur von Umweltschutzverbänden. Wie die Zeitschrift „Capital“ berichtet, warnen Finanzinvestoren vor einem immensen „Reputationsrisiko“ für Bayer. Im Harris Poll, einem Ranking von „America's Most Loved and Most Hated Companies“, schneide Monsanto verheerend ab. 2016 landete der Konzern auf dem fünftletzten Platz von 100. Die Umfrage gehört zu den renommiertesten Untersuchungen zur Reputation von Unternehmen. Der amerikanische Bayer-Repräsentant musste sich kürzlich fragen lassen, warum ein „stolzes deutsches Unternehmen denn den bösesten Konzern der Welt kaufen wolle“.

> Lukrativer Markt durch Zunahme der Weltbevölkerung

Abseits von allen emotionalen Debatten steht fest, dass sich der traditionelle Firmenzuschnitt Bayers verändern wird. Jahrzehntelang waren die Leverkusener in erster Linie eine Pharmafirma. Nach der Monsanto-Übernahme werden die Geschäfte mit Medikamenten wie Aspirin oder Talcid nur noch die Hälfte des Umsatzes ausmachen. Die Landwirtschaft wird die andere Hälfte beisteuern. Bayer-Chef Werner Baumann sieht nur Vorteile für sein Unternehmen. Die Integration von Zukäufen habe bei Bayer eine gute Tradition und habe bisher immer funktioniert. Die Agrarindustrie stehe angesichts der wachsenden Weltbevölkerung vor gigantischen Herausforderungen: „Durch die Kombination ihrer Fähigkeiten können Bayer und Monsanto hier wegweisende Antworten geben“, sagte er und fügte fast ein wenig pathetisch hinzu: „Hier wurde ein großes Stück Geschichte geschrieben.“ *Peter Entinger*

Tunnel in der Warteschleife

Ein Baubeginn der festen Fehmarnbelt-Querung ist nicht in Sicht

Unter dem Namen „Beltretter“ protestieren rund 60 Verbände, Bürgerinitiativen und Unternehmen gegen den geplanten Tunnelbau für den Schienen- und Straßenverkehr zwischen der schleswig-holsteinischen Ostseeinsel Fehmarn und der dänischen Insel Lolland. Zwei wichtige Etappenziele haben sie erreicht. Bis zum 27. August gingen im Kieler Verkehrsministerium mehr als 14000 Einwendungen gegen den geänderten Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur auf deutscher Seite ein. Anfang September wurden die Argumente der Tunnelbaugegner erstmals in der dänischen Tageszeitung „Folketide“ veröffentlicht. Diese hoffen, damit nun auch in Dänemark eine breite öffentliche Diskussion über die feste Fehmarnbelt-Querung (FBQ) angestoßen zu haben. Immerhin handelt es sich um eines der größten europäischen Bauprojekte überhaupt.

Bislang übernehmen die Fähren der Reederei „Scandlines“ den Personen-, Auto- und Bahnverkehr auf der engen, viel befahrenen Schifffahrtsstraße Fehmarnbelt. Die Fährverbindung Puttgarden- Rødby ist das Kernstück der Vogelfluglinie, der Verbindung des internationalen Straßen- und Bahnverkehrs zwischen Deutschland und Dänemark. Unter der Ostsee soll hier der mit 18 Kilometern Länge weltweit längste Absenkungstunnel für Schiene und Straße als „Teilstück eines schnellen innereuropäischen Verkehrsweges“ gebaut werden. So wurde es vor acht Jahren in einem binationalen Staatsvertrag zwischen Dänemark und Deutschland beschlossen. Die seit mehr als 30 Jahren diskutierte FBQ umfasst darüber hinaus den Ausbau der Hinterland-Anbindungen für Straße und Schiene in beiden Ländern. Der Baustart wird sich noch um weitere Jahre verzögern, wenn das Vorhaben überhaupt zustande kommt. Noch steht das Votum des Deutschen Bundestags aus und es gilt, die Ergebnisse mehrerer Gerichtsverfahren abzuwarten, die sich mit Klagen gegen das gigantische Projekt befassen. Auch müssen sämtliche Einwendungen gegen den deutschen Planfeststellungsbeschluss geprüft werden.

> Möglicherweise wird die Querung auch nie gebaut

Deutschland bezahlt den Bau einer Güterbahntrasse, den vierspurigen Autobahnanschluss an die A 1 und neue Brücken in Ostholstein. Dafür wurden sieben Milliarden Euro veranschlagt. Vor allem internationale Konzerne mit Sitz in Dänemark haben ein massives Interesse am Tunnelbau, vor allem, wie es heißt, wegen der Verkürzung der Fahrtzeit zwischen Kopenhagen und Hamburg. Tatsächlich würde sich die Fahrt auf der 340 Kilometer langen Strecke durch den Tunnel aber nur um gut eine Stunde verkürzen. In der dänischen Politik hat das Projekt FBQ erste Priorität. Die vom Staat beauftragte Planungsgesellschaft Femern A/S veranschlagt die Kosten für sämtliche Baumaßnahmen auf dänischer Seite einschließlich des Tunnelbaus auf 10,1 Milliarden Euro. Die Beltretter sprechen dagegen von mindestens 13 Milliarden und Folgekosten von unbekannter Höhe. Deutsche Gutachter bezweifeln außerdem die Annahme, dass die hohe Summe über Maut-Gebühren in 36 Jahren refinanziert sein wird. Die feste Belt-Querung könne sich als Milliardengrab entpuppen. Ganz zu schweigen von den Wissenschaftlern, die aus ökologischen Gründen davor warnen, den Ostseeboden der schmalen Wasserstraße tief und breit aufzureißen, um die Betontunnelteile darin zu versenken. *D. Jestrzemski*

Wo führt das hin?

Von Manuel Ruoff

Immer wieder gibt es Versuche, die kaiserliche Reichskriegsflagge zu kriminalisieren. Dass die Entstehungsgeschichte nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun hat, steht außer Frage. Als Todschlagsargument muss deshalb wieder der Missbrauch herhalten, diesmal durch Rechtsextremisten.

Doch spielen wir einmal durch, was bei einem Verbot der Reichskriegsflagge passieren würde. Die Rechtsextremisten, die man damit treffen will, würden auf die schwarz-weiß-rote Nationalflagge des Kaiserreiches ausweichen, die ja bereits von der NPD geführt wird. Würde auch diese verboten werden, hätten wir die beschämende Situation, dass die schwarz-rot-goldene Bundesrepublik gegenüber Schwarz-Weiß-Rot intoleranter wäre als das schwarz-weiß-rote Kaiserreich gegenüber Schwarz-Rot-Gold.

Doch selbst wenn die politische Führung sich diese Blöße gäbe, wäre das Problem damit nicht gelöst. Die Rechtsextremisten würden dann wohl auf Schwarz-Rot-Gold ausweichen, Farben, welche die DVU bereits in ihrem Parteilogo führt. Und was soll dem dann folgen, Verbot von Schwarz-Rot-Gold, Verfolgung der Farben der Bundesrepublik?

Würdelose Quote

Von Frank Horns

Ein Interviewtermin in der Hamburger Baubehörde: Die zuständige Senatorin will Auskunft geben über das Wohnungsbauprogramm der Hansestadt. Jutta Blankau heißt die Dame. Eine Quotenfrau? Garantiert! Man(n) macht sich auf eine unsympathische Gesprächspartnerin gefasst. Sicherlich wird sie die eigene Unsicherheit mit herrischem Auftreten und zickigem Gehabe überspielen. Es kommt völlig anders: Jutta Blankau ist souverän, kompetent, schlagfertig und angenehm im Umgang. Eine tolle Frau.

Das Interview ist einige Jahre her, an der Sachlage hat sich nichts geändert. Im Gegenteil: Je mehr Geschlechterquoten in Unternehmen, Behörden und anderen Organisationen gelten, desto stärker werden die vermeintlichen Nutznießerinnen diskriminiert. Sie stehen unter Generalverdacht, nicht ihrer Leistung, sondern ihres Geschlechts wegen dorthin gelangt zu sein, wo sie nun Macht und Einfluss ausüben. Die Frauenquote führt zur Quotenfrau. Sie schmälert die Leistung weiblicher Spitzenkräfte und raubt letztendlich einem ganzen Geschlecht die Würde. Von einer Doppeldiskriminierung spricht der Managementberater Reinhard K. Sprenger. Der Karriereverknappung beim Mann stehe die Würdeverknappung der Frau gegenüber. Und: Kann es wirklich sein, dass die Hälfte der Bevölkerung zu hilflos ist, um im Arbeitsleben ohne staatlichen Zwang zu bestehen? Die meisten Frauen, die irgendwo in leitender Funktion tätig sind, werden diese Frage mit einem empörten Nein beantworten. Einen Gesetzgeber als Gouvernante haben die starken Frauen von heute nicht nötig.

Die Quittung

Von Michael Leh

Die Berliner CDU hat die Quittung für ihre eigene schwache Leistung und für die „Flüchtlingspolitik“ von Angela Merkel erhalten. Ohne Merkel gäbe es die AfD gar nicht. Mit ihrer gemeingefährlichen Politik, über Monate hinweg eine unkontrollierte Masseneinwanderung mit insbesondere auch sehr vielen Kriminellen zuzulassen, hat sie die AfD zudem erst stark gemacht.

Der Berliner CDU-Chef und Nichtjurist Frank Henkel wiederum war von Anfang an mit dem Amt des Innensenators überfordert. 2011 trat er an mit dem Versprechen, Berlin sicherer zu machen. Das ist kaum gelungen. Die Gewaltkriminalität ist weiter auf hohem Niveau. Die Zahl der Wohnungseinbrüche und Kfz-Diebstähle ist unverändert hoch. Den gewalttätigen Linksextremismus hat er auch nicht in den Griff bekommen. Anders als im Verfassungsschutzbericht des Bundes oder etwa Bayerns wurden die linksextremen Teile der Partei „Die Linke“ im Verfassungsschutzbericht des Landes Berlin weiterhin nicht erwähnt. Die Pressemitteilungen der Berliner Polizeipressestelle verschweigen bis zum heutigen Tag systematisch die Herkunft von Tätern.

> Henkel war als Innensenator überfordert

In vielen Gegenden Berlins gibt es No-Go-Areas für die Bürger in dem Sinne, dass spätestens ab Dunkelheit ein hohes Überfallrisiko besteht. Das gilt besonders für die „ethnischen Kolonien“. Gleichzeitig leugnete Henkels schwacher Innenstaatssekretär Bernd Krömer genauso wie der schönfärbende Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD), dass es solche No-Go-Areas gibt. Der SPD-Abgeordnete Tom Schreiber hingegen erklärte realistisch: „Es gibt in Berlin schon Bereiche, die ohne deutliche Polizeipräsenz schwer zu begehen sind.“ Das Kottbusser Tor etwa bezeichnet Schreiber als „rechtsfreien Raum“.

Allerdings wurden zuerst nur unter dem Druck Henkels ab 2011 mehr Polizeistellen geschaffen. Noch 2011 hatte sein Amtsvorgänger Ehrhart Körting (SPD) die CDU-Forderung nach zusätzlichen 250 Polizisten als „Lachnummer“ bezeichnet. Hätte die letzten fünf Jahre weiter ein SPD-Innensenator amtiert, wäre heute alles vermutlich noch schlimmer. Aber Henkel hat nicht geliefert, was von ihm erwartet wurde. Auch viele CDU-Mitglieder waren enttäuscht. Gegen Merkels „Flüchtlingspolitik“ wagte Henkel erst gar nicht die Stimme zu erheben, selbst dann nicht, als ständig weiter Sonderzüge mit echten oder vermeintlichen Flüchtlingen aus dem sicheren Österreich ins überforderte Berlin rollten.



Für Glückwünsche gibt es keinen Anlass: Angela Merkel und Frank Henkel, die bei das Ihre zur Rekordniederlage ihrer Partei bei der Berlinwahl vergangenen Sonntag beigetragen haben

Bild: pa

Gegenwind



Russland muss für alles herhalten

Von Florian Stumfall

Je größer die Probleme der ukrainischen Führung in Kiew, das heißt vor allem, des Präsidenten Petro Poroschenko, werden, umso fanatischer überschüttet sie Russland mit Vorwürfen. Als wäre Moskau daran schuld, dass sich das ukrainische Militär im Dobass als untauglich erweist, dass der Internationale Währungsfonds kein Geld für Kiew mehr herausrücken mag und dass die einst angestrebte Mitgliedschaft in der EU sogar für die Wachstums-Fetischisten in Brüssel keine vernünftige Vorstellung mehr ist. Russland also muss herhalten, und es scheint geeignet, die militärischen, finanziellen und politischen Schwierigkeiten in einem zu lösen.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Bei einem kürzlichen Besuch in Lemberg sprach Poroschenko davon, dass man eine „groß angelegte Invasion“ Russlands nicht nur im Donbass, sondern in der Ukraine insgesamt nicht ausschließen könne. Der Präsident verwies auf den Donbass, wo sein Militär Dörfer bombardiert, die gerne friedlich wären, und auf die Krim, die ihn seit geraumer Zeit nichts mehr angeht. „Die Wahrscheinlichkeit, dass der Konflikt eskaliert, ist erheblich“, erklärte er. „Wir schließen auch eine groß angelegte russische Invasion aus allen Richtungen nicht aus.“

Sollte sich also die Lage weiter zuspitzen, so Poroschenko, müsse er den Ausnahmezustand verhängen und eine allgemeine Mobilmachung anordnen. „Ich bin mir sicher“, sagte er, „dass es in einer komplizierten Situation normal ist, dass die Streitkräfte dauernd kampfbereit sein müssen, um Aufgaben jeder Art zu bewältigen.“ Die „Feinde der Ukraine“ würden nicht nur vor der Schlagkraft der ukrainischen Waffen, sondern auch vor der „geistigen Stärke“ und der „Einheit des ukrainischen Volkes“ zurückschrecken. Schließlich gehöre sein Land zu den Verteidigern der „europäischen Zivilisation“.

Allerdings ist es dabei nicht allein, und so erwartet Poroschenko nach starken Worten zunächst eine weitere Waffenlieferung aus den USA. Die Sache läuft ganz offiziell über die US-Botschaft in Kiew. Botschafter Geoffrey Pyatt bestätigte: „Die US-Botschaft in Kiew arbeitet daran, die Fähigkeit der Ukraine und ihrer Streitkräfte zu steigern, ihr souveränes Territorium zu verteidigen.“ Es handelt sich dabei übrigens immer noch um denselben Botschafter Pyatt, dem gegenüber während des Majdan-Putsches die US-Außenstaatssekretärin Victoria Nuland ihr unvergessliches Zitat „Fuck the EU“ geäußert hat. Damals ging es darum, in Kiew eine den USA genehme Regierung zu installieren.

Pyatt scheut sich indes nicht, auch auf Einzelheiten einzugehen: „Barack Obama hat der Ukraine beispiellose Darlehensgarantien in der Höhe von über einer Milliarde Dollar gegeben, 600 Millionen für die Sicherheit und 500 für die sonstige wirtschaftliche Hilfe.“ Dies ist ein Sieg des militärisch-industriellen Komplexes in den USA, denn Washington war es schon müde gewesen, nach Kiew Geld zu überweisen, das dann doch nur gestohlen wird. Beim Militärhaushalt 2014 war es rund die Hälfte.



Bild: paction press

Zeigt sich gerne mal uniformiert: Petro Poroshenko

Kurz darauf ist der ukrainische Botschafter Andrej Melnik in Berlin vorstellig geworden, um hier ebenfalls um Waffen zu bitten. Seine Wortwahl ist geeignet, jedes Mitleid wachzurufen: „Um was wir bitten, sind wirklich nur Defensivwaffen; wenn wir zum Beispiel Artillerieortungssysteme hätten, wäre das Risiko einer weiteren Eskalation (im Donbass) geringer.“ Dieses Risiko wäre allerdings noch geringer, wenn sich die ukrainischen Truppen im Donbass ein wenig zurückzögen – die aufständischen Separatisten nämlich können das nicht, sie stehen mit dem Rücken zur Wand.

Andererseits scheint der Mangel an Waffen für die ukrainischen Regierungstruppen so groß nicht zu sein. Erst Ende August hat Poroschenko bei einem Besuch in Charkow der Armee 141 Stück militärisches Gerät übergeben, so Dutzende Panzer, Militärfahrzeuge, Mehrfachraketenwerfer sowie Düsenflugzeuge und Hubschrauber. Dieses Gerät stamme von „westlichen Partnern“, außerdem umfasse das Programm mehr als 700 Militär- und Spezialgeräte wie Radarsysteme, Drohnen, Wärmebildkameras und Funkgeräte. All das werde an die Trennlinie im Donbass verbracht werden. Die Darstellung, die Ukraine erhalte vom Westen nur Defensivwaffen, dürfte damit von Poroschenko selbst widerlegt sein.

Ihn scheint das weiterhin zu ermuntern, sich seines militärischen Potenzials zu besinnen. Das Ergebnis war der Versuch einiger Sabotageaktionen ukrainischer Agenten auf der Krim, die von den russischen Sicherheitskräften zwar verhindert werden konnten, diese aber bei einem Gefecht zwei Tote gekostet haben. Die ukrainischen Attentäter wurden festgenommen.

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB konnte Aussagen von Saboteuren präsentieren, die den Vorwurf, die Sache sei von Russland inszeniert, widerlegen. So bezeugte einer der Verhafteten, ein Mann namens Ridwan Sulemanow, er habe auf Befehl der Hauptverwaltung für Aufklärung des ukrainischen Verteidigungsministeriums mehrere Sprengsätze im Flughafen und im Busbahnhof von Simferopol unterbringen sollen. Außerdem nannte er die Namen der ukrainischen Geheimdienstoffiziere, die mit dem Anschlag befasst waren. Der Vorfall wurde vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhandelt, der die Beweise gegen die ukrainischen Behörden anerkannte. Russlands Präsident Wladimir Putin lehnte daher eine vorgesehene Konferenz des Normandie-Formats – Russland, die Ukraine Deutschland und Frankreich – als sinnlos ab. Der ukrainische Präsident Poroschenko wiederum befahl daraufhin nach einer Besprechung mit seinem Militärstab, alle Streitkräfte in der Ostukraine und im Grenzgebiet zur Krim „auf die höchste Stufe der Kampfbereitschaft“ zu versetzen.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Friedrichs Vorzeigearchitekt

Carl von Gontard prägte als Baumeister die friderizianische Ära – Sein 225. Todestag ist am 23. September

Carl Philipp Christian von Gontard prägte mit seinem spätbarocken Klassizismus die Architektur in Preußen für fast ein halbes Jahrhundert. Die aktuellen Stadtführungen in Bayreuth, Berlin und Potsdam führen unweigerlich auch an den erhaltenen Bauten des großen Baumeisters vorbei.

Gontard stammte eigentlich aus Mannheim, begann seine Karriere als Baumeister in Bayreuth und entwickelte sich in Berlin und Potsdam neben Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff zum „bedeutendsten Architekten der friderizianischen Epoche“. Er wurde dafür von Friedrich dem Großen in den Adelsstand erhoben, schrieb ein wichtiges Kapitel der deutschen Architekturgeschichte und erreichte so über seinen Tod vor 225 Jahren hinaus eine beträchtliche Nachwirkung.

Gontard wurde im Januar 1731 in Mannheim geboren. Sein Vater wirkte hier als Ballettmeister, ließ sich 1741 an den Hof von Bayreuth abwerben und spielte eine wichtige Rolle am höfischen Theater der markgräflichen Familie. Besonders die Markgräfin Wilhelmine, die Lieblingsschwester von Friedrich II., förderte nach ihrer Zwangsheirat mit Markgraf Friedrich die Kunst bis hin zum Bauwesen.

Davon profitierte auch Sohn Gontard, der nach erster Ausbildung am Bayreuther Hofbauamt unter Rudolph Heinrich Richter und offenkundiger Begabung für eine Baumeisterkarriere vom Markgrafenpaar gefördert wurde. Dazu gehörte, dass er 1750 zur weiteren Ausbildung nach Paris ging, wo er den Klassizismus der Pariser Schule studierte, und 1754/55 eine Studienreise nach Südfrankreich und Italien unternehmen konnte zur Vertiefung seiner Kenntnisse. Die französischen und italienischen Erkenntnisse wurden maßgebend für seine eigene Stilfindung.

Nach seiner Heimkehr nach Bayreuth galt er als junger Hoffnungsträger. Nun ging es Schlag auf Schlag. Gontard wurde zum Ingenieurhauptmann erhoben, schuf in Bayreuth Bürgerhäuser, den Erweiterungsbau des Neuen Schlosses, die Hofapotheke, das Palais d'Adhemar, einen Jagdpavillon, das Gontardhaus und das Palais Reitzenstein und stieg neben Richter an die Spitze des Hofbauamtes auf. Mehr noch. Der Aufsteiger begleitete die Spätphase des „Bayreuther Rokoko“, leitete zusammen mit Richter den Übergang zum Frühklassizismus ein und unterrichtete zusätzlich an der Bayreuther Kunstakademie. Zwischendurch heiratete er Sophia von Erckert, die Tochter des Geheimen Regierungsrates und Konsistorialpräsidenten Johann Stephan von Erckert.

Alles schien bestens. Aber dann starben nacheinander die Markgräfin und der Markgraf. Die Bautätigkeit wurde unter dem Nachfolger arg eingeschränkt und zunächst auf Reparaturen reduziert. Deshalb interessierte Gontard ein Angebot vom preußischen Hof. Mit Folgen.

Er überstand 1764 die Probezeit mit Bravour, wurde danach vom kunst- und bauinteressierten Preußenkönig mit der Leitung des Potsdamer Baukontors betraut und hatte damit das Sagen über alle königlichen Bauten. Nun legte der junge Baumeister so richtig los. Seine Potsdamer Bautenpalette reichte von der „Nauenschen Plantage“ über die Gestaltung des Alten Marktes und Bürgerbauten in der Berliner Straße bis zur Oberrechnungskammer und dem Großen Militärwaisenhaus. Friedrich II. redete oft hinein, war aber zufrieden und verschaffte seinem Vorzeigearchitekten 1767 den Adelstitel. 1779 übernahm Gontard dann das Berliner Baukontor. Er besorgte die Innenausgestaltung der Königlichen Bibliothek, schuf am Gendarmenmarkt sieben repräsentative Bürgerhäuser sowie die berühmten Kuppeltürme, entwickelte Pläne für das Braunschweiger Residenzschloss, errichtete die Kolonnadenbrücken und machte verschiedene Stadttorentwürfe.

Auch in Potsdam steht ein Brandenburger Tor: Gontard entwarf dessen Stadtseite Bild: AxelHH/CF

Nach dem Tod Friedrichs des Großen war Gontard für die gesamte Trauerdekoration verantwortlich. Die Verunsicherung über seine weitere Zukunft nach dem Tod des Preußenkönigs schwand schnell, denn Friedrich Wilhelm II. als Nachfolger sorgte für einen neuen Bauboom. Mit dafür verantwortlich war Gontard, den er sehr schätzte und auch weiter förderte.

Zu den glanzvollen Zeugnissen dieser Spätphase gehörten die Ausstattung der Königskammern im Berliner Stadtschloss, die bis heute zu den genialen Raumschöpfungen des spätbarocken Klassizismus zählen, und das Marmorpalais in Potsdam, das ebenso zu den besonderen Ruhmesblättern seiner Karriere zu rechnen ist. Bei alledem standen ihm fähige Schüler zur Seite wie Heinrich Gentz, der dann selbst für Furore sorgte.

Darüber starb Gontard am 23. September 1791 bei einem Arbeitsaufenthalt in Breslau, vier Jahre vor seiner Frau. Außer als Architekt war der Meister auch als Familienvater sehr aktiv. Überliefert sind aus seiner Ehe elf Söhne und fünf Töchter. Im Märkischen Museum von Berlin befindet sich die Kopie eines Gemäldes mit der Darstellung Gontards. In Bayreuth und Potsdam erinnern Gontardstraßen an den herausragenden Architekten. Nur in Berlin erstaunlicherweise nicht. *Martin Stolzenau*

MELDUNGEN

Der Fotosammler aus Insterburg

Paderborn – Die Städtische Galerie in der Reithalle von Paderborn-Schloß Neuhaus zeigt vom 24. September bis 20. November die Foto-Sammlung des aus Insterburg stammenden Malers und Fotografen Fritz Matthies-Masuren (1873–1938). Die Ausstellung „Kunstfotografie um 1900“ entstand in Kooperation mit den Staatlichen Museen Berlin, in deren Kunstbibliothek sich die Sammlung seit 1924 befindet. www. paderborn. de/galeriereithalle *tws*

Menzel trifft auf van Gogh

Berlin – Vom 24. September bis 15. Januar 2017 läuft im Berliner Kupferstichkabinett die neue Ausstellung „Romantik und Moderne. Zeichnung als Kunstform von Caspar David Friedrich bis Vincent van Gogh“. Unter den 130 Werken befinden sich auch Bilder von Adolph Menzel. *tws*

Filmerbe-Festival im Arsenal-Kino

Berlin – Erstmals richtet die Deutsche Kinemathek das Filmerbe-Festival „Film:ReStored“ aus. Mit öffentlichen Premieren digitalisierter und zum Teil restaurierter Klassiker, einer Tagung und einem Kinderprogramm widmet es sich vom 22. bis 25. September im Berliner Arsenal Kino dem ins digitale Zeitalter überführten deutschen Filmerbe. www.deutsche-kinemathek.de *tws*

Schweden im Anmarsch

Land der Elche steht im Mittelpunkt des Usedomer Musikfestivals

Schweden steht im Zentrum des Usedomer Musikfestivals vom 24. September bis 14. Oktober. In Schlössern, Kirchen, Hotels und im Industriedenkmal von Peenemünde dreht sich fast alles rund um die Kultur des Ostseenachbarn. Rund 30 Konzerte, Lesungen und Ausstellungen an 21 Veranstaltungsorten bieten ein musikalisches Vollprogramm rund um Klassik, gewürzt mit Jazz und Folklore mit Inselflair.

Als einer der Höhepunkte wird ein Konzert der schwedischen Mezzosopranistin Ann Hallenberg und des Ensembles „Il pomo d'oro“ erwartet, bei dem die Krimi-Autorin Donna Leon als Konzertpatin fungiert (27.9.). Wenn Schweden im Mittelpunkt steht, darf Tucholskys „Schloss Gripsholm“ nicht fehlen. Begleitet vom Boulanger Trio liest Schauspielerin Anna Thalbach aus der im skandinavischen Land spielenden Sommergeschichte (3.10).

Traditionsreiche Gipfeltreffen sind die Peenemünder Konzerte mit Stars von der Ostsee: dem Geiger Gidon Kremer, der Kremerata Baltica, Kristjan Järvi und erstmals auch dem Baltic Sea Philharmonic, das beim Eröffnungskonzert im Kraftwerk des Museums in Peenemünde spielt (24.9.). Der Pianist Jan Lisiecki und das NDR-Elbphilharmonie Orchester unter Thomas Hengelbrock krönen das Festivalfinale und den Abschluss der Saison im Musikland Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls in Peenemünde unter anderem mit der Suite aus Richard Strauss' Oper „Der Rosenkavalier“.

„Lange Zeit war die Insel Usedom Teil des Königreichs Schweden. Das zeigt sich in unserem Programm“, ließ Intendant Thomas Hummel wissen. Die vielfältigen Musikkulturen rund um die Ostsee entdeckt das Usedomer Musikfestival seit 1994. Rund 14 000 Musikfans lockt das regelmäßig auf die Insel Usedom. Bereits seit dem Jahr 2000 ist der litauische Meistercellist David Geringas dem Usedomer Musikfestival verbunden. Seit zwölf Jahren veranstaltet er Meisterklassen und Konzerte für hochbegabte Nachwuchscellisten im Rahmen des Ostsee-Musikforums. Zu seinem 70. Geburtstag spielt er auf Schloss Stolpe alle Cellosonaten Ludwig van Beethovens an zwei Abenden. Begleitet wird er vom prämierten Beethoven-Interpreten Michael Korstick am Klavier (28.9. und 30.9.).



Bild: Peter Adamik

Klassische Klänge beim Festival auf Usedom

Bis zu seinem Tod im Jahr 2015 war der Dirigent Kurt Masur unermüdlicher Begleiter des Musikfestivals. Dem ersten Schirmherrn, an den man bereits vor Festivalbeginn Anfang des Monats mit einem Sonderkonzert erinnerte, widmet sich in der Villa „Irmgard“, Maxim-Gorki-Straße 13, in Heringsdorf die Ausstellung „Kurt Masur auf Usedom“ (25.9. bis 15.10.).

Neben der Verleihung des mit 7000 Euro dotierten Usedomer Musikpreises der Oscar und Vera Ritter-Stiftung an den schwedischen Wundergeiger Daniel Lozakovitj, der schon beim Gedenkkonzert an Masur neben dem Leipziger Gewandhaus-Quartett mitwirkte, lobt die Achterkerke-Stiftung für Kinder zum dritten Mal den Achterkerke-Musikpreis aus. Er ist mit 5000 Euro dotiert und richtet sich an Preisträger des Wettbewerbs „Jugend musiziert“ aus Norddeutschland. *tws*

Informationen und Karten sind unter Telefon (038378) 34647 oder über das Internet erhältlich: www.usedomer-musikfestival.de

Melvilles Wal-Fahrt

Vor 125 Jahren starb der Schöpfer der US-Bibel »Moby Dick«

Die „New York Times“ widmete 1891 einem Zollinspektor, der am 28. September gestorben war, einen kurzen Nachruf. Für die Zeitung war er ein solch unbekannter Mann, dass sie den Vornamen falsch schrieb und eines „Henry“ Melville gedachte.

Zum Zeitpunkt des Todes hätte in den USA keiner damit gerechnet, dass Herman Melville postum als Autor des bedeutendsten US-Romans des 19. Jahrhunderts, wenn nicht gar der gesamten US-Literatur gefeiert werden würde. Sein 1851 erschienener „Moby Dick“ wurde erst im 20. Jahrhundert als Klassiker entdeckt, nicht zuletzt auch dank zahlreicher Verfilmungen, unter denen jene von 1956 mit Gregory Peck als Kapitän Ahab herausragt.

Doch beim Autor kam dieser Ruhm nicht mehr an. Bis zu seinem Tod wurden gerade einmal 3000 Exemplare von „Moby Dick“ verkauft, was man getrost als „Flop“ bezeichnen kann. Den „großen amerikanischen Roman“ habe er schreiben wollen, die Bibel der US-Literatur, die alle wichtigen Lebensthemen umfasst. Es ist ihm gelungen, gleichwohl er keinen Dollar damit verdient hat.

Statt auf eine biblische Wal-Rhapsodie warteten Melvilles Leser gespannt auf neue Abenteuergeschichten, die er in Nachfolge von James Fenimore Cooper seit seinem Autorendebüt mit 25 Jahren lieferte. Seine autobiografisch geprägten Südsee-Romane „Typee“, „Omoo“ und „Mardi“, die von Walfischjagden, Piraten und Kannibalen erzählen, fanden ein zahlreiches Publikum.

Melville wusste, wovon er erzählte, er hatte als Matrose an Bord eines Walfängers selbst viel erlebt. Geboren als Sohn eines schottisch-stämmigen New Yorker Kaufmanns, dessen Geschäft Bankrott ging, der aber trotzdem an seinem Nachnamen Melvill ein adelndes „e“ anhing, ging Herman Melville mit 20 Jahren als Kajütenjunge auf ein Handelsschiff.

Danach heuerte er auf einem Walfänger an, der im Pazifik



Bild: CF

Faustischer Autor: Melville

unterwegs war. Angewidert von den Verhältnissen an Bord desertierte Melville und schlug sich in Polynesien auf einer von Kannibalen bewohnten Insel durch. Nach einer Odyssee, die über Tahiti und Hawaii führte, kehrte Melville in die USA zurück, heiratete mittellos die Tochter eines Richters und begann seine finanziell wenig einträgliche Schriftsteller-Laufbahn.

Vor allem nach dem kommerziellen Misserfolg von „Moby Dick“ konnte Melville von Glück sagen, dass ihn seine wohlhabenden Schwiegereltern mit Krediten, die sie nie zurückforderten, unter die Arme griffen. Für Melville entwickelt sich die Jagd nach dem Geld zu einer ähnlichen Obsession wie Ahabs Verfolgung des weißen Pottwals. Beide werden am Ende verlieren und daran untergehen, auch weil beide ihr Ziel dämonisieren: Melville die Dollars und Ahab den Wal.

In „Moby Dick“ lässt Melville die Geschichte aus der Sicht des Matrosen Ismael erzählen. Doch tatsächlich hat dieser Autor und Goethe-Kenner mehr mit dem faustischen Wesen Ahabs gemeinsam und entwickelte beim Schreiben einen Wahn, der ihm fast zum Verhängnis wurde. „Je eher dieser Schriftsteller in Gewahrsam genommen wird, desto besser“, mahnte schon ein Kritiker nach dem Erscheinen eines Verzweiflungswerks von Melville an.

Es war Melvilles Familie, welche die Notbremse zog. Nach andauernden Misserfolgen als Autor ließ er sich zu einer Stelle als Zollinspektor im New Yorker Hafen überreden. Zu dem Zeitpunkt war er ein Niemand in der US-Öffentlichkeit. „Wer mit Ungeheuern kämpft, mag zusehn, dass er nicht dabei zum Ungeheuer wird“, schrieb Nietzsche in „Jenseits von Gut und Böse“. Es war, als hätte er Melville und Ahab damit gemeint. Melville hatte mit dem Ungeheuer Literatur gekämpft, so wie Ahab mit dem Seeungeheuer. Beide zerbrachen daran. *Harald Tews*

Die Abrechnung von Nürnberg

Sieger bestimmen, was Recht ist – zweifelhaft, aber nicht immer falsch

Als „Tribunal der Sieger“ bezeichnete der Historiker Werner Maser im Untertitel seines Buches „Nürnberg“ die Verfahren gegen die als Hauptkriegsverbrecher angeklagten Akteure des NS-Staates. Vor 70 Jahren, am 1. Oktober 1946, endete mit der Verkündung der Urteile der erste und größte Prozess.

Seit Eröffnung des Verfahrens wird in Abrede gestellt, bei dem Prozess habe es sich um Siegerjustiz gehandelt. Doch wenn Sieger über Besiegte urteilen, dann ist es Siegerjustiz, gleichgültig, wie die Urteile ausfallen, welche Schuld die Angeklagten auf sich geladen haben. Der aus Heidelberg stammende, 1933 emigrierte Staats- und Verfassungsrechtler Otto Kirchheimer erklärt in seinem Standardwerk „Politische Justiz“, in politischen Prozessen vor Gerichten eines siegreichen Regimes seien „die Richter in gewissem Sinne Siegerrichter“. Der aus einer jüdischen Familie stammende Sozialdemokrat Kirchheimer war 1933 nach Paris und später nach New York emigriert.

Dass die Sieger den geschlagenen Feind nach dem Zweiten Weltkrieg nicht ungeschoren davonkommen lassen würden, war abgemachte Sache. Winston Churchill wollte kurzen Prozess machen, 100 Hauptkriegsverbrecher für „gesetzlos“ erklären und hinrichten lassen. Sein Verbündeter Josef Stalin schlug vor, „mindestens 50000 deutsche Offiziere“ erschießen zu lassen. Man einigte sich auf den Vorschlag der USA, der ein rechtsstaatliches Internationales Militärtribunal vorsah.

24 Angeklagte sollten als Hauptkriegsverbrecher vor das Tribunal gebracht werden, letztendlich waren es 21 Politiker, Militärs und Personen der Wirtschaft. Viererlei wurde ihnen vorgeworfen: Gemeinsamer Plan oder Verschwörung (Machtübernahme und Diktatur), Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen (an der Zivilbevölkerung und Ermordung deutscher Juden auf polnischem Territorium), Verbrechen gegen die Menschlichkeit (den Holocaust eingeschlossen).

Diese Anklagen verstießen teilweise gegen den Rechtsgrundsatz nulla poena sine lege (keine Strafe ohne Gesetz). Zum Zeitpunkt der Tat, so argumentierten die Verteidiger vergeblich, sei noch kein Strafmaß für die Verbrechen festgelegt gewesen. Ebenso wenig ließen sich die Ankläger auf das Argument ein, auch auf alliierter Seite habe es Kriegsverbrechen gegeben, beispielsweise die Flächenbombardements gegen die Zivilbevölkerung. Die Ankläger hatten verabredet, keine Diskussion über alliierte Kriegsverbrechen zuzulassen.

Vor 70 Jahren wurden im ersten und größten der Nürnberger Prozesse die Urteile verkündet

Vor dem Tribunal standen (in Klammern jeweils das Urteil): Karl Dönitz, Großadmiral, Oberbefehlshaber der Kriegsmarine und vom 1. bis zum 23. Mai 1945 Adolf Hitlers Nachfolger als Staatsoberhaupt (zehn Jahre Gefängnis); Hans Frank, Generalgouverneur in Polen (Tod durch den Strang); Wilhelm Frick, Reichsinnenminister und Reichsprotektor in Böhmen und Mähren (Tod durch den Strang); Hans Fritzsche, Journalist, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda (nicht schuldig); Walther Funk, Reichswirtschaftsminister (lebenslänglich Gefängnis); Hermann Göring, Reichsmarschall und Oberbefehlshaber der Luftwaffe (Tod durch den Strang); Rudolf Heß, Adolf Hitlers Stellvertreter im Vorsitz der NSDAP bis 1941 (lebenslänglich Gefängnis); Alfred Jodl, Generaloberst, Chef des Wehrmachtführungsstabes (Tod durch den Strang); Ernst Kaltenbrunner, Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes (Tod durch den Strang); Wilhelm Keitel, Generalfeldmarschall, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (Tod durch den Strang); Konstantin Freiherr von Neurath, Reichsaußenminister (1932–1938) und Reichsprotektor in Böhmen und Mähren (1939–1941) (15 Jahre Gefängnis); Franz von Papen, Vizekanzler im Kabinett Hitler, Gesandter und Botschafter in Wien und Ankara (nicht schuldig, 1947 jedoch als „Hauptschuldiger“ zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt); Erich Raeder, Oberbefehlshaber der Reichs- und Kriegsmarine (lebenslänglich Gefängnis); Joachim von Ribbentrop, Reichsaußenminister (Tod durch den Strang); Alfred Rosenberg, NSDAP-Chefideologe, Herausgeber des NS-Blatts „Völkischer Beobachter“ und Reichsminister für die besetzten Ostgebiete (Tod durch den Strang); Fritz Sauckel, Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz von Zwangsarbeitern (Tod durch den Strang); Hjalmar Schacht, Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister (nicht schuldig); Baldur von Schirach, Reichsjugendführer und Reichsstatthalter der Gaues Wien (20 Jahre Gefängnis); Arthur Seyß-Inquart, Reichskommissar für die besetzten Niederlande (Tod durch den Strang); Albert Speer, Architekt und Reichsminister für Rüstung (20 Jahre Gefängnis); Julius Streicher, Herausgeber des Blattes „Der Stürmer“ und Gauleiter in Franken (Tod durch den Strang).



Bild: CF

Musste sich in der Stadt der Reichsparteitage vor den Alliierten verantworten: Die Führung des Dritten Reiches

Drei Angeklagte erschienen nicht vor Gericht: Martin Bormann, Leiter der Parteikanzlei und „Sekretär des Führers“, war unauffindbar. In Abwesenheit wurde er zum Tod durch den Strang verurteilt. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, angeklagt als Repräsentant der Industrie, die vom NS-Regime profitiert hatte, galt wegen angeschlagener Gesundheit als nicht verhandlungsfähig. Robert Ley, Reichsorganisationsleiter der NSDAP und Chef der „Deutschen Arbeitsfront“, hatte sich vor Prozessbeginn das Leben genommen.

In Gesamtheit wurden die SS, die Geheime Staatspolizei (Gestapo), der Sicherheitsdienst (SD) und das Korps der NSDAP-Führer zu verbrecherischen Organisationen erklärt.

218 Tage dauerten die Verhandlungen. Die Dokumente umfassten 42 Ordner. Die Urteile wurden am 1. Oktober 1946 gesprochen.

Die Todesurteile wurden in der Nacht vom 15. zum 16. Oktober in der Turnhalle des Nürnberger Justizpalastes vollstreckt, die Leichen in derselben Nacht nach München gebracht und verbrannt. Die Asche schütteten US-amerikanische Soldaten am folgenden Tag in den Conwentzbach, einen Seitenrinnsal der Isar. Die angegebenen Namen sagten den Soldaten nichts. Sie ahnten nicht, dass „Abraham Goldberg“ die Asche des Antisemiten Julius Streicher war. Und dass sich hinter dem Aufkleber „Georg Munger“ die Asche Hermann Görings befand.

Klaus J. Groth

Letten schleifen erstmals sowjetisches Denkmal

Die Stadt Lemsal unterstützte die Abbruchaktion einer lokalen Gruppe der »Düna-Falken« auf ihrem Territorium mit 8000 Euro

Was über ein Vierteljahrhundert lang zur Debatte stand, wurde jetzt Realität: Erstmals seit der Erlangung der Unabhängigkeit von der Sowjetunion hat Lettland ein Denkmal der einstigen Besatzer offiziell geschleift – mit Erlaubnis und unter Beteiligung staatlicher Stellen.

Für das livländische Landstädtchen Lemsal (Limbaži) hatte die lettische Regierung den Schutz eines Monumentes aufgehoben, das an 26 dort im Zuge der Besetzung durch sowjetische Truppen zu Tode gekommene Matrosen erinnerte. Es handelt sich dabei nicht um ein Grab, sondern um ein Ehrenmal, das der Glorifizierung des sowjetischen Einmarsches dienen sollte. Kurz nach der Statusaufhebung wurde es von einer lokalen Gruppe der antikommunistischen „Düna-Falken“, einer führenden, zunächst vom Westen aus gesteuerten lettischen Widerstandsgruppe aus der Nachkriegszeit, abgetragen. Für den Abriss stellte die Stadt Lemsal den „Falken“ einen Betrag von 8000 Euro zur Verfügung.

Auch wenn bisher keine weiteren Pläne für die Abtragung von Denkmälern bekannt sind, deutet sich an, dass diese folgen könnten. Ganz zufällig war die Wahl der alten Hansestadt als erstem Ort für einen solchen Denkmalsturz nämlich offenbar nicht, ist Lemsal doch der Geburts- und Sterbeort von Karlis Baumanis, des Dichters der lettischen Nationalhymne, einer nicht unproblematischen Persönlichkeit, die sich – in den eigenen Werken freilich oft mit eher durchwachsenem Erfolg – um eine Austreibung fremder Kultureinflüsse aus dem Lettentum bemühte. Ob dies der russischen Botschaft bekannt war oder ob sie, was man vermuten muss, lediglich allergisch auf die Abtragung eines vermeintlichen russischen Kulturpflocks auf lettischem Boden reagierte, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen. Jedenfalls legte die Vertretung umgehend scharfen diplomatischen Protest bei der lettischen Regierung ein, da sich Lettland vertraglich zum Schutz sowjetischer Denkmäler und Grabstätten verpflichtet habe.

Die Vorsitzende des Diplomatischen Ausschusses des Oberhauses im russischen Parlament rief gar die Unesco an, eine „sachgerechte Bewertung“ der Angelegenheit vorzunehmen, worunter sie unzweideutig verstand, ihre persönliche sowjetisierte Sicht zu unterstützen, nach der das Monument irgendwie sakrosankt ist. Worin der besondere kulturelle Wert des fraglichen Objektes bestehen soll, der eine Einschaltung der Unesco begründen könnte, verriet sie nicht.

Das Denkmal stammt aus dem Jahr 1974 und besteht aus einem ummauerten kleinen Erdhügel in Form einer stilisierten, aber erkennbar deutschen Burg, auf der ein „siegreicher“ Findling mit einer Widmung für die Toten platziert wurde. Allein schon dieser primitive und in seinem Kontext nicht nur antideutsche, sondern auch antilettische Nationalismus der Erbauer lässt das Denkmal in einem wenig günstigen Licht erscheinen.



Im Abbruch: Denkmal für die einstigen Besatzer in Lemsal

Bild: Wyrwoll

Zudem hatten die hier glorifizierten Sowjetsoldaten während ihres Krieges gegen die letzten einheimischen Widerstandskämpfer im Sommer 1941 allein sieben unbeteiligte Einwohner der kleinen Provinzstadt ermordet, worauf bei der Denkmalschleifung ausdrücklich Bezug genommen wurde. Die russischen Medien unterschlagen dieses Datum hingegen tunlichst und suggerieren, dass die hier Geehrten an der „Befreiung“ Lettlands von der Wehrmacht beteiligt gewesen seien, nicht aber an der gewaltsamen Besetzung des zwischenzeitlich unabhängigen lettischen Staates.

Freilich war auch der zweite Einmarsch der Sowjets im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges im Kampf gegen die Wehrmacht und nach deren Kapitulation für die Letten alles andere als eine Befreiung. Angesichts der brutalen sowjetischen Herrschaft im Baltikum sollte auch in Russland langsam verstanden werden, dass die Letten einen guten Grund haben, Unterschiede zwischen Erinnerungsdenkmälern an „normale“ Kriegsopfer und Heroisierungsstätten einstiger Mörder zu machen. Lettland hat sich in dieser Frage übrigens eine extreme Zurückhaltung auferlegt, wie die zeitgleiche Zurückweisung einer Petition an das Nationalparlament zur Schleifung der sowjetisch-überdimensionierten propagandistischen Selbstidealisierungsskulptur „Den Befreiern Rigas“ in der Landeshauptstadt zeigt, deren Name allein schon einen Affront für den lettischen Staat bedeuten müsste.

Vonseiten der in der Stadt Lemsal ansässigen ethnischen Russen, die hier rund zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen und seit Langem in gutem Einvernehmen mit den Letten leben, war während des Abrisses übrigens keinerlei Aufbegehren gegen die Maßnahme zu verzeichnen – obwohl etliche von ihnen direkt neben dem Denkmal wohnen. Vielleicht sollte man sich in Moskau ein Beispiel an ihnen nehmen und so eine neue Grundlage für die Entkrampfung des Verhältnisses zwischen beiden Völkern legen.

Thomas W. Wyrwoll

Wie die Reichskriegsflagge entstand

Das von der Antifa bekämpfte kaiserliche Symbol hat eine absolut NS-freie Entstehungsgeschichte

Die schöne Jahreszeit ist Schützenfestzeit, und bei den Umzügen der traditionsbewussten Schützen wird ab und an auch die kaiserliche Reichskriegsflagge mitgeführt. Das mag den einen oder anderen „Antifaschisten" oder Reichsbedenkenträger aufregen, weil Rechtsradikale sie zu ihrem Ersatz für die verbotene Hakenkreuzflagge erkoren haben. In der Entstehungsgeschichte der Flagge spielen jedoch weder Nationalsozialisten noch der Nationalsozialismus eine Rolle, dafür König Wilhelm I. umso mehr.



Neben, wenn nicht sogar noch vor Carl Röchlings „The Germans to the front" sicherlich die berühmteste künstlerische Verewigung der kaiserlichen Reichskriegsflagge: Hans Bohrdts „Der letzte Mann"

Bild: pa

Mit der neuen schwarz-weiß-roten Handelsflagge des nach dem Deutschen Krieg gegründeten Norddeutschen Bundes wurde Wilhelm wenigstens halbwegs dadurch versöhnt, dass er auf die dazugehörige Kriegsflagge maßgeblichen Einfluss nehmen konnte. Das war nur recht und billig, denn anders als die Handels- bestand die Kriegsflotte des Norddeutschen Bundes ausschließlich aus seinen Schiffen, sprich preußischen. In Preußen hatte es Tradition, dass sich die Kriegs- von der Handelsflagge unterschied, und so sollte es nun auch beim Norddeutschen Bund sein. Die Kriegsflagge Preußens zeigte auf weißem Grund in der Mitte den preußischen Adler und links oben das Eiserne Kreuz. So sollte es nun auch beim Norddeutschen Bund gehalten werden.

Der Preußenkönig ließ sich bei der Gestaltung der Kriegsflagge vom Oberbefehlshaber der preußischen Kriegsmarine beraten, der später auch den Oberbefehl über die Seestreitkräfte des Norddeutschen Bundes erhielt. Wilhelms I. kreativer Vetter war nicht nur an Schiffen, sondern auch an Flaggen sehr interessiert und liebte es, nicht nur Schiffe, sondern auch Flaggen zu malen. Schon zu Zeiten der schließlich gescheiterten Erfurter Union hatte Prinz Adalbert (siehe *PAZ* vom 31. Mai 2008) Entwürfe für eine gemeinsame Flotte gemacht, an die er nun anknüpfen konnte. Er vertrat die vernünftige Ansicht, dass sich Handels- und Kriegsflagge grundsätzlich ähnlich sein sollten, damit dass Ausland weiß, unter wessen Schutz die Handelsflotte steht, und sich die Angehörigen von Handels- wie Kriegsmarine einander verbunden fühlen. Die Bundeskriegsflagge musste also schwarz-weiß-rot sein und möglichst viele Element der preußischen Kriegsflagge enthalten.

Adalbert stand stark unter dem Einfluss der Seekriegsflagge der bedeutendsten Seemacht. Das White Ensign (Weiße Flagge) hatte bereits Horatio Nelson 1805 in der Schlacht von Trafalgar verwendet und findet bei den traditionsbewussten Briten heute noch Verwendung. Es zeigt das Sankt-Georgs-Kreuz Englands, also ein rotes Kreuz auf weißem Grund, mit dem Union Jack, der Flagge Großbritanniens, in der Gösch, also im linken oberen Eck. Adalbert übernahm das Kreuz, doch war es bei ihm schwarz und weiß-schwarz gerändert wie das Eiserne Kreuz. Ursprünglich bezeichnete Adalbert dieses Balkenkreuz als Deutsches Kreuz, später als Eisernes Kreuz. Um eine Ähnlichkeit zwischen Kriegs- und Handelsflagge zu erreichen, setzte Adalbert dort, wo beim White Ensign der Union Jack sitzt, den schwarz-weiß-roten Dreifarb ein. Die Grundfarbe war nach dem Vorbild der preußischen Kriegsflagge und wie beim White Ensign Weiß. Schließlich wurde noch ein preußischer Adler auf den Dreifarb in der Gösch gelegt. Damit waren die weiße Grundfarbe, der Adler und – in zum Balkenkreuz mutierter Form – auch das Eiserne Kreuz der preußischen Kriegsflagge übernommen.

Doch das reichte Wilhelm I. nicht. Er wollte, dass Eisernes Kreuz und Adler am selben Ort verblieben. Also wurde nun der Dreifarb in der Gosch statt mit dem Preußenadler mit dem Eisernen Kreuz belegt und der Adler wanderte auf eine weiße Scheibe im Zentrum des Balkenkreuzes.

Bild: Photo: LA(Phot) Husbands/MOD

Das britische Vorbild: White Ensign, hier am Flaggenstock des Atom-U-Bootes „HMS Trafalger"

Am 4. Juli 1867 wurde dieses Muster zur Kriegsflagge des Norddeutschen Bundes bestimmt. Am 1. Oktober des Jahres wurde die neue Flagge offiziell eingeführt. Nach der Reichsgründung wurde die Kriegsflagge wie so viele Symbole des Norddeutschen Bundes vom Deutschen Reich übernommen.

Nach dem Regierungsantritt Wilhelms II. erhielt der preußische Adler statt des bisherigen gespreizten das gesenkte Gefieder des kaiserlichen Reichsadlers. Diese Änderung wurde bei der Kriegsflagge 1892 nachvollzogen. In jenem Jahr wurde auch der Begriff „Reichskriegsflagge" für die kaiserliche Kriegsflagge eingeführt.

Die Ähnlichkeit mit dem britischen Vorbild führte 1903 dann zu einer zweiten leichten Veränderung. Auf einem russischen Kriegsschiff war die Reichskriegsflagge falsch interpretiert und das deutsche Schiff deshalb versehentlich mit dem White Ensign gegrüßt worden, was an und für sich einer Beleidigung gleichkam. Um derartige peinliche Verwicklungen fortan zu vermeiden, wurde 1903 das Balkenkreuz verbreitert. Jene Fassung wird heutzutage gemeinhin unter Reichskriegsflagge verstanden.

Da die kaiserliche Reichskriegsflagge gerne von Rechtsradikalen verwendet wird, kann sie – so das Bundesamt für Verfassungsschutz – „nach allgemeinem Polizei- und Ordnungsrecht dann sichergestellt werden, wenn dies in konkreten Einzelfällen die erforderliche, geeignete und verhältnismäßige Maßnahme ist, um konkrete Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn die Flagge Kristallisationspunkt einer konkret drohenden Gefahr ist und diese sich dadurch beheben lässt." Das hat in Sachsen-Anhalt dazu geführt, dass sogar eine Ostpreußenflagge beschlagnahmt worden ist, weil sie von ebenso übereifrigen wie ignoranten Ordnungshütern wegen des Preußenadlers im Zentrum für eine kaiserliche Reichskriegsflagge gehalten worden war (siehe *PAZ* vom 2. September 2000 und 7. April 2001). Ansonsten gilt jedoch für die kaiserliche Reichskriegsflagge, was auch für Preußenfahnen gilt: Ihr Führung „erfüllt weder einen Tatbestand des Strafgesetzbuches noch des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten".

Manuel Ruoff

(siehe Kommentar Seite 8)

Die Reichskriegsflaggen Weimars und des Dritten Reiches

Wenn heutzutage im politischen Tagesgeschäft von der Reichskriegsflagge die Rede ist, wird gemeinhin die kaiserliche gemeint. Allerdings hatte das Deutsche Reich auch in seiner republikanischen Zeit eine Reichskriegsflagge.

Mit dem Ende der Monarchie war die kaiserliche Reichskriegsflagge nicht mehr zeitgemäß, symbolisierte sie einen Zustand, der nicht mehr gegeben war. Das fing mit dem königlichen preußischen Adler auf der weißen Scheibe im Zentrum der Flagge an. Preußen war nicht mehr Königreich und die privilegierte Sonderstellung Preußens im Reich hatte mit der Monarchie aufgehört, wurde von den Vätern der Weimarer Verfassung nicht übernommen. Auch waren die Farben des Reiches nun Schwarz-Rot-Gold. Also wurde per Flaggenerlass des Reichspräsidenten vom 27. September 1919 der Adler des preußischen Königreiches durch den der Weimarer Republik sowie der schwarz-weiß-rote Dreifarb des Kaiserreiches durch die republikanische Trikolore ersetzt. Nun tat sich jedoch die junge Republik schwer, einen ansprechenden neuen republikanischen Reichsadler zu entwickeln. Die anfänglich verwendete Kreation von Emil Doepler wurde von vielen als „Pleitegeier" verspottet. So verabschiedete die Reichsregierung am 19. Oktober 1919 einen Verordnungsentwurf, der das oben beschriebene Muster grundsätzlich bestätigte, aber ohne die Scheibe mit Doeplers Reichsadler. Ein weiteres Argument gegen die neue Kriegsflagge blieb jedoch bestehen: die fehlende Ähnlichkeit mit der schwarz-weiß-roten Handelsflagge. Die mit der Verordnung über die deutschen Flaggen vom 11. April 1921 realisierte Lösung bestand in der Handelsflagge der Weimarer Republik mit dem zentral aufgelegten Eisernen Kreuz, das sich im Ersten Weltkrieg von einem preußischen Orden zu einem reichsdeutschen Symbol entwickelt hatte.

Nach der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten entfernten diese systematisch Schwarz-Rot-Gold aus der deutschen Staatssymbolik. Weimars schwarz-rot-goldene Flaggen wurden ersetzt, und aus ihren schwarz-weiß-roten wurde die Weimar-typische kleine schwarz-rot-goldene Trikolore im linken oberen Eck entfernt. So verfuhren die Nationalsozialisten auch mit der Handels- und der Kriegsflagge.

Mit diesem Rückgriff auf den schwarz-weiß-roten Dreifarb versuchte Adolf Hitler zu Beginn seiner Regierung genauso wie mit dem „Tag von Potsdam" die nationalkonservativen Anhänger der preußischen und der deutschen Monarchie für seine Partei zu gewinnen.

Nach dem Tode des nationalkonservativen Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und der Etablierung Hitlers als dessen Nachfolger war mit dieser Rücksichtnahme jedoch weitgehend Schluss. Hitler hatte sich bereits in „Mein Kampf" eindeutig von dem Dreifarb des Kaiserreiches distanziert. 1935 wurde die Hakenkreuzfahne der NSDAP Handels- und alleinige Nationalflagge. Auch die Reichskriegsflagge wurde nun entsprechend geändert. Das Eiserne Kreuz analog zur alten Kriegsflagge einfach auf das Zentrum der neuen Handelsflagge zu legen, war nun allerdings kaum möglich, da sich dort bereits das Hakenkreuz befand. In dieser Situation griffen die Nationalsozialisten auf das Muster der kaiserlichen Reichskriegsflagge zurück. So wurden das die Flagge viertelnde Balkenkreuz mit der aufgelegten weißen Scheibe sowie das Eiserne Kreuz in der linken oberen Ecke übernommen. Allerdings gab es einige wesentliche Änderungen. Der Grundton war nun nicht mehr das Weiß der Kriegsflagge des Königreiches Preußen, sondern das Rot der Hakenkreuzfahne. Auf der weißen Scheibe im Zentrum des Balkenkreuzes war nun nicht mehr der Adler des preußischen Königreiches, sondern das Hakenkreuz zu sehen. Und der schwarz-weiß-rote Dreifarb in der Gösch wurde entfernt, sodass das Eiserne Kreuz nun direkt auf dem roten Tuch lag. Nach der Kapitulation der Wehrmacht wurde diese Flagge am 10. Mai 1945 das letzte Mal niedergeholt. Nur die Verbreitung dieser letzten Reichskriegsflagge mit dem Hakenkreuz ist in der Bundesrepublik strafbar.

M.R.

Erstes Schlachtschiff

Die „Scharnhorst" war das erste Schlachtschiff, das seit dem Ende des Ersten Weltkrieges in Deutschland gebaut wurde. Sie wurde nach dem preußischen General Gerhard von Scharnhorst (1755–1813) benannt und war das zweite Kriegsschiff mit diesem Namen. Der Stapellauf am 3. Oktober 1936 auf der Kriegsmarinewerft in Wilhelmshaven war eine politische Inszenierung ersten Ranges. Adolf Hitler selbst war mit großem Gefolge zu diesem Anlass erschienen, um der Welt Stärke zu demonstrieren und zu zeigen, dass der Versailler Vertrag mit der Beschränkung der Tonnage keinerlei Bedeutung mehr habe. Der Reichskriegsminister Generalfeldmarschall Werner von Blomberg hielt die Taufrede. Die Taufe selbst nahm die Witwe von Kapitän zur See Felix Schultz, der am 8. Dezember 1914 als Kommandant des Großen Kreuzers „Scharnhorst" vor den Falklandinseln untergegangen war, vor.

Die „Scharnhorst" war 235 Meter lang, 30 Meter breit und hatte eine Verdrängung von mehr als 35 000 Tonnen. Ihre zwölf Dampfkessel sorgten für eine maximale Geschwindigkeit von 31,5 Knoten, das entspricht 58 Kilometern in der Stunde. Zur Bewaffnung gehörten als schwere Artillerie neun 28-Zentimeter-Schnellladekanonen, jeweils drei in einem Geschützturm. Die Panzerung war bis auf 36 Zentimeter verstärkt worden. Zur weiteren Ausstattung gehörten zwölf 15-Zentimeter-Geschütze und Flakgeschütze auf Dreh-Lafayetten. An Bord gab es außerdem drei Wasserflugzeuge zur Luftüberwachung und Feindaufklärung. Im Januar 1939 konnte die „Scharnhorst" in Dienst gestellt werden. Intensive Erprobungs- und Ausbildungsfahrten in der Ostsee folgten. Beim Stapellauf des neuen Schlachtschiffs „Tirpitz" am 1. April 1939 fungierte die „Scharnhorst" als Flaggschiff und Versammlungsort der Gäste aus Politik und anderen wichtigen Kreisen. Bei dieser Gelegenheit ernannte Hitler Erich Raeder zum Großadmiral.

Gerhard von Scharnhorst

Bereits kurz nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges fuhr die „Scharnhorst" zusammen mit ihrem Schwesternschiff „Gneisenau", das auch bei den weiteren Einsätzen meistens dabei war, auf Feindfahrt. Das Hauptoperationsgebiet lag zwischen den Färöer- und Shetland-Inseln Richtung Norwegen bis nach Narvik, Nordkap und ins Nordmeer, aber auch südlich bis ins französische Brest. Die „Scharnhorst" nahm an vielen bekannten Unternehmen wie „Weserübung" zur Besetzung Norwegens oder „Juno" zur Unterbindung des alliierten Nachschubs teil. Im letzten Unternehmen „Ostfront" sollte wieder ein Nordmeergeleitzug abgefangen werden. Die „Scharnhorst" lief in eine von der britischen Marine ausgelegte Falle. Drei britische Kreuzer hatten sich außerhalb der Reichweite der deutschen Aufklärung auf die Lauer gelegt. Beim Untergang am 26. Dezember 1943 starben fast 2000 Besatzungsmitglieder. Ein Gedenkstein auf dem Ehrenfriedhof in Wilhelmshaven erinnert an die Gefallenen.

Britta Heitmann

Im Ohnmachtsland

Zu: Die Gestaltlose (Nr. 32)

Der Aufstieg Deutschlands im 19. Jahrhundert ist nicht nur Bismarck zuzuschreiben, sondern auch den damaligen Deutschen, und der aktuelle Niedergang nicht allein der Kanzlerin. Heute kreist der Journalismus aber wie behext um Merkel. Zu oft auch die *PAZ*! Keine politisch-historische Gesamtschau, kaum Ausleuchtung von Hintergründen.

Regierende sind repräsentativ für den „Zeitgeist“, Mentalität und Zwangsideen einer Epoche. Angela Merkel ist die neudeutsche Konturlosigkeit. Nirgendwo anekken, lieber zurückstecken, sich verleugnen. Sie ist als Kanzlerin keine bloße Fehlbesetzung.

So wie Deutschland bis zur Reichsgründung 1871 vom Westfälischen Frieden grundiert wurde, so heute die deutsche Ohnmacht nach dem Potsdamer Abkommen. Dessen verbliebener Kern ist härtester Kolonialismus. „Deutschland unterwirft sich jetzt und künftig allen Forderungen“, heißt es in der fast zeitgleichen Berliner Erklärung der Sieger von 1945. Ein Menschenalter später ist die hyperservile Merkel das Endresultat. In ihrer Ära ist der eher verdeckte Rückbau zur fühlbaren Auflösung verschärft worden. Deutschland wird abgeschafft mittels einer selbstentfremdeten Elite. Die bedankt sich heute offen bei den Zerstörern Dresdens und erklärt Patrioten zu „Pack“ und „Nazis“. Es ist unwahr, dass die laufende Extremdemontage allein auf freien Entschlüssen der Kanzlerin basiert.

Im Jahr 2000 hat die Uno der Bundesrepublik zehn Millionen Einwanderer „empfohlen“. Aufgabe der angepassten politmedialen Klasse ist schon immer, den Deutschen die eigene Nation mies zu machen, sie zu verwirren, zu demütigen, zu täuschen – von „Die deutsche Teilung dient dem Frieden“, über „Wir haften nicht für fremde Schulden“ bis zuletzt „Der Islam gehört zu uns“. Gleiches gilt für TTIP und CETA. Wie zu erwarten, sind Merkel & Co. auch dabei bloß US-Sprachrohr.

Vor 50 Jahren charakterisierte Hermann-Josef Abs, damals Vorstandschef der Deutschen Bank, die Bundesrepublik als „größtes Ohnmachtsland der Welt“. Wenn Merkel zurücktritt und sonst nichts passiert, wird nur das Narrenspiel falscher Hoffnungen fortgesetzt.

Rudolf Kraffzick, Hainau

Soldaten im Dienst multinationaler Unternehmen

Zu: Renaissance des Söldnertums (Nr. 36)

Frau von der Leyen hat nicht nur ein Problem. Sie steht an einem Punkt, an welchem die Gefahr droht, dass die CDU aufgrund ihrer Ausländerpolitik, die immer weniger Bürger mittragen mögen, kurzerhand hinweggespült wird, zumindest aber unter den Prozentsatz der im Wahlkampf mitstreitenden AfD rutschen kann, wie gerade in Mecklenburg-Vorpommern geschehen.

Die Kanzlerin ist in ihrer Sicht der Dinge für Veränderungsmöglichkeiten beratungsresistent und könnte durch Parteitagsbeschlüsse noch vor der Wahl zum Rücktritt gezwungen sein. Brauchbare andere Kandidaten in der CDU gibt es nicht, die hat Frau Merkel alle im Laufe ihrer Dienstzeit in Seelenruhe abqualifiziert, und die solchermaßen in der Partei und im Parlament noch vorhandenen Duckmäuser haben auch nicht den Mumm, sich als Bewerber ins Rampenlicht zu stellen.

Ursula von der Leyen hingegen versucht immer wieder, mit brauchbaren Themen dieses Rampenlicht auf sich zu ziehen. Bislang hatte sie das große Glück, anders als Norbert Röttgen und andere, noch nicht von der Kanzlerin (wie beim Stutenrennen) weggebissen worden zu sein. Ob es von der Leyen gelingen wird, mit dem Thema „Bundeswehreinsatz im Inneren“ noch vor der Wahl zu punkten, ist im Moment noch ungewiss, es scheint aber als Thema eher unbeliebt zu sein. „Ausländer in der Bundeswehr“ ist nun ein neues Thema, womit sie vielleicht Aufmerksamkeit erheischen könnte.

Warum aber, so muss man sich doch nun fragen, zieht es so wenige junge deutsche wehrfähige Männer in den Soldatenberuf? Liegt es vielleicht daran, dass unsere Politiker den deutschen Nationalstaat den eigenen Bürgern immer weiter zugunsten der EU entfremdet haben? Während es in früheren Jahren als ehrenwert galt, das Vaterland zu beschützen und sich die Zahl der Kriegsdienstverweigerer noch in überschaubaren Grenzen hielt, ist es nunmehr wohl bei jungen Menschen nicht so beliebt, für europäische oder undefinierbare Nato-Kriegsziele das Leben einzusetzen. Die Begründungen, mit welchen heute Soldaten in Syrien, Mali, Afghanistan oder im Irak zum Einsatz kommen, haben überdies einen lügenhaften Charakter sowie fehlende rechtliche Hintergründe. Einsätze ohne UN-Mandat stinken zum Himmel.

> Mit dem Thema »Ausländer in der Bundeswehr« punkten

Jeder verantwortliche Politiker weiß das, nur wenige (außer dem ehemaligen CDU-MdB Willy Wimmer, der die Nato von einem Verteidigungsbündnis zu einer Aggressionsbestie mutierten sieht) haben das Kreuz, dies öffentlich auszusprechen. Auch wenn die Politik und die Mainstream-Medien diese Hintergründe nicht oder kaum ausreichend beleuchten – die jungen Menschen sind nicht mehr so dumm, dies nicht zu erkennen.

Ganz deutlich erkennen sie aber die Gewinne der Rüstungskonzerne, und so wird deutlich, dass Kriege heute ausschließlich wirtschaftliche Hintergründe haben und nur auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind. Mit anderen Worten: Soldaten sind nicht mehr für den Schutz des Volkes, sondern ausschließlich zur Sicherung wirtschaftlicher Ziele für das Internationale Großkapital der angloamerikanischen Globalbanken und multinationalen Unternehmen, die im Wesentlichen ja auch die Richtlinien der Politik bestimmen, im Einsatz.

Der Einzug ausländischer Soldaten in deutsche Kasernen ist also ein weiterer Versuch von Frau von der Leyen, nationale Hoheitsaufgaben auf europäische Schultern zu verlagern. Sicherlich hätten Soldaten dieses Kalibers auch eher keine Skrupel, bei einem künftig denkbaren Einsatz im Inneren nötigenfalls auf die deutsche Bevölkerung zu schießen. Ob Frau von der Leyen als wehrunkundige Hilfskraft diesen Aspekt im Fokus hat, ist nicht bekannt. Allerdings ist eine Mehrung ihrer Soldaten für ihre Nato-Osterweiterung unbedingt erforderlich. Bestimmt finden sich genügend deutschsprachige Polen, Russen, Litauer oder Ukrainer, die die hier entstandene Lücke füllen möchten, schließlich wären sie faktisch deutsche Beamte auf Zeit, das ist doch ein lohnendes Ziel.

Bleibt nur zu hoffen, dass die Mainstream-Presse diese Bemühungen von Frau von der Leyen auch noch rechtzeitig vor der Wahl bemerkt, ihr außergewöhnliches Engagement lobend erkennt und sie auf den Schild der kanzleramtsfähigen Bewerber hebt, denn bislang bleibt ihr so nur der persönliche Vorteil, als Quotenfrau für dieses Amt in Frage zu kommen.

Rudolf Neumann, Ahrensburg

Geteiltes Schicksal

Zu: Nur ein kurzer Traum (Nr. 35)

Der folgende Satz im Südtirol-Artikel lässt mich ratlos zurück: „Während Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg über 45 Jahre hinweg geteilt war, erleidet Tirol dieses Schicksal schon doppelt so lange, nämlich seit dem Ende des Ersten Weltkrieges 1918, und damit seit bald einem Jahrhundert.“

Erstens: Die Vereinigung zweier deutscher Teilstaaten 1990 war ein Beitritt (der DDR zur Bundesrepublik Deutschland), von mir aus eine Vereinigung, doch bestimmt keine vollständige Wiedervereinigung. Zweitens: Das Schicksal (Süd-)Tirols wird sehr wohl von deutschen Regionen geteilt. Hat der Autor vergessen oder weiß er nicht, welche deutschen Gebiete nach 1918 zumeist völkerrechtswidrig abgetrennt wurden? Ich nenne sie: Elsaß-Lothringen, Eupen-Malmedy, Nordschleswig, Danzig, Westpreußen, Posen, Ostoberschlesien, das Hultschiner Ländchen und das Memelgebiet. Auch diese Gebiete sind seit beinahe 100 Jahren nicht mehr deutsch.

Wilhelm Kreuer, Unkel

Herr Weichmacher

Zu: „Der Weg in die Weltdiktatur“ (Nr. 36)

Die menschliche Gesellschaft soll auf die Reise in eine Weltdiktatur geschickt werden, die raffiniert verharmlosend „Globalisierung“ genannt wird. Der US-Politologe Thomas P. M. Barnett hat das Ziel dafür vorgegeben: Formung eines neuen nivellierten Marionettenmenschen. Im Klartext heißt das: eines Menschen ohne Würde.

Der Weg dahin hat schon mit einer Infragestellung der traditionellen Menschheitswürde und der Verbreitung von allgemeiner Verunsicherung begonnen, dem auf dem Kopf stellen der alten Wertevorstellungen. Weiter ging es mit der Demontage der klassischen Familie über die antiautoritäre Erziehung und Frühsexualisierung in der Schule bis zur Zuwandererschwemme.

Ziel war und ist das „Weichmachen“ der Menschheit im Sinne des Herrn Barnett. Dieser wusste auch schon, was man mit denen machen sollte, die sich diesem neuen Glück widersetzen sollten: „Kill them.“

Prof. Martin Knappke, Karlsruhe

Impuls für einen Lernprozess

Zu: Wider Zahlen und Fakten (Nr. 36)

Lehrpläne sind Ausfluss und Ausdruck des ideologischen Überbaus, sie sind veränderbar und sie werden auch alle zehn bis 15 Jahre verändert. Sie sind auch Nachweis für die Aktivität des Bildungs- und Schulministeriums. Ihr Einfluss auf das Denken und Handeln der Schüler wird überschätzt. Es ist mehr ein frommer Wunsch.

Im medialen Zeitalter ist die Schule nur *ein* prägender Faktor, und nicht einmal der wichtigste. Dem Lehrer steht es frei, einen faktengerechten Unterricht in Geschichte zu gestalten, er kommt unter Umständen auch mit weniger aus. Letztlich entscheidend ist die Lehrerpersönlichkeit, alles andere ist zweitrangig.

In Deutschland steht heute vor allem die berufliche Bildung im Mittelpunkt, auch in Bezug auf die Anbindung an Fachhochschule und Hochschule. Das alte klassische Modell der humanistischen Ausbildung ist im Schwinden begriffen, durchaus eine akzeptable Entwicklung, geschuldet der ökonomischen Notwendigkeit. Geschichte hat immer nur wenige interessiert, das wird so bleiben.

Jaroslaw Kaczynski sagte vor Kurzem so schön, es käme bei der Bewertung der historischen Ereignisse immer auf die Perspektive an. Die heranwachsende Generation müsse ihren Standpunkt und ihre Theorie selbst finden. Wenn die Theorie in der Praxis nichts tauge, dann liege sie falsch. Dies könne dann der Impuls für einen echten Lernprozess werden.

Norbert Schadel, Gerhardshofen

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Das Ungeheuer im Käfig

Zu: Vorbild Israel? (Nr. 35)

Es ist sehr traurig, aber wahr: Der einzige Grund, weshalb junge, nette, gebildete Palästinenser, Araber, Pakistaner oder Afghanen töten, liegt an ihrer faschistischen Ideologie, wie zu Recht der Politiker Geert Wilders und der Autor Hamed Abdel-Samad sagen. Im Gegensatz zu ihren analphabetischen Eltern wissen die heutigen Terroristen ganz genau, was im Koran steht. Imame und Theologen versuchen vergebens, indem sie immer wieder die wenigen friedlichen Suren zitieren, ein Ungeheuer (den Islam) im Käfig zu halten.

Francesco Salatino, Frankfurt/Main

Durch Schaden unklug

Zu: Merkel muss zurücktreten (Nr. 34)

Wenn ich jetzt lese, dass führende westliche Politiker Erdogan besuchen, dann wird mir, der ich das „Tausendjährige Reich“ von den 1920er Jahren bis zum Ende, „... als alles in Scherben fiel ...“, als vorausdenkender Mensch erlebt hatte, speiübel. Was daraus folgt, werde ich nicht mehr erleben, aber 2017 soll ich wählen! Wen oder was denn? Den Liebling der Nordfriesen und/oder die Schleswig-Holstein-CDU für Berlin? Haben wir solche Politiker zwei Generationen nach dem Trümmerhaufen verdient? Werden die Menschen wirklich durch Schaden nicht klug?

Jürgen Ritscher, Garding

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 38 – 23. September 2016

MELDUNGEN

Alkoholverbot am Okull-See

Allenstein – Auf dem Gelände des Erholungs- und Sportzentrums „Okull-See“ in Allenstein gilt absolutes Alkoholverbot. An dem größten Allensteiner See wird man nur an gekennzeichneten Stellen oder in Lokalen Alkohol trinken können. Das ist die Konsequenz aus dem Verhalten des größten Teiles der Benutzer des Erholungs- und Sportzentrums „Okull-See“. Nach Meinung des Direktors des Städtischen Zentrums für Prophylaxe und Therapie von Abhängigkeit, Blazej Gawronski, hatten dort immer mehr Gruppen ein Saufgelage veranstaltet. Den Beschluss zur Eingrenzung des Alkoholkonsums auf dem Gelände des Erholungs- und Sportzentrums hatten die Stadtverordneten bereits in einer außerordentlichen Ratssitzung Ende Juli gefasst. *PAZ*

Museum zeigt Inklusen

Königsberg – Das Königsberger Geschichts- und Kunstmuseum zeigt noch bis Ende Oktober unter dem Titel „Tränen alter Götter“ eine Sonderausstellung von Bernsteininklusen aus der privaten Sammlung von Konstantin Andruschtschenko. Die Besucher können dabei unter Vergrößerungsgläsern seltene Stücke, von Gottesanbeterinnen bis hin zu noch unbekannten Blumen, bewundern. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomlyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Sorquitten [Sorkwity] – Mertinsdorf [Marcinkowo], Baustelle; Mathildenhof [Buniaki] – Lyck [Ełk], Baustelle. Straße Nr. 16c: Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elbląg] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Markeim [Markajmy] – Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 58: Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bialla [Biała Piska], Baustelle. Straße Nr. 63: Arys [Orzysz] – Johannisburg [Pisz], Brückenbau. Straße Nr. 65: Goldap [Gołdap] – Treuburg [Olecko], Brückenbau; Johannisberg [Janisze] – Stradaunen [Straduny], Baustelle; Stradaunen [Straduny] – Oratzen [Oracze], Baustelle; Oratzen [Oracze] – Lyck [Ełk], Baustelle. *PAZ*

Zeughaus weicht Hotelkomplex

Wieder einmal verlor ein historisches Gebäude im Kampf um die Sahnegrundstücke in Königsberg

In Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft in zwei Jahren in der Russischen Föderation ist in Königsberg eine aktive Bautätigkeit zu verzeichnen. Dieser fallen immer öfter historische Sehenswürdigkeit zum Opfer, wie das Beispiel des Zeughauses der Wrangelkaserne aktuell zeigt.



Nur noch ein Schutthaufen: Das Zeughaus der Wrangelkaserne wurde dem Erdboden gleichgemacht *Bild: J.T.*

Die regionale Süßwarenfabrik gegenüber dem Oberteich in Königsberg ist für ihre lange und reiche Geschichte bekannt. Ihre Produkte sind den Städtern und Besuchern der Stadt wohlbekannt. Jedoch endet nun ihre Geschichte. Der Gebäudekomplex, in dem die Süßwarenfabrik untergebracht war, wird abgerissen, um Platz für einen Neubau zu machen. Der schöne Platz im Herzen der Stadt gegenüber dem Oberteich konnte interessierten Bauherren wohl nicht gleichgültig bleiben. In Kürze soll dort ein etwa 25 Meter hohes Hotel entstehen.

Proteste wurden übergangen

Dabei war das zerstörte Gebäude von historischer Bedeutung. Das 1870 erbaute Haus war das Zeughaus des Kürassierregiments Graf Wrangel, in dem Waffen und Ausrüstung der Armee repariert wurden. Beim Sturm auf Königsberg 1945 brannte der westliche Teil der Kürassierkaserne nieder. Die verbliebenen Ziegel wurden nach und nach abgetragen, um als Baumaterial Verwendung zu finden. Das Zeughaus befand sich im östlichen Gebäudeteil, und dort zog nach dem Krieg die Königsberger Süßwarenfabrik ein. Auf dem Gelände der damaligen Manege befindet sich heute übrigens der Zentralmarkt.

Im April hatte sich eine Bürgergruppe an den regionalen Dienst zum Schutz der Objekte des kulturellen Erbes gewandt mit der Bitte, dieses Vorkriegsgebäude in die Denkmalschutzliste aufzunehmen. In ihrem Schreiben bezeichnete die Bürgerinitiative die Kaserne als eines der Wahrzeichen Königsbergs und betonte, dass es als Teil des historischen Komplexes des Wrangelkürassierregiments ein Beispiel der militärischen Architektur des 19. Jahrhunderts sei. Doch die Behörden reagierten erst gar nicht darauf.

Der Eigentümer des Grundstücks, auf dem sich die Süßwarenfabrik befand, beabsichtigt den Bau eines Apartment-Hotels. Der Hotelkomplex soll im Bereich des Wallrings, Mitteltragheim und Wrangelstraße entstehen. Im Erdgeschoss sind Läden geplant, darüber die Appartements. Tatsächlich wird es ein Wohnhaus mit kleinen Wohnungen werden.

Zunächst war der Plan noch ehrgeiziger: Der Investor wollte einen Wolkenkratzer bauen. Weil das Grundstück sich jedoch in der Schutzzone der Kaserne des 3. Kürassierregiments befindet, ist die Höhe von Neubauten begrenzt. Das Bauprojekt wurde bei einem Treffen des Baurats der Stadt Königsberg vorgestellt, bei dem positiv über den Plan entschieden wurde. Unmittelbar danach begannen die Abrissarbeiten. *J. Tschernyschew*

Auf den Spuren seiner Vorfahren

Nachkomme des einstigen Tilsiter Oberbürgermeisters Heinrich Kleffel beschenkt Stadtmuseum

Dass die deutsch-russische Zusammenarbeit auch Bestand hat, wenn die Staatspolitik frostiger wird, zeigt einmal mehr die Zusammenarbeit der Stadtgemeinschaft Tilsit mit dem Museum für Stadtgeschichte. Jürgen Kleffel, Nachfahre des ehemaligen Oberbürgermeisters Heinrich Kleffel, überreichte dem Museum Exponate aus seinem Familienbesitz.

Eine der bedeutsamsten Tilsiter Persönlichkeiten war Oberbürgermeister Heinrich Kleffel. 30 Jahre lang, von 1852 bis 1882, prägte er die Entwicklung der Stadt zu einem modernen Gemeinwesen.

Kallmeyer-Gemälde für Tilsiter Museum

Seine Amtszeit war gekennzeichnet durch die stürmische Entwicklung von Handel, Wirtschaft und Verkehr. Kleffel sorgte für die Straßenpflasterung, die Kanalisation, den Bau einer Gasanstalt und die Errichtung von Gaslaternen zur Straßenbeleuchtung. Tilsit erhielt auf sein Betreiben als dritte Stadt des Deutschen Reiches eine Berufsfeuerwehr. Die Entwicklung des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens wurde durch den Bau einer Bürgerhalle gefördert. Er kümmerte sich auch um den Eisenbahnanschluss und den Bau eines Bahnhofs. Eine zum Bahnhof führende Straße erhielt seinen Namen. Selbst so mancher der heute in Tilsit lebenden Russen kennt noch die Kleffelstraße und hat von Kleffel gehört. Das alte Straßenschild aus der Vorkriegszeit hat einen würdigen Platz im Museum gefunden.



Aus Familienbesitz: Jürgen Kleffel überreicht der Direktorin des Museums für Stadtgeschichte, Angelika Spiljowa, sein Präsent *Bild: Dz*

Dieser Tage weilte Jürgen Kleffel, ein Nachfahre des einstigen Oberbürgermeisters, in der Stadt am Memelstrom, um nach Spuren seiner Vorfahren zu suchen. Das Rathaus, in dem sein Ururgroßvater tätig war, gibt es leider nicht mehr. Umso erfreuter stand Kleffel vor dem Haus in der Memelstraße 5, heute Uliza Nabereschnaja, in welchem seine Vorfahren gewohnt hatten. Direkt am Memelufer gelegen bietet es noch heute einen zauberhaften Blick auf den Strom und das gegenüberliegende Panorama. Der Weg führte ihn weiter zu dem einstigen Königlichen Gymnasium, wo sein Urgroßvater Richard die Schulbank drückte. Auch in diesen erhabenen Gemäuern wurde Familiengeschichte spürbar.

Einen herzlichen Empfang gab es im Museum. Kleffel kam nicht mit leeren Händen. Im Rahmen der im vergangenen Jahr abgeschlossenen Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinschaft Tilsit und dem Museum für Stadtgeschichte übergab er mehrere Mappen mit Urkunden aus dem Familienarchiv und weitere zeitgeschichtliche Dokumente. Zu den Raritäten gehörte auch ein handsigniertes Gemälde des Nehrungsmalers Hans Kallmeyer aus dem Kleffelschen Familienbesitz.

Museumsdirektorin Angelika Spiljowa freute sich über Kleffels Besuch und würdigte die Begegnung als einen wertvollen Beitrag, um die partnerschaftliche deutsch-russische Zusammenarbeit bei der Bewahrung des kulturhistorischen Erbes vertrauensvoll fortzusetzen. *Hans Dzieran*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

nun hat sich wieder einer unserer engsten Mithelfer und Mitdenker aus unserem Familienkreis für immer verabschiedet: **Günter Uschtrin** ist nach einer schweren Erkrankung verstorben. Er hinterlässt eine Lücke, die sich nur schwer schließen lässt, wenn überhaupt. Erst spät hatte sich der aus einer alten memelländischen Familie Stammende entschlossen, die Geschichte seiner Väterheimat zu erforschen und zu dokumentieren, aber dann mit ungeheurem Engagement. Ich kannte Günter Uschtrin schon sehr lange, wir waren in den 50er Jahren Nachbarn in einem Hamburger Vorort, und schon damals hatte ihn, den 1937 geborenen Hamburger, alles interessiert, was ich von Ostpreußen erzählte. Dann verloren wir uns aus den Augen, bis er eines Tages bei mir anrief und berichtete, dass er im Heimatort seines Vaters gewesen sei und er nun mit unauslöschlichen Eindrücken nach Hamburg zurückkehre: Ein Besuch in der Pfarrkirche von Coadjuthen hätte bei ihm Emotionen ausgelöst, die er nie für möglich gehalten hätte. Er hat sie dann in seinem Buch „Wo liegt Coadjuthen?“ festgehalten:

„Als ich am 22. Mai 2004 zum ersten Mal in der restaurierten Pfarrkirche von Coadjuthen war und an der Empore meinen Familiennamen auf der Ehrentafel der Gefallenen des Ersten Weltkrieges las, passierte etwas, was mir unvergesslich bleiben wird: In der vorderen Reihe auf der Kirchenbank sitzend erschütterte mich plötzlich ein Gefühlsausbruch mit Schluchzen und vielen Tränen. Es war der sichtbare Ausdruck einer undefinierbaren Betroffenheit, wie ich sie vor Beginn dieser Reise nach Litauen nicht für möglich gehalten hätte. Und die alte Deutsch-Litauerin Edith, die mich an diesem Tag in Coadjuthen begleitete und neben mir saß, legte ihren Arm um meine Schultern und tröstete mich in ihrem weichen Tonfall: Jinterchen, heul' dich aus, das tut der Seele jut! Das tat es dann auch wirklich.“

Und nicht nur das: Dieses Erlebnis wurde zur Initialzündung für eine, sein späteres Leben mitbestimmende Aufgabe, der sich Günter Uschtrin voll verschrieb. „Hier entstand eine kaum näher zu beschreibende Sehnsucht nach meinen ostpreußischen Wurzeln und eine Neugierde darauf, wie diese Wurzeln wohl beschaffen sein können, wer meine Vorfahren waren, woher sie kamen ...“

Und dieses Erlebnis war auch der Anlass für den Anruf, der nicht mir als ehemaliger Nachbarin, sondern der Ostpreußischen Familie galt. Günter Uschtrin hatte die Namen auf den Ehrentafeln für die Gefallenen festgehalten und bat um eine Veröffentlichung in unserer Kolumne. Es blieb nicht bei diesem einen Wunsch, denn die ehemaligen Coadjuther, die sich nach der Vertreibung in der Bundesrepublik Deutschland zusammengefunden hatten, wollten ihre aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts stammende Patronatskirche wieder mit Leben erfüllen. Sie hatten mit ihrer Spende bereits ermöglicht, dass die von den Russen weitgehend zerstörte Kirche wieder soweit restauriert wurde, dass 1994 die Einweihung erfolgen konnte. So bekamen auch die geretteten Ehrentafeln ihren Platz, die Günter Uschtrin veranlassten, sich selber in die „Aktion Patronatskirche“ einzubringen. Er bewirkte mit, dass das Gotteshaus im Laufe der folgenden Jahre zu einem auf Privatinitiative basierenden Beispiel für eine gelungene Verbindung vom Einst zum Heute wurde, zu einem geglückten Brückenschlag zwischen den ehemaligen und jetzigen Bewohnern, der bei gemeinsamen Feiern besonders intensiv zu spüren war. Wie bei der Einweihung der aus Westdeutschland stammenden Orgel – die alte war wie die wertvollen Glocken im zertrümmerten Turm von den russischen Besatzern zerstört worden –, deren Anschaffung Günter Uschtrin bewirkt hatte. Das war vor zwei Jahren, und wir haben in unserer Kolumne über die Orgeleinweihung eingehend berichtet wie über alle Bemühungen der aus diesem Kirchspiel stammenden Vertriebenen für ein mit Leben und Wirken erfülltes Gotteshaus – und das waren und sind nicht wenige.



Gedenktafel für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges in der Pfarrkirche von Coadjuthen

Was aber alle Aktivitäten überstrahlt, ist die von Günter Uschtrin erstellte Dokumentation „Wo liegt Coadjuthen?“, die weit mehr ist als eine akribisch erarbeitete Kirchspielgeschichte. Sie ist auch mehr als eine Ortschronik, was man dem Titel nach vermuten könnte So war sie vielleicht von dem Verfasser konzipiert worden, als er nach der Rückkehr von seiner ersten Memellandreise beschloss, in Wort und Bild festzuhalten, was er erlebt und empfunden hatte. Zuerst auf die eigenen Wurzeln bezogen, dann auf die Historie des über 500 Jahre alten Grenzdorfes ausgerichtet, was ihm aber auch zu beengt erschien. Er band sie in die Geschichte des Memellandes und des nördlichen Ostpreußen ein, jener einmal als „Preußisch Litthauen“ bezeichneten Region, die er eindrucksvoll und verständlich erklärte. Sechs lange Jahre arbeitete der Autor an seinem Werk, und seine Coadjuther zogen mit, denn sie trugen zur Finanzierung dieser Dokumentation bei, deren Buchausgabe durch ihre Hilfe ermöglicht wurde. Was schließlich im Jahre 2011 im Berliner Wissenschaftsverlag erschien, übertraf dann auch an Inhalt und Umfang alle Erwartungen: Auf 350 Seiten wird die Historie Nordostpreußens von der Ordenszeit bis zur Vertreibung behandelt, wobei sich der Autor auf Dokumente und Urkunden stützt, die vorher nicht bekannt waren. Die Geschichte Coadjuthens steht symbolhaft für den wechselvollen und leidvollen Weg dieses Grenzlandes, das einmal der nordöstlichste Zipfel des Deutschen Reiches war.

Es ist noch zur rechten Zeit geschrieben worden, denn der Autor konnte Zeitzeugen befragen, die eine authentische Auskunft erbrachten. Er selber bekennt, dass er bei Beginn seiner Arbeit noch Zweifel an deren Gelingen hatte: „Ein solches Unternehmen über 60 Jahre nach der Vertreibung zu beginnen, ist Chance und Wagnis zugleich. Wagnis deshalb, weil die Anhörung noch lebender Zeitzeugen mit fortschreitender Zeit immer schwieriger wird, und Chance, weil sich die Möglichkeiten nicht nur deutsches, sondern auch ausländisches Archivgut zu erschließen, im Zeitalter einer schier ungebremsten Informationsflut erheblich verbessert haben.“ Seine Coadjuther Zeitzeugen haben ihn nicht enttäuscht, im Gegenteil: Sie brachten bereitwillig ihre Erinnerungen mit ein, wenngleich es manchen, wie der Autor schreibt, bis dahin bei dem Versuch einer Artikulierung die Kehle zugeschnürt hatte. Nun konnten sie über ihre Erlebnisse sprechen, ohne auf Unverständnis oder Zweifel zu stoßen, wie das heute leider oft bei Befragungen von Zeitzeugen der Fall ist.

Nun ist er von uns gegangen, der Chronist von Coadjuthen, der sich in einem Alter, in dem andere ihren Ruhestand pflegen, einer selbst gewählten Aufgabe stellte, die selbst für Jüngere nicht leicht zu bewältigen gewesen wäre. Wir blieben noch bis vor einigen Monaten in Verbindung, ich hatte ihm noch die Gesangbücher – das eine in deutscher, das andere in litauischer Sprache, die Herr **Manfred Hofer** uns überlassen hatte – übergeben, sie sollten in der Pfarrkirche von Coadjuthen einen Ehrenplatz erhalten, symbolhaft in ihrer Zweisprachigkeit. Dass er über jede neue Verbindung zu diesem Kirchspiel erfreut war, geht aus einem Schreiben hervor, das ich im Mai erhielt. In ihm teilte er mir mit, dass er wieder eine besondere Art der Zusammenführung erlebt habe, die für ihn unerwartet gekommen sei. Er habe in einem Tilsiter Rundbrief einen Beitrag gelesen, der auf die Gedenktafel für die im Ersten Weltkrieg Gefallenen in der Coadjuther Kirche hinwies. Zum Beweis legte er eine Kopie seines Schreibens an den Verfasser, Herrn **Horst R.** aus Delmenhorst, bei, aus dem ich einige Auszüge entnehme:

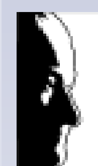
„Es geht, wie aus Ihrem Beitrag ersichtlich, um Ihren Onkel **Hugo Margies** aus Ackmonischken, einem Dorf in der Nähe des Kirchspielortes Coadjuthen/Memelland. Es ist die Heimat auch meiner Vorfahren, und ich habe mich mit der über 500 Jahre alten Geschichte des Kirchspieles ausführlich beschäftigt. Und nun lese ich, dass der Bruder Ihrer Mutter, Hugo Margies, am 18. Februar 1919 nach siebenjähriger Dienstzeit bei den Dragonern im heute polnischen Bialystok an Flecktyphus verstorben ist und Sie 22 Jahre später durch Zufall dort auf einem gepflegten Soldatenfriedhof sein Grabkreuz gefunden haben. Und Sie schreiben zum Schluss: ‚Ob sein Name auch auf der Gedenktafel in der evangelischen Kirche in Coadjuthen steht, habe ich nie erfahren.‘ Ich freue mich, Ihnen bestätigen zu können, dass heute noch der Name Ihres Onkels Hugo Margies auf der Gedenktafel vorhanden ist und übersende Ihnen ein Farbfoto aus dem Jahr 2014, das ich selber bei meinem Besuch in Coadjuthen gemacht habe! Ich hoffe, Ihnen damit eine kleine Freude gemacht zu haben.“

Nicht nur eine kleine, wie ein umgehender Anruf des Betreffenden bewies. Diese Aufnahme wollen wir im Gedenken an den für uns so unerwartet Verstorbenen bringen, denn es handelt sich ja um jene Tafel, die für ihn der Auslöser für seine späte Lebensaufgabe war, die er erfüllte, bis ihn die Kräfte verließen.

Was Günter Uschtrin hinterlassen hat, wird noch für Generationen Bestand haben. Er hat Spuren aufgedeckt und sie vertieft, auf denen die Suchenden den Weg in die Vergangenheit finden, die aber zugleich in die Zukunft weisen. Denn die Nachfahren der Vertriebenen lagen ihm besonders am Herzen, wie er in seinem Buch bekundet: „Manche von ihnen gehen auf eine intensive Spurensuche und stellen plötzlich fest, was es bedeutet, über Jahrhunderte eine Heimat gehabt und diese für immer verloren zu haben. Und dabei kann es geschehen, dass sie etwas erleben, was sie vorher nie für möglich gehalten haben: Einen Prozess mit der Identifikation mit der Vergangenheit Ihrer Vorfahren und das Bewusstsein dafür, was Heimat bedeutet, wenn man sie endgültig verloren hat!“ Und da spricht viel eigene Erfahrung mit, denn seine Töchter haben das Buchprojekt mit Rat und Tat begleitet. Ihnen und seiner Frau **Christa**, die ihn während der Arbeitsphase voll unterstützten, sodass er es ungehindert verwirklichen konnte, gilt unser tiefes Mitgefühl.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Östlich von Oder und Neisse

Bürgerwille zählt nicht

Zweisprachige Ortsschilder und das Recht auf Deutsch als Hilfssprache gehen verloren

Die Idee des Stadtpräsidenten der Woiwodschaftshauptstadt Oppeln, Arkadiusz Wisniewski, zwölf umliegende Ortschaften einzugemeinden, ist beschlossene Sache. Proteste seitens der betroffenen Bürger und der Spitzen der Deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Oppeln halfen nicht. Die Regierung in Warschau unterstützte Wisniewskis Plan. Einen Tag vor der geplanten Konsultationsrunde mit lokalen Vertretern der Region schuf Warschau vollendete Tatsachen. Für die Deutschen in Westoberschlesien ist das ein klarer Verstoß gegen das polnische Minderheitengesetz, das die Änderungen der nationalen Verhältnisse mit administrativen Mitteln untersagt, denn am Oppelner Stadtrand gibt es wirkliche Hochborgen der deutschen Volksgruppe.

Nach der Eingemeindung der im starken Maße von „autochtoner“ Bevölkerung bewohnten Dörfer zum 1. Januar 2017 verliert die deutsche Volksgruppe dort manche Rechte. Zum Beispiel verliert sie dort ihre schwer erkämpften zweisprachigen Ortschilder. Denn der Maßstab für diese sind die Verhältnisse im gesamten Gebiet einer Gemeinde oder Stadt. Proteste des Sejmabgeordneten der Deutschen Minderheit, Ryszard Galla, halfen gleichfalls nicht mehr. Warschau schert sich nicht um das Wohl der häufig in Zweifel gezogenen Minderheit, die viele im Grunde noch immer als einst „oberflächlich germanisiert“ für das Polentum reklamieren.

Ende August wandte sich die Woiwodschaftsvertretung der Deutschen Minderheit an den polnischen Bürgerrechtsbeauftragten Adam Bodnar. Rafał Bartek, Vorsitzender der Sozialkulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD), legt Wert auf die Feststellung, dass die Deutschen den Beauftragten in ihrem Schreiben nicht zum Handeln hätten zwingen wollen, sondern sprechen lieber von einem Informationsschreiben an den Bürgerrechtsbeauftragten, welche Rechte der Minderheit gebrochen wurden. Laut Bartek sagte Bodnar während seines Besuches in Oppeln, er wolle die Angelegenheit eingehend prüfen.

Während der Pressekonferenz der SKGD-Führung am 22. August bemängelte der Abgeordnete Galla, dass die Bürger der zwölf eingemeindeten Ortschaften als Folge der Eingemeindung auch ihr Recht verlieren, Deutsch als Hilfssprache im Amt in Anspruch zu nehmen. Am schwersten, so die Vertreter der Deutschen Minderheit, wiege der Bruch des Verbotes neuer Grenzziehungen gegen Minderheiten, sofern diese maßgeblichen Einfluss auf die Proportionen von Mehrheit und Minderheit nehmen. Solche schließen sowohl das polnische Minderheitengesetz als auch die Europäische Charta zum Schutz der Minderheiten aus. Dem Appell an den Bürgerrechtsbeauftragten fügte die Oppelner SKGD eine Expertise des Menschenrechtsexperten und Professors Grzegorz Janusz von der Universität Lublin bei, in der zu lesen ist, dass bei keiner anderen Eingemeindung im Lande in der letzten Zeit der Willen der Bevölkerung so wenig geachtet worden sei wie im Falle Oppelns. Argumente, die einen Bürgerrechtsbeauftragten eigentlich zum Handeln zwingen müssten.

Doch der Beauftragte wurde seitens der sich traditionell verhalten agierenden Deutschen Minderheit eben nur informiert. Das Recht auf Deutsch als Hilfssprache, dessen Wegfall die Deutsche Minderheit nun bemängelt, steht schon vor der Eingemeindung nur auf dem Papier. Die Betroffenen forderten ihr Recht allerdings auch nicht wirklich ein. So konnte sich der Staat bequem zurücklegen. Das „Informationsschreiben“ zur Eingemeindung an den Bürgerrechtsbeauftragten dürfte in Warschau nun ähnlich wenig Angst verbreitet haben, wie das vor sich hin ruhende Recht auf Deutsch als amtliche Hilfssprache, das über das Stadium der Theorie nicht hinausgekommen ist.

Chris W. Wagner



Seit 2015 Polens Beauftragter für Bürgerrechte: Adam Bodnar Bild: Adrian Grycuk



ZUM 97. GEBURTSTAG

Blömke, Otto, aus Nodems, Kreis Samland, am 29. September
Darge, Hildegard, geb. **Dannenfeldt**, aus Lyck, Lycker Garten 53, am 25. September
Ludwanowski, Ella, geb. **Wagner**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. September
Reinhold, Margot, geb. **Will**, aus Schippenbeil, Kreis Bartenstein, am 26. September
Ulmer, früher **Uymowski**, Herbert, aus Bischofsburg, Kreis Rößel, am 27. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Adomat, Heinz, aus Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 25. September
Appenowitz, Gustav, aus Amalienhof, Kreis Ebenrode, am 26. September
Müller, Margarete, geb. **Adomeit**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 26. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Friedrich, Waltraud, geb. **Trerziak**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 27. September
Kling, Helene, geb. **Brinkmann**, aus Lyck, Danziger Straße 12, am 27. September
Kutz, Iris, geb. **Pflaumbaum**, aus Kussen, Kreis Pilkallen, und Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 24. September
Moscinski, Käte, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. September
Pfeffer, Alice, geb. **Schimkat**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 23. September
Richter, Hildegard, geb. **Neitz**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 24. September
Rogner, Erika, geb. **Didt**, aus Pillau, Kreis Samland, am 23. September
Steffens, Sophie, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 26. September
Willert, Fritz, am 24. September
Wöckner, Hedwig, geb. **Krüger**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 26. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Glas, Gertrud, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 28. September
Görke, Erhard, aus Schalben, Kreis Samland, am 26. September
Ketelhake, Hildegard, geb. **Bardeck**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 23. September
Piefke, Christa, geb. **Radtke**, aus Ebenrode, am 24. September
Schilling, Gernot, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 25. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Döbbeling, Herta, geb. **Kowalewski**, aus Lyck, Steinstraße 13, am 26. September
Falk, Gustav, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 29. September
Knothe, Frieda, geb. **Brozio**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 26. September
Milkuhn, Renate, geb. **Tomeschat**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 26. September
Nowak, Irmgard, geb. **Rautenberg**, aus Eichen, Kreis Preußisch Eylau, am 24. September
Peters, Ursula, geb. **Krause**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 29. September
Prikuls, Käthe, geb. **Kottowski**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 29. September
von Tolkacz, Hildegard, geb. **Pajonk**, aus Lötzen, am 28. September
Wiese, Gertrud, geb. **Spitz**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 28. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Böttcher, Hildegard, geb. **Kulessa**, aus Selmenthöhe, Kreis Lyck, am 27. September
Burow, Erna, geb. **Wanagat**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 30. September
Dyk, Herbert, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, am 28. September
Hinz, Lothar aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 23. September
Möckelmann, Ruth, geb. **Wölk**, aus Germau, Kreis Samland, am 29. September
Naujok, Artur, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 26. September
Powitz, Renate, geb. **Rosentreter**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 29. September
Rughase, Edith, geb. **Pauluhn**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 25. September
Thiel, Ruth, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 25. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baginski, Dora, geb. **Hinz**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 29. September
Dams, Helmut, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 24. September
Gross, Gudrun, geb. **Hilger**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 25. September
Grundei, Ursula, geb. **Sachs**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 23. September
Lingat, Liesbeth, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 24. September
Ludigkeit, Maria, geb. **Paulien**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 23. September
Pfennig, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 27. September
Raufmann, Edith, geb. **Bernoth**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 29. September
Rogowski, Otto, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 26. September
Schwarz, Helene, aus Watzum, Kreis Samland, am 26. September
Seidenberg, Werner, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 28. September
Tramm, Eva, geb. **Pletzke**, aus Grünhof-Kippen, Kreis Elchniederung, am 28. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Altrock, Frieda, geb. **Sziegat**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 23. September
Annutsch, Walter, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 27. September
Broda, Rudolf, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 28. September
Buttgereit, Heinz, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 27. September
Bylitza, Erika, geb. **Porcher**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 28. September
Daniel, Fritz, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 24. September
Heske, Bruno, aus Fedderau/Lokehnen, Kreis Heiligenbeil, am 29. September
Kinkel, Erna, geb. **Buslowski**, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 23. September
Krawczyk, Lucie, geb. **Pahlke**, aus Schönfließ, Kreis Rastenburg, am 23. September
Kukla, Gerhard, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 23. September
Lalla, Gerhard, aus Antonsdorf, Kreis Lötzen, am 27. September
Niehus, Elfriede, geb. **Radzik**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 24. September
Vogel, Ulrich, aus Lyck, am 29. September
Voß, Hedwig, geb. **Kernke**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 27. September
Wysotzki, Gottfried, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 23. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alzuhn, Alfred, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 25. September
Bardl, Margot, geb. **Witulski**, aus Neidenburg, am 28. September
Biallas, Gerhard, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 27. September
Biernat, Hartmut, aus Lyck, Steinstraße 38, am 23. September
Borris, Willi, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 29. September
Bott, Lisbeth, geb. **Dohmann**, aus Radomin, Kreis Neidenburg, am 24. September
Damme, Käthe, geb. **Jenzewski**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 26. September
Dopatka, Charlotte, geb. **Schulz**, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, am 26.September
Fellermeier, Brigitte, geb. **Strehl**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 28. September
Genser, Margarete, geb. **Gorski**, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 25. September
Hohmann, Gisela, geb. **Thierbach**, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 28. September
Joswig, Fritz, aus Sentken, Kreis Lyck, am 27. September
Jutzas, Paul, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. September
Kaleyta, Dieter, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 28. September
Kamann, Ernst, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 24. September
Kussat, Erwin, aus Kickwieden, Kreis Ebenrode, am 26. September
Lackas, Christel, geb. **Komossa**, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 24. September
Launhardt, Christa, geb. **Tuttas**, aus Ortelsburg, am 29. September
Leichsenring, Reinhilde, geb. **Gennert**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 23. September
Naddig, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. September
Nagel, Elsbeth, geb. **Meyrath**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 29. September
Riechert, Alfred, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 24. September
Sievers, Helga, geb. **Kukla**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 23. September
Steinhagen, Johanna, geb. **Wenzek**, aus Groß Seedorf, Kreis Neidenburg, am 29. September
Thiemann, Traute, geb. **Ratzlaf**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. September
Träger, Magdalena, geb. **Witt**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 23. September
Tullney, Irmtraud, geb. **Borchert**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 26. September
Wiemer, Ursula, geb. **Manz**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 26. September
Will, Ingrid, geb. **Springer**, aus Wehlau, am 27. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Barthlomayzik, Herbert, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 23. September
Bunkus, Maria, geb. **Scherwut**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 29. September
Daniel, Anneliese, geb. **Buchholz**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 27. September
Dankert, Siegfried, aus Königsberg, am 28. September
Debor, Rosemarie, geb. **Krumm**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 30. September
Erdtmann, Erhard, aus Starkenberg, Kreis Wehlau, am 27. September
Horn, Erwin, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 30. September
Jeroschewski, Horst, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 26. September
Kaminski, Anita, geb. **Schumacher**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, am 30. September
Langhans, Günter, aus Groß Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 25. September
Lemke, Reinhard, aus Klycken, Kreis Samland, am 27. September
Loyall, Heinz, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 23. September
Mahler, Elsbeth, geb. **Schirmer**, aus Wehlau, am 27. September
Neugebauer, Brigitte, geb. **Kootz**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 26. September
Niemann, Gisela, geb. **Stennke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. September
Rudnik, Fritz, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 23. September
Runz, Alfred, aus Ebenrode, am 27. September
Skirde, Werner, aus Rudau, Kreis Ortelsburg, am 25. September
Stadie, Brigitte, geb. **Loewner**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 29. September
Stoldt, Helga, geb. **Geschke**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 24. September
Thomann, Ilse, geb. **Kewitz**, aus Heiligenbeil, Mühlenstraße 9, am 25. September
Timmermeister, Irmgard, geb. **Kobialka**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 27. September
Tubies, Günter, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 29. September
Tuma, Josef, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 27. September
Weber, Horst, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 23. September
Zagromski, Manfred, aus Ortelsburg, und Malschöwen, Kreis Neidenburg, am 28. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bajohr, Gerhard, aus Wolfsee, Kreis Lötzen, am 28. September
Brosch, Siegfried, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am' 28. September
Eckert, Monika, geb. **Neubacher**, aus Treuburg, am 29. September
Görtz, Hartmut, aus Wehlau, am 29. September
Graef, Sigrid, geb. **Weizel**, aus Wehlau, am 23. September
Hammermeister, Ruth, geb. **Bergett**, aus Klaukinnen, Kreis Samland, und Neidenburg, am 27. September
Hanke, Christiana, geb. **Mauruschat**, aus Heilbrunn, Kreis Ebenrode, am 23. September
Jürgensen, Hans-Heiner, am 23. September
Kowitz, Hans-Georg, aus Gordeiken-Gut, Kreis Treuburg, am 26. September
Kruska, Liesbeth, geb. **Zientarra**, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 27. September
Manzau, Klaus, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 28. September
Nikutta, Friedhelm, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, am 23. September
Schneider, Renate, geb. **Jucknewitz**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 30. September
Sickendiek, Karin, geb. **Höwele**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Samland, am 25. September
Weigert, Marianne, geb. **Objartel**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 23. September
Wichmann, Elfriede, geb. **Rossolek**, aus Ortelsburg, am 29. September
Wrede, Ekkehard, aus Wehlau, am 24. September

TERMINE DER LO

2016
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit" in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

Seminar für Frauen

Spannende Vortragsthemen in Helmstedt

Zum Kulturhistorischen Seminar für Frauen lädt die Landsmannschaft Ostpreußen vom 11. bis 14. November in die Politische Bildungsstätte Helmstedt. Zum Thema „Deutschland und seine Nachbarn – Ein Streifzug durch Geschichte und Gegenwart" werden insgesamt acht spannende Vorträge zu hören und zu diskutieren sein. Es geht um die Geschichte des Königsberger Gebietes nach dem Zweiten Weltkrieg und um seine aktuellen Zukunftsperspektiven. Lettland und die Europäische Union werden ebenso thematisiert wie die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen oder die Deutsche Volksgruppe in Dänemark.

Von Königsberg bis Dänemark

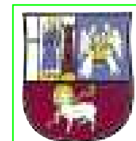
Die Übernachtung im Zweibettzimmer mit Dusche und WC und Vollverpflegung kostet 150 Euro. Einzelzimmer sind gegen Zuschlag von acht Euro pro Nacht erhältlich. Die Anmeldeunterlagen sind erhältlich bei: Landsmannschaft Ostpreußen, Hanna Frahm, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826; Fax: (040) 41400819, frahm@Ostpreussen.de. *We*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 24. September, 12.50 Uhr, ZDFneo: Die Deutschen (6/20): Preußens Friedrich und die Kaiserin.
MONTAG, 26. September, 22.10 Uhr, N-TV: Familiendynastien (1/5): Deichmann. Dokumentation, D 2016.
DIENSTAG, 27. September, 20.15 Uhr, ZDF: Deutschlands große Clans (3/4): Die Haribo-Story.
MITTWOCH, 28. September, 21 Uhr, ZDFinfo: Deutschlands große Clans (1/4): Die Oetker-Story.
MITTWOCH, 28. September, 21.45 Uhr, ZDFinfo: Deutschlands große Clans (2/4): Die C&A-Story.
DONNERSTAG, 29. September, 20.15 Uhr, 3sat: Das manipulirerte Bild.
DONNERSTAG, 29. September, 21 Uhr, 3sat: Scobel (211): Niedergang des Journalismus
FREITAG, 30. September, 21 Uhr, ARD-alpha: Die gläserne Fackel (3): Die Waffenschmiede. Dokumentation 1989.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN-STADT UND -LAND

Kreisvertreter Allenstein-Stadt: Gottfried Hufenbach, Danziger Straße 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: Stadt-Allenstein@t-online.de **Kreisvertreter Allenstein-Land:** Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; (02131) 902700 (dienstl.), Telefax (02131) 902430 (dienstl.) Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. www.allenstein-landkreis.de



Blick in die Glashalle von Schloss Horst: Hier kamen die Allensteiner zum Jahrestreffen zusammen Bild: privat

Jahrestreffen in Gelsenkirchen

Rund 250 Allensteiner aus Stadt und Land fanden sich zum diesjährigen Treffen vom 9. bis 11. September in Gelsenkirchen ein. Den Auftakt bildete am Freitagnachmittag die Stadtversammlung. Der Vorsitzende Gottfried Hufenbach begrüßte die anwesenden Stadtvertreter, die Mitglieder des Kreisausschusses der Kreisgemeinschaft und die Angehörigen der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit.

Er berichtete, dass unsere Geschäftsstelle und unser Heimatmuseum nun wieder jeden Dienstag von 10 bis 13 Uhr geöffnet sind. Dankenswerterweise hat sich Thomas Nowack bereit erklärt, während dieser Zeit anwesend zu sein. Außerhalb der Öffnungszeit werden Anrufe an Christel Becker weitergeleitet, so dass der persönliche Kontakt zu unseren Mitgliedern bestehen bleibt. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr mehr als 100 Post- und Büchersendungen auf den Weg gebracht. Allerdings nimmt die Anzahl der Buchbestellungen merklich ab. Wegen einer starken Beschädigung des Lederrückens musste das Goldene Buch repariert werden. Eine aufwändige Arbeit, die durch eine hiesige Fachwerkstatt für künstlerische Bucheinbände durchgeführt wurde.

Die Zahl der Bezieher unseres Heimatbriefes geht langsam, aber stetig zurück. Leider häufen sich die Fälle, bei denen ein Umzug in ein Pflege- oder Altersheim nicht gemeldet und der AHB zurückgeschickt wird. Zwar reduziert sich das Spendenaufkommen langsamer als die Zahl der Leser, aber eine deutliche Abnahme ist dennoch zu verzeichnen.

Weiter berichtete Hufenbach über seine diesjährigen Besuche in Allenstein. Der erste erfolgte im April in Verbindung mit der Tagung der Vorsitzenden der deutschen Vereine in Sensburg. Der zweite Besuch erfolgte Mitte Juni zum Ostpreußischen Sommerfest, das in diesem Jahr von der Landsmannschaft ausgerichtet wurde. Es fand wieder im Amphitheater vor dem Allensteiner Schloss statt, bot ein abwechslungsreiches Programm und wurde von mehr als 1000 Teilnehmern besucht. Im Rahmen dieses Besuches hatte er auch Gelegenheit, den Stadtpräsidenten zu sprechen und ihn zu unserem Jahrestreffen einzuladen. Ebenso wurde mit der Auszahlung der Bruderhilfe begonnen. Die Verteilung wurde in bewährter Weise von Renate Barczewski weitergeführt und ist inzwischen abgeschlossen. An 200 Bedürftige wurden jeweils 30 Euro ausgezahlt.

Nach dem Bericht des Vorsitzenden gab Renate Barczewski einen Überblick über die Aktivitäten der AGDM während des vergangenen Jahres. Deutschkurse, Lesungen, Vorträge und Ausstellungen dienen dem Erhalt der deutschen Sprache und Kultur. Besonders die Samstagsschule hilft Kindern im Vorschulalter, die deutsche Sprache beim Spielen, Singen, Malen und Basteln zu erlernen. Für kleinere Kinder werden Freizeiten veranstaltet.

An Besuchen mangelte es ebenfalls nicht im Haus Kopernikus: ehemalige Abgeordnete des Bayerischen Landtages, der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedler und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, die Generalkonsulin aus Danzig, Cornelia Pieper, eine Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion um Klaus Brähmig, Reisegruppen der Kreisgemeinschaften sowie die Preußische Genossenschaft der Johanniter zu einer Vorweihnachtsfeier. Hinzu kamen eigene Veranstaltungen: Seniorentreffen, Kartoffelfest, Volkstrauertag auf dem Ehrenfriedhof Jakobsberg und Ausflüge in die ostpreußische Heimat. Höhepunkte waren der Besuch des fünften deutschen Kulturfestivals in Breslau und der Tag der Minderheiten im Juni, an dem wie in jedem Jahr mehrere eingeladene Folkloregruppen auftraten.

Nach den Berichten des Schatzmeisters und der Kassenprüfer, die dem Schatzmeister für das vergangene Jahr eine ordnungsgemäße Geschäftsführung bescheinigten, wurde der Vorstand entlastet. Mit einem fröhlichen Beisammensein in der Gaststätte Dubrovnik klang der Tag aus.

Mit der ökumenischen Gedenkandacht und der Kranzniederlegung an der Allensteiner Gedenktafel in der Propsteikirche begannen die Veranstaltungen am Samstag. Anschließend nahmen etliche Besucher die Gelegenheit wahr, unser Heimatmuseum „Treudank“ zu besichtigen. Gegen Mittag fanden sich die ersten Besucher aus Stadt und Land im Schloss Horst ein, und mit Beginn der Feierstunde, die unter dem Motto „60 Jahre Stadtgemeinschaft“ stand, waren die meisten Plätze in der Glashalle besetzt. Nach der Begrüßung der Gäste gedachte der Vorsitzende stellvertretend für alle Allensteiner, die im vergangenen Jahr von uns gegangen sind, des Ehrenmitglieds und langjährigen Vorsitzenden Dr. Heinz Daube, der im letzten Jahr kurz nach Vollendung seines 90. Lebensjahres verstarb. 16 Jahre lang, von 1983 bis 1999, war Heinz Daube Vorsitzender der Stadtgemeinschaft. Er übernahm dieses Amt in einer für die Stadtgemeinschaft sehr schwierigen Zeit. Das Verhältnis zur Patenstadt Gelsenkirchen stand nicht zum Besten und über die zukünftige landsmannschaftliche Arbeit gab es unter den Allensteinern sehr unterschiedliche Auffassungen.

Heinz Daube gelang es, die Differenzen auszuräumen und die Stadtgemeinschaft zu einen. Es fanden wieder große Jahrestreffen in Gelsenkirchen statt, an denen sich mehrere Tausend einfanden, um fröhliche Stunden im „Hans-Sachs-Haus“ zu verleben. Auch das abgekühlte Verhältnis zur Stadt Gelsenkirchen besserte sich. Ein sichtbares Zeichen dafür ist die Gedenkplatte für das Allensteiner Theater „Treudank“. Sie wurde 1990 im Boden des Gelsenkirchener Musiktheaters eingelassen. Für seine Verdienste um die Stadtgemeinschaft wurden Heinz Daube das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen und die Ehrenmitgliedschaft der Stadtgemeinschaft verliehen.

Anschließend erinnerte der Vorsitzende an die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages vor 25 Jahren, der der deutschen Volksgruppe in Polen die Möglichkeit bot, sich zu ihrer Identität zu bekennen und sich in Vereinen zusammenzuschließen, um ihre Kultur zu pflegen und an ihre Kinder und Enkel weiterzugeben. Die Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit war eine der ersten Gründungen und feiert in diesem Jahr ebenfalls ihr 25. Jubiläum. Er sprach von den schweren Anfängen der Gründungsphase und dem neuen Zeitabschnitt der Gesellschaft, die mit dem Kauf des Hauses Kopernikus durch die Stadtgemeinschaft begann. Er gratulierte zu 25 Jahren erfolgreicher Arbeit und überreichte der Vorsitzenden Kristine Plocharski ein Bild des Allensteiner Schlosses, das ein Allensteiner vor 71 Jahren mit auf die Flucht genommen und später der Stadtgemeinschaft für das Heimatmuseum geschenkt hat. Nun kehrt es nach Allenstein zurück.

Nach dem Grußwort des Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Allenstein, Hans-Peter Blasche, und dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied würdigte Bürgermeister Wöll die positive Rolle der Stadtgemeinschaft in der Städtepartnerschaft zwischen Allenstein und Gelsenkirchen. Anschließend verlas Hufenbach ein Grußwort des Allensteiner Stadtpräsidenten. Mit der Nationalhymne endete die Feierstunde, die auch in diesem Jahr von dem Bläser- und Posaunenchor Erle umrahmt wurde.

Danach war der Besuch der Bücherstände sowie einer Ausstellung alter Postkarten angesagt. Munteres Schabbern sorgte für gute Stimmung und besetzte Tische bis in den späten Abend. Mit den Gottesdiensten am Sonntag und der Verabschiedung der aus Allenstein Angereisten ging ein gelungenes Jahrestreffen zu Ende. Das 62. Jahrestreffen feiern wir vom 8. dis 10. September 2017.

Jetzt erhältlich: Der neue Ostpreußenkalender für 2017

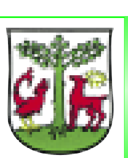
Um „die vier Jahreszeiten vom Vorfrühling bis zum Winter“ geht im brandneuen Kalender der Reihe „Ostpreußen und seine Maler“. Durchs Jahr 2017 geleiten diesmal Künstler wie Karl Storch der Ältere, Eduard Bischoff oder Reinhold Feussner. Die Kunstliebhaber von „type art satz & grafik“ haben wieder die schönsten Werke aus einer riesigen Auswahl ausgewält. Ostpreußen hat viele bedeutende Maler hervorgebracht oder angezogen. Weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt sind die Königsberger Kunstakademie ebenso wie die Künstlerkolonie in Nidden.

Der Kalender hat das Format: 50 x 35 Zentimeter und kann bis zum 30. September für *PAZ*-Leser zum Vorzugspreis von 21,50 Euro bestellt werden (später 22,60 Euro) inklusive Versand.

Zu bestellen ist der Kalender bei type art satz & grafik, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820, E-Mail: info@typeart-dortmund.de



Sommermotiv: „Badende am See“ von Werner Riemann (1893–1936) Bild: typeart



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Jahreskreistreffen

Am 24. und 25. September findet in der Johanniter-Akademie, Weißenburgstraße 60–64, 48151 Münster, das Jahrestreffen der Kreisgemeinschaft Braunsberg statt. Das vorgesehene Programm:

Sonnabend, 24. September

15 Uhr: Mitgliederversammlung.

Die Tagesordnung:

– Begrüßung

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

– Eröffnung,
– Formalien der Mitgliederversammlung
– Totenehrung
– Jahresbericht der Kreisvertreterin Manuela Begett
– Kassenbericht der Schatzmeisterin Gertrud Arendt
– Bericht der Kassenprüfer
– Aussprache zu den Berichten
– Entlastung des Vorstands
– Verschiedenes
18 Uhr: Abendessen
19 Uhr: Begegnungen, Gespräche, gemütliches Beisammensein

Sonntag 25. September

8.30 Uhr: Gottesdienst in der Heilig-Geist-Kirche. Zelebrant: Pfarrer Oskar Müller, Coesfeld

10.30 Uhr: Festliche Stunde in der Johanniter-Akademie unter der musikalische Mitgestaltung des Ensembles Reinhold Kollenberg aus Münster
– Begrüßung (Kreisvertreterin)
– Totenehrung
– Grußworte
– die Vertreter der Patenstadt Münster
– Festvortrag von Professor Winfried Lenz, Oelde. über „Ostpreußen – einst und jetzt“
– Ostpreußenlied
– Deutschlandlied, dritte Strophe
– Empfang durch die Patenstadt Münster
– gemeinsames Mittagessen.

Ab 14 Uhr: Kaffeetrinken. Der Vorstand gibt einen Ausblick über die weitere Arbeit der Kreisgemeinschaft. Wir freuen uns auf zahlreiche Begegnungen mit Ihnen! Bitte melden Sie sich für Ihre Zimmerreservierung direkt bei der Johanniter-Akademie an. Ansprechpartnerin ist Frau Schwarze, Telefon (0251) 97230145. E-Mail: gaestehaus@johanniter.de

Anreise per Bahn

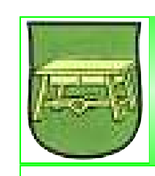
Fahren Sie ab Münster Hauptbahnhof mit der Buslinie 2 (Richtung Clemenshospital) bis zur Haltestelle Heilig-Geist-Kirche. Von dieser Haltestelle aus überqueren Sie die Straße und erreichen nach wenigen Metern über den Eingang im Innenhof der Johanniter-Akademie die Rezeption. Alternativ können Sie auch die Linie 5 bis Scheibenstraße nutzen und laufen in nördlicher Richtung in die Sackgasse. Wenn Sie über den Fußweg die Hammer Straße erreichen, biegen Sie nach rechts ein und überqueren diese nach links in die Metzer Straße.

Anreise per Auto

Über die A1/A43 bis zum Autobahnkreuz Münster-Süd, dann auf die A43/B51 in Richtung Stadtmitte. Fahren Sie bis Ausbauende geradeaus. Nach der Ampel fahren Sie auf der Weseler Straße. Nach zirka 800 Metern biegen Sie nach rechts in die Straße „Inselbogen“. Nach zirka 700 Metern, vor der zweiten Fußgängerampel, hinter dem Rewe-Markt, biegen Sie nach links in die Weißenburgstraße.

Kommen Sie aus Ostwestfalen, fahren Sie über die B51 (Umgehungsstraße) bis zur Ausfahrt in Richtung Mecklenbeck, B 219. Fahren Sie hier rechts raus und folgen Sie der Beschilderung Zoo, B219. Sie fahren nun auf der Weseler Straße. Nach zirka 800 Metern biegen Sie nach rechts in die Straße Inselbogen. Nach zirka 700 Metern, vor der zweiten Fußgängerampel, hinter dem Rewe-Markt, biegen Sie nach links in die Weißenburgstraße.

Wir wünschen eine gute Anreise!



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Hilfstransport

Über Pfingsten brachte meine zweite Stellvertreterin, Lisbeth König, mit Walter Bottenbohm wieder einen Hilfstransport nach Ostpreußen und zu den Wolfskindern nach Tauroggen. Für diesen Besuch hatte sich über Renate Niedrig aus Berlin eine Journalistin der Moskauer Deutschen Zeitung angemeldet, die sich für die Schicksale der Wolfskinder und ihr heutiges Leben interessierte. Sie kam mit dem Flugzeug über Königsberg rechtzeitig zum Treffen bei Kaffee und Kuchen. Lisbeth König hatte für alle Wolfskinder wieder 25 Päckchen gepackt und je 25 Euro beigelegt, die dank der Spendenbereitschaft der Berliner Gruppe und einer großzügigen Einzelspende zusammengekommen waren. Es konnte der Leiterin sogar noch ein Betrag für die Heizkosten der regelmäßigen Treffen im Winter übergeben werden. Bei den angeregten Unterhaltungen wurden wieder viele Einzelschicksale deutlich. Obwohl das Leiden der Kinder Jahrzehnte zurückliegt, hat dieses Schicksal sie bis heute geprägt.

Dankbar nahmen sie die Geschenke an und waren auch bereit, der Journalistin von ihren Erlebnissen und Erinnerungen zu erzählen. Zu schnell verging die Zeit und man musste wieder Abschied nehmen. Einige Teilnehmer waren erfreut, dass man nun auch in Moskau über ihr Schicksal lesen kann.

Auf der Rückreise konnten dem Gast aus Moskau noch Ebenrode, Trakehnen, Gumbinnen und Königsberg gezeigt werden. Der Reisebericht erscheint im Heimatbrief. Wir danken Lisbeth König und Walter Bottenbohm für Ihren Einsatz.

Bibelfliesen zu Flucht und vertreibung

Unser Mitglied, Pfarrer im Ruhestand Kurt Perrey teilt mit: Der Evangelisch-lutherische Kirchenkreis Norden – bekannt durch die deutschlandweit bedeutsame Veröffentlichung der „Fliesenbibel“ – gibt seit Jahren in der Reihe Bibelfliesen-Bilder Bildbetrachtungshefte im Risius-Verlag Weener heraus. Nun ist es gelungen, zu einem besonders aktuellen Thema Band 18 zu erarbeiten: „Flucht und Vertreibung“ (ISBN 978-3-88761-128-6, 36 Seiten, 2,50 Euro). In bewährter Weise werden 16 biblische Fliesenbilder mit einer kurzen Meditation kommentiert und auf Fluchterfahrungen des 20. Jahrhunderts und der Gegenwart hin transparent gemacht. Der Landessuperintendent des Sprengels Ostfriesland-Ems, Detlef Klahr (Emden), hat dazu das Vorwort verfasst. Die Texte stammen sämtlich von Superintendent Helmut Kirschstein (Norden), das Lektorat übernahm Christiane Kollmeyer, Mitglied des Norder Bibelfliesenteams.

Mitherausgeber ist unter anderem der Verein Dokumentationsstätte Gnadenkirche Tidofeld-Norden zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Niedersachsen und Nordwestdeutschland.

Hier noch ein Hinweis auf Infos zur ehrenamtlichen Arbeit der bundesweit tätigen Projektgruppe Kulturgut Bibelfliesen (Norder Bibelfliesenteam in Ostfriesland und Arbeitskreis Bibelfliesen im Münsterland): www.fliesenbi bel.de. „Flucht und Vertreibung“ kann dort unter „publiziert“ und „Downloads Bibelfliesen-Hefte Bd. 18“ eingesehen werden.

Infos: Kurt Perrey, Pfr. i. R., Projektleiter Kulturgut Bibel-fliesen (Norder Bibelfliesenteam, Ostfriesland, und AK Bibelfliesen im Münsterland, NRW), Am Biederlakturm 5, 48282 Emsdetten, Telefon (02572) 9599580, perrey.kue@gmx.net, Infos: www.fliesenbibel.de



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen und Versammlung der Mitglieder

Vom Freitag, 9. bis Sonntag, 11. September, fand in Bad Nenndorf im Hotel „Esplanade“ das obige Treffen statt. Die Delegierten trafen sich gemäß Satzung schon am Freitag um 14 Uhr zur Kreistags-Sitzung beziehungsweise Delegierten-Versammlung.

Für die ersten Besucher wurden im Raum Luzern Dia-Vorträge über die Elchniederung gezeigt. Am Sonnabend, ab 9 Uhr, öffnete das Tagungsbüro und die Besucher hatten Gelegenheit, eine Lesung von Frau Brand-Berg aus ihrem Buch „Du sollst ein Segen sein – Katharina von Rauter“ zu hören.

Um 14 Uhr begann der offizielle Teil der Veranstaltung, die der Kreisvertreter eröffnete. Nach verschiedenen Grußworten und der Totenehrung wurde durch Pfarrerin Erika Juckel – deren Vorfahren aus der Elchniederung stammen – eine Andacht gehalten, die mit dem Schlußsegen und dem „Vater unser“ endete.

Nach dem Rechenschafts-Bericht des neuen Vorsitzenden der Delegierten-Versammlung, Fritz Klingsporn, auch ein Nachgeborener aus Heinrichswalde, wurde die Silberne Ehrennadel an Dr. Günter Spilgies übergeben. Außerdem wurden noch zwei Reiseberichte vorgetragen. Es folgten noch Wahlen zu den fünf Kirchspielen Groß-Friedrichsdorf, Heinrichswalde, Inse, Kukkernese und Rauterskirch. Es sei noch erwähnt, dass am Vortag bei der Delegierten-Versammlung Manfred Romeike als Vorsitzender der beziehungsweise Kreisvertreter für weitere vier Jahre gewählt wurde.

Mit dem Ostpreußen-Lied klang der offizielle Teil aus. Es blieb Zeit zum Plachandern und Heimatliedersiegen. Ab 18 Uhr folgten Musik und Tanz. Am Sonntag konnte das Agnes-Miegel-Haus besucht werden.

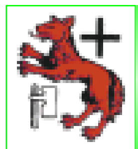


Die Teilnehmer der Deligiertenversammlung der Elchniederung. Vordere Reihe (v. l.): Barbara Dawideit, Heidrun Jost und Irmgard Fürstenberg. Hintere Reihe (v.l.): Dieter Wenskat, Professor Günter Hertel, Dr. Günter Spilgies, Fritz Klingsporn, Siegfried Dietrich, Kreisvertreter Manfred Romeike und Peter Westphal

Bild: privat

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de



Beim Heiligenbeiler Kreistreffen: Elke Ruhnke und Christian Perbandt am Gedenkstein im Burgdorfer Stadtpark Bild: privat

Kreistreffen 2016

Am Wochenende vom 2. bis 4. September fand im „StadtHaus Burgdorf“ das Kreistreffen 2016 der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil statt. Wieder war es ein schönes und harmonisches Treffen, zu dem etwa 125 Heiligenbeiler ins niedersächsische Burgdorf bei Hannover gekommen waren!

Auftakt des Treffens war der Matjesabend der Kreisgemeinschaft im Steinwedeler Dorfkrug. Dieser Abend findet seit mehr als 40 Jahren statt und bot etwa 30 bereits am Freitag angereisten Heiligenbeilern und ihren Freunden die Möglichkeit zum fröhlichen Beisammensein. Vom Vorstand waren der Zweite Vorsitzende Christian Perbandt, Schatzmeister Joachim Ruhnau und der Ehrenvorsitzende Siegfried Dreher anwesend.

Am Sonnabend um 9 Uhr öffnete dann das Veranstaltungszentrum „StadtHaus Burgdorf“ seine Pforten. Und auch 71 Jahre nach Flucht und Vertreibung kamen die Heiligenbeiler wieder aus ganz Deutschland, um sich im Gedenken der alten Heimat wieder zu sehen. Um 11 Uhr trafen sich viele Heiligenbeiler zur Gedenkminute am Gedenkstein im Burgdorfer Stadtpark. Hier erinnerte Christian Perbandt in seiner Rede an die ostpreußische Heimat und die Opfer von Flucht und Vertreibung. Er zitierte aus einem Gedicht von Erna Radtke „Aber Himmel und Sonne und Wind, Wälder und Flüsse und Seen werden die alten sein, und für ewig bleiben das Land unserer Väter, das Land unserer Jugend.“

Inzwischen hatte der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in unserem Foyer auch wieder einen Informationsstand aufgebaut und informierte über seine Arbeit. Auch der Verkaufstisch im Foyer fand regen Anklang! So manches Heimatbuch, so manche Dose mit Königsberger Fleck und so manches Stückchen Marzipan von Schwermer fand einen Liebhaber. Weiter wurde über das Museum in Heiligenbeil (Mamonovo) informiert und dafür Spenden gesammelt.

Um 12 Uhr fand dann die Mitgliederversammlung im Saal „JohnnyB“ statt. Hier wurde Regina Holweger einstimmig als Kirchspielvertreterin des Kirchspiels Balga gewählt. Regina Holweger, deren Vorfahren aus Follendorf im Kirchspiel Balga stammen, ist im Jahre 1962 geboren und geht mit Freude und Elan an ihre neue Aufgabe. Wir gratulieren zur Wahl und wünschen viel Erfolg!

Unser langjähriges Vorstandsmitglied, die Betreuerin unseres Fotoarchives, Ilse Thomann wurde für ihr enormes Engagement mit dem Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen geehrt. Als wichtige Veränderung kündigte Kreisvertreterin Elke Ruhnke, die die Versammlung souverän leitete, an, dass das nächste Kreistreffen im Jahr 2017 aus Kostengründen nicht wieder im „StadtHaus“, sondern im „Haases Gasthaus“ in Burgdorf stattfinden wird. Die dortigen Räumlichkeiten sind vom Vorstand besichtigt und es scheinen dort die besten Voraussetzungen vorzuliegen.

Ab 14 Uhr bestand die Möglichkeit, die liebevoll gestaltete Ausstellung im Archiv der Kreisgemeinschaft zu besichtigen. Hierzu war ein Buspendelverkehr eingerichtet. In der hochinteressanten Ausstellung drehte sich diesmal alles um die Fischerei im Frischen Haff. Der Besuch dieser Ausstellung hat sich wieder sehr gelohnt!

Um 16 Uhr fand dann eine sehr schöne Lesung von Ilse Thomann statt, die jedem Ostpreußen zu Herzen ging. Am Abend konnte man im Stadthaus oder in den Burgdorfer Gaststätten noch lange in fröhlicher Runde zusammen sein. Auch das ist ein wichtiger und schöner Teil unseres Kreistreffens!

Am Sonntag war wieder ab 9 Uhr das „StadtHaus“ geöffnet. Um 10 Uhr ging es dann „richtig los“, als die Schützenkapelle Gehrden zum Platzkonzert aufspielte.

Nun aber zum Höhepunkt des Treffens, der Feierstunde, die ab 11 Uhr stattfand und von Kreisvertreterin Ruhnke geleitet wurde. Nach der Totenehrung (Christian Perbandt) hielt Ilse Thomann einen sehr persönlich verfassten Vortrag „Es war ein Land“, der zu Herzen ging.

Es folgte der Festvortrag des Vorsitzenden der Burgdorfer CDU-Ratsfraktion, Mirco Zschoch, zum Thema „1945 – Neuanfang für Heimatvertriebene in Burgdorf“. Dieser Vortrag wurde mit viel Beifall bedacht! Die Feierstunde, die musikalisch von der Schützenkapelle Gehrden umrahmt wurde, endete mit dem gemeinsamen Gesang der 3. Strophe des Deutschlandliedes. Auch am Sonntag fand die Ausstellung im Archiv viel Anklang!

Insgesamt war es ein sehr schönes Treffen. Wir sehen uns wieder in Burgdorf bei unserem nächsten Kreistreffen am Wochenende vom 1. bis 3. September 2017! Christian Perbandt

Gratulation zum 80.

Werde, was du noch nicht bist / bleibe, was du jetzt schon bist. / In diesem Bleiben und diesem Werden / liegt alles Schöne hier auf Erden. (Franz Grillparzer)

Ilse Thomann, geborene Kewitz, wurde am 25. September 1936 in Lönhöfen Kreis Heiligenbeil geboren. Sie wohnte mit ihrer Familie bis zur Flucht in der Mühlenstraße 9 in Heiligenbeil.

Viele Landsleute aus dem Kreis Heiligenbeil kennen Ilse Thomann gut, ist sie doch jedes Jahr auf dem Kreistreffen in Burgdorf mit ihren Helfern am Büchertisch präsent. Inzwischen ist sie bei den Kreistreffen zu einer festen Institution geworden – ohne sie geht es einfach nicht!

Seit 2009 ist sie Beisitzerin im Vorstand der Kreisgemeinschaft, wobei sie bereits seit 1998 als Fotoarchivarin tätig ist. In dieser Funktion hat sie an verschiedenen Büchern, die die Kreisgemeinschaft herausgebracht hat, maßgeblich mitgewirkt. Auch für das jährlich erscheinende Heimatblatt liefert sie entsprechende Fotos zu den Artikeln und Berichten, die dort erscheinen; ihre Kreativität und ihre guten Ideen bereichern es ungemein.

Ihr umfangreiches Wissen über den Kreis Heiligenbeil trägt darüber hinaus dazu bei, dass sie immer die passenden Fotos findet und bei Rückfragen auch sofort weiß, welche Fotos zu den einzelnen Gemeinden und Kirchspielen vorhanden sind.

Ilse Thomann hat sich über die vielen Jahre sehr engagiert, und das nicht nur im Bereich des Fotoarchivs.



Ilse Thomann: Fröhlich, beliebt und als Fotoarchivarin stets um das passende Bild bemüht Bild: privat

Sie ist ein sehr fröhlicher Mensch und wegen ihres warmherzigen und herzlichen Wesens bei den Landsleuten sehr beliebt.

Für ihre für die Kreisgemeinschaft über die vielen Jahre geleisteten Dienste wurde sie im Jahr 2002 mit der Silbernen und im Jahr 2007 mit der Goldenen Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil geehrt. Und in diesem Jahr wurde ihr die Silberne Nadel der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen.

Ilse Thomann war ein Mädchen von acht Jahren, als sie mit ihrer Familie Ostpreußen verlassen musste. Dass diese Heimat für immer verloren sein würde, konnte damals noch niemand ahnen. Auch heute nach den vielen Jahren fern der Heimat sitzt der Schmerz immer noch sehr tief.

„Man kann die Menschen aus der Heimat vertreiben, aber nicht die Heimat aus den Menschen.“
Erich Kästner

Liebe Ilse, Deine Vorstandskollegen wünschen Dir alles Liebe und Gute zu Deinem Geburtstag, vor allem Gesundheit, und wir hoffen, dass Du uns noch lange erhalten bleibst.

Brunhilde Schulz, Publikationen/Schriftleitung, im Auftrag des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Kiel – Treffen in jedem Monat am zweiten Donnerstag im Café Rebecca in der Matthias-Claudius-Kirche in Kiel-Suchsdorf. Informationen: Hellmut Jucknat, Telefon (0431) 311972.

Heimatgruppe Köln – Mittwoch, 28. September, Restaurant Em Kappeseng, Aachener Straße 1332, Köln-Weiden: Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Sachsen – Donnerstag, 6. Oktober, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau-Marienthal. Herbstfest mit Thüringer Röster. Weitere Informationen: Kurt Klaus, Telefon (037296) 17661.

Heimatgruppe Thüringen – Sonntag, 9. Oktober, Café Büchner, Ebertstraße 12, 99817 Eisenach: Mitgliedertreffen und Beitrag über Frieda Jung sowie Kaffeetrinken und gemütliches Beisammensein.

Heimatgruppe Thüringen – 9. Oktober, Café Büchner, Ebertstraße 12, 99817 Eisenach: Mitgliedertreffen und Beitrag über Frieda Jung sowie Kaffeetrinken und gemütliches Beisammensein.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Schulgemeinschaft Fichtenwalde

8. Oktober, Nindorf-Hanstedt: Treffen der Schulgemeinschaft Fichtenwalde, Grünheide, Hirschwalde, Kullik, im Restaurant des Wildparks Lüneburger Heide. Beginn ist um 11 Uhr.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Hans-Schlemm-Schule

Vom 26. bist zum 28. August 2016, wohl dem heißesten Wochenende dieses Jahres, trafen sich die Königsberger Hans-Schemm-Schüler wieder einmal in Göttingen. Unsere Kreis wird zwar immer kleiner und kleiner, aber der harte Kern unserer Gemeinschaft ist fest entschlossen, unsere Truppe zusammen zu halten.

Zum 23. Jahrestreffen der Schulgemeinschaft hatte es uns die Temperatur recht schwer gemacht, die oft recht lanwierigen Reisen anzutreten. Für uns leicht Ergraute war es schon eine Herausforderung gewesen. Dieses Jahr hatten es noch sieben „echte“ Schemmschüler geschafft, dazu kamen noch sieben Partner und Gäste. Kleiner Kreis, aber oho, können wir sagen, denn wir haben drei wunderschöne Tage miteinander verbracht.

Edith Cyrus begrüßte die Teilnehmer gegen 16 Uhr im Restaurant des Hotels Rennschuh ganz herzlich und überbrachte Grüße von den vielen, die gerne dabei gewesen wären, aber aus vielerlei Gründen nicht mehr dabei sein konnten. Da kommt natürlich zuerst einmal Wehmut auf, denn in unseren Anfängen waren wir über 100 Teilnehmer gewesen. Aber der Zahn der Zeit nagt überall, also auch bei uns alten Königsbergern. Aber die gute Stimmung hatte bald wieder die Oberhand gewonnen und mit vielen Liedern, kleinen Gedichten und Erzählungen verging die Zeit.

Unser guter Freund Wolfgang Wrobel, Ehemann unserer leider viel zu früh verstorbenen Schulfreundin Hannelore, hatte einen Bildbeitrag von unserer Königsbergreise 2007 mitgebracht, die viele von uns noch nicht gesehen hatten. Der Gesprächsstoff ging uns nicht aus, bei Kaffee und Kuchen und auch später bei den obligatorischen Königsberger Klopsen ging es lebhaft weiter.

Referiert wurde über unsere Stadt, die sich peu a peu zu ihrem Besten verändert. Die Neubauten sind im modernen Stil, wohltuend, wenn man die alten Plattenbauten sieht. Aber, es ist eben nicht mehr unsere Stadt, die wir kannten und liebten. Nun, die Zeit verging wieder einmal wie im Fluge. Natürlich wurde auch unser Ostpreußenlied gesungen, wir haben in unserem Kreis ein Licht gestellt für alle, die nicht mehr unter uns weilten. Natürlich ging uns das sehr unter die Haut.

Für das nächste Jahr haben wir unser Treffen für die Zeit vom 25. bis 27. August vereinbart. So Gott will, werden wir uns dann alle wieder sehen. Am Sonntagmorgen hieß es dann: Nehmt Abschied Brüder, ungewiss ist eine Wiederkehr, die Zukunft liegt in Finsternis und macht das Herz uns schwer ...

So verbleibe ich mit heimatlichem Gruß. *Edith Cyrus*



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Sogar nach Seebrücken kamen die Reisenden

Vom 4. bis 14. August hat unser Landsmann Wilhelm Norra (Ortsvertreter von Sareiken, Bezirksvertreter Lyck Land) eine Gruppenreise mit 38 Personen nach Lyck unternommen. Nach Zugehörigkeiten aufgeschlüsselt gehörten sechs Personen zu Lyck, vier Personen zu Sareiken, eine Person zu Sarken, zwei Personen zu Neuendorf, zwei Personen zu Glinken, drei Personen zu Kreuzborn, eine Person zu Sorden, acht Personen zu Berndhöfen sowie sechs Personen zu Seebrücken; fünf Personen stammten zu Orten, die nicht zum Kreis Lyck gehörten. Programmpunkte waren unter anderem auf der Hinfahrt Elbing, Bustour nach Frauenburg, mit dem Schiff über das Frische Haff nach Kahlberg, Fahrt von Elbing über den Oberlandkanal nach Buchwalde und mit dem Bus weiter über Osterode nach Lyck zum Hotel Rydzewski.

Wie immer bei solchen Reisen wurde in Lyck die Deutsche Minderheit am Wasserturm besucht, wo eine Bewirtung mit Kaffee und Kuchen stattfand. Die Besichtigung des Wasserturmes war für einige Teilnehmer der Reise etwas Neues. Staken auf der Krutinna und eine Rundfahrt in Nikolaiken auf dem Spirdingsee fanden gerade bei denen, die das noch nicht erlebt hatten, große Begeisterung.

Mit der Kleinbahn ging es nach Vierbrücken, wo das „Würstchenbraten am Stock“ stattfand. Bei

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

einer Tagesfahrt nach Lötzen wurde unterwegs in Fließdorf die schöne Aussicht von dem dort befindlichen Aussichtsturm genossen. In Lötzen ging es mit dem Fahrstuhl auf den Wasserturm, wo man über dem Cafe ebenfalls die schöne Aussicht von der Außengalerie des Turmes genießen konnte. Auf der Rückfahrt fand dann ein kurzer Halt am „Brunokreuz“ statt.

An einem Tag ging es zum Mittagessen auf den Masurenhof nach Sareiken, danach fuhr man mit dem Bus weiter nach Sarken, wo das Ehrenmal auf der Bunelka besucht wurde, von wo man einen herrlichen Ausblick auf die schöne Landschaft mit den Seen und Hügeln hat und der Blick bis nach Lyck reicht. Nach erneutem Besuch auf dem Masurenhof (Kaffee und Kuchen) wurde der Soldatenfriedhof in Bartossen besucht.

Auf der Rückfahrt über Posen und Frankfurt (Oder) wurde in Schwiebus die dort befindliche größte Christusstatue besucht, die gerade im Hinblick auf die Olympiade in Rio de Janeiro eine besondere Bedeutung hatte.

In kleinen Gruppen haben die Landsleute auch ihre ehemaligen Dörfer aufgesucht, darunter auch die sechs Personen von Seebrükken. Ihr Ort liegt in dem Sperrgebiet um Arys, auf dem Truppenübungsplatz der Polnischen Armee, wo der Zutritt verboten ist. Ein großes Dankeschön gebührt dem Kreisältesten der Kreisgemeinschaft Lyck, Gerd Bandilla, der unter großem Einsatz mit vielen E-Mails und Telefongesprächen die Erlaubnis des polnischen Militärs zum Besuch der Landsleute in ihrem Heimatort erreichen konnte.

Als unvergessliches Erlebnis wird, auch gerade den Mitreisenden, welche die Fahrt das erste Mal unternommen hatten, der Abschiedsabend des Hotels Rydzewski mit der Grillpartie und dem schönen Ausblick und eindrucksvollen Sonnenuntergang am Rameckfelder See im Gedächtnis bleiben. Es war wieder einmal eine gelungene Reise, die viel Anklang gefunden hat, auch bei den Personen, die ihre ehemalige Heimat zum ersten Mal wieder gesehen hatten und bei denen, die nicht aus Ostpreußen stammten. Sie waren von der schönen Landschaft begeistert und natürlich von der schönen Stadt Lyck mit ihrer so herrlich langen Promenade am Lyck-See.



MEMEL-STADT UND -LAND

Kreisvertreter Memel-Stadt: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder-Phöben, Telefon (03327) 741603, E-Mail: HJFROESE@web.de. Kreisvertreter Memel-Land: Ewald Rugullis, Steinauer Straße 77, 40721 Hilden, Tel. (02103) 40594. Gst. Für alle Memellandkreise: Uwe Jurgsties, Kirschblütenstr. 13, 68542 Heddesheim.

Wichtige Termine

Am Sonnabend, 1. Oktober um 14 Uhr, feiern wir bei einem Tag der offenen Tür das 20-jährige Bestehen des Simon-Dach-Hauses in der Juros g. 7 in Memel.

Am Sonntag, den 2. Oktober um 17:30 Uhr, findet im Hermann-Sudermann-Gymnasium in der Gedminu g. 1 in Memel die Feier zum Tag der Deutschen Einheit in Anwesenheit des litauischen Fernsehsenders TV3 statt. Anschließend gemütliches Beisammensein.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: winfriedKnocks@aol.com

Regionaltreffen 2017 in Neuss

Auf seiner letzten Sitzung hat der Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen beschlossen, anstelle eines Deutschlandtreffens im nächsten Jahr ein sogenanntes Regionaltreffen zu organisieren. Die Veranstaltung wird stattfinden am Sonnabend, den 13. Mai 2017 in der Stadthalle Neuss. Näheres entnehmen Sie bitte den entsprechenden Veröffentlichungen der LO in dieser Zeitung.

Wegen des Regionaltreffens der LO wird ein Nachbarschaftstreffen der Stadtgemeinschaft Tilsit sowie der Kreisgemeinschaften Elchniederung und Tilsit-Ragnit erst wieder im Jahre 2018 durchgeführt werden. Sie sind jedoch eingeladen, am 13. Mai zum Treffen nach Neuss zu fahren, wo Sie von ihren Kirchspielvertretern erwartet werden.

Für eine Hotelunterkunft empfiehlt sich das Dorint Hotel. Es ist der Stadthalle benachbart. Die Adresse: Selikumer Straße 25, 41460 Neuss, Telefon (02131) 2620, Fax: (02131) 262100, E-Mail: info.neuss@dorint

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



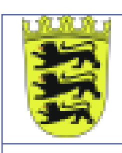
BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober, Bad Honnef: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Thema des Seminars: „150 Jahre Deutscher Krieg – Preußen und Österreich in Geschichte und Gegenwart“. Weitere Informationen: www.facebook.com/events/032910313418878/2

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Göppingen – Die Frauengruppe der Göppinger Landsmannschaft feierte am 7. September im „Glashaus“ in Salach ihr 65-jähriges Jubiläum. Von eingeladenen Frauengruppen aus Baden-Württemberg erhielt unsere Leiterin, Vera Pallas, sehr herzliche Grußbotschaften. Die Landesfrauenbeauftragte, Uta Lüttich, ließ es sich aber nicht nehmen, persönlich anwesend zu sein. Frieda Färber, aus der Stuttgarter Gruppe, brachte für uns eine ostpreußische Spezialität, den „Radarkuchen“ zum Naschen mit. Auch wurde eine Schale mit selbsthergestelltem Königsberger Marzipan, gespendet von der Schorndorfer Gruppe, durchgereicht. Aus dieser Landsmannschaft waren Sie zu dritt angereist. Auch den weiten Weg aus Schwäbisch Hall, scheute, trotz ihrer Sehbeeinträchtigung, unsere Landeskulturbeauftragte, Ulla Gehm, nicht.

Vom Kreisverband Göppingen des BdV kamen als Gratulanten die Vorsitzende, Marianne Bayreuther in Begleitung ihres Mannes, Rudolf. Aus der Salacher Gemeindeverwaltung konnten wir die Seniorenreferentin Sonja Schäfer begrüßen, und etwas später auch den stellvertretenden Bürgermeister, Hans Paflik.

Die Feier begann mit einem gemeinsamen Mittagessen. Im Anschluss berichtete Vera Pallas über den Werdegang ihrer Frauengruppe seit der Gründung im September 1951. Sie zählte die verschiedenen Gruppenleiterinnen seit damals auf, und berichtete auch über die nicht nur heute

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20



Feierte ihr 65-jähriges Bestehen: Die Göppinger Frauengruppe Bild: Bollweg

Kreuzworträtsel

Nordseeküstenlandschaft; Ungeschicklichkeit; nordwestdeutsche Region; Rat, Empfehlung; gezahntes Werkzeug; Heilbehandlung; Abwesenheitsnachweis; biblischer König; hügelig, holprig; in viele Scherben zerbrechen; Ruhepause; Kindertagesstätte; Gleichklang im Vers; Liebhaber von Süßigkeiten; in Eile; keuchend; hessische Stadt; einfacher Eiweißkörper; Frau Jakobs im A. T.; verschwommen, vage; Raub-, Speisefisch; kleine, viersaitige Gitarre; Schubs, Anprall; Stapel; Sehhilfe für den Nahbereich; Landenge; oberster Teil des Getreidehalms; Rennbahn; Zimmer; Schlafstätte, Nachtlager; immer, zu jeder Zeit; Schmuck an einer Kopfbedeckung; fächerförmige Flussmündung; Fluss zum Rhein; würdigen, auszeichnen (ugs.); Rest im Glas; Fußbekleidung; Wegbereiter der Genetik (Gregor); artig, brav; Dreschplatz in der Scheune; sagenhafte Insel im hohen Norden; Schlackenberg; nur mit Einschränkung; Halbinsel an der Ostseeküste; Erlöser aus einer Gefahr; Campingartikel; ausschweifendes Gelage; schmieren, fetten; Güte, Nachsicht; hölzerne Wandtäfelung; Aluminiumoxid; schmaler Spalt; Lobrede; Gebiet in Tschechien; Seidengewebe; überfällig; abends; Bohle, Planke; Jahreszeit; das Paradies; glätten, planieren; Monatsname; Haupthafen von Nigeria; Rinderfett; bestrafen; Himmelsrichtung; weibliches Märchenwesen; indian. Symbol d. Klanzugehörigkeit; bevor; Fußmatte; Fluss durch Paris; zünftig, kernig; originell; langhaariger Rassehund; Romanfigur bei Erich Kästner; früher: Verwalter; hellhaarig; Zeichentinte; Singstimme; königlich; afrikanische Großkatze; Serie, Folge; Alpengipfel in Südtirol; törichter Mensch; unerwünscht; nicht statthaft; Abk.: elektronische Datenverarbeitung; Senke im Gelände; also, folglich (lateinisch); Vorbedeutung; Druckbuchstabe; Abkürzung für im Auftrag; gleichwertigen Ersatz leisten; Zwiegespräch; Widerstand, Verteidigung; franz. Komponist (Maurice); wirklich; männliches Borstentier

PAZ16_38

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

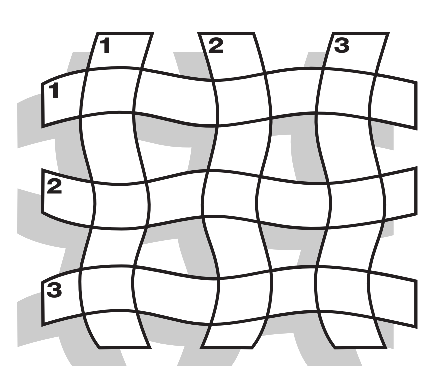
CEIMR; ALNU; ADEEM; AEFLP; AARU; EIKM; AMRT; AKPT; BEELU; ADEFRU; AACEEFIRT; AIKN; ALMM

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für den obersten Rang im Theater.

1	SIGNAL		MAST
2	MEHL		NEST
3	WASSER		BOOT
4	SPORT		TURNEN
5	KINDER		WEG
6	WAHL		KOFFER
7	GLAS		HAUFEN

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Laufsteg (Schiff, Flugzeug)
2 Nachrichtenbüro
3 Oper von Verdi

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Flaggen, 2. Schwalben, 3. Schlauch, 4. Geraete, 5. Fahrrad, 6. Kabinen, 7. Scherben – Galerie

Magisch: 1. Gangway, 2. Agentur, 3. Nabucco

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

bestehenden Schwierigkeiten, das Fortbestehen der Gruppen zu sichern. Über ihre Anfangszeit als Leiterin der Frauengruppe im Jahr 1999 berichtet sie: „Ich habe 1999 eine kluge Frauengruppe übernommen, die wußten über Ostpreußen alles und ich nicht viel, denn ich kam aus der Sport-Ecke, und kannte mich mit Gymnastik aus. So musste ich mich überall informieren und Schlau machen, um der Gruppe Interessantes an Kultur zu vermitteln.“

Wie gut ihr das gelungen ist, zeigen die vielen unterschiedlichen Aktivitäten der Gruppe in den letzten Jahren. Ausflüge, Fortbildung und Jugendarbeit gehörten dazu. Die heutige Gruppe umfasst über 30 Frauen. Wir dürfen uns über zwei bereits 90 Jahre alte Teilnehmerinnen freuen, die regelmäßig dabei sind. Den größten Anteil machen die 70- und 80-jährigen aus. Einige wenige sind es, die noch unter 70 sind.

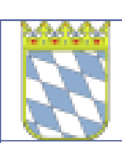
Der stellvertretende Bürgermeister ergriff nun das Wort. Er kenne und bewundere Vera Pallas, die ja selbst auch zu den „Ü80“ gehört. Sie mache nun schon seit über 15 Jahre diese Arbeit mache. Er ging auf das „Heimatempfinden“ der Ostpreußen ein, da auch er ein „Vertriebener“ war, aber als damals Fünfjähriger sich an seine „neue Heimat“ hier in Salach sehr schnell gewöhnt habe.

Die Frauenbeauftragte, Uta Lüttich, war voller Lob über die Art und Weise. wie Vera Pallas ihre Göppinger Gruppe leitet. Sie hielt es auch für sehr wichtig, die Kultur, die Handarbeiten und die Heimatgeschichten immer wieder weiterzugeben, und das Erinnern daran wachzuhalten. Die Kulturreferentin, Ulla Gehm, berichtete über die Bedeutung des historischen „Kurenwimpels“. Ein kleines Modell war zwischen verschiedenen Ostpreußischen Handarbeiten und alten Familienschmuckstücken aus Bernstein auf dem „Heimattisch“ aufgebaut. Fotos und Zeitungsausschnitte machten die Runde. Mit dem anschließenden Kaffeetrinken und dem gemeinsam gesungenen Heimatlied „Land der dunklen Wälder“ ging diese schöne Jubiläumsfeier zu Ende. *Ina Meister, Hans Bollweg*

Heidelberg – Sonntag, 25. September, 15 Uhr, Marriott-Hotel, Vangerowstraße 16: Der BdV und die Landsmannschaften treffen sich zum Tag der Heimat.

Stuttgart – Mittwoch, 5. Oktober, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Herbstfest mit herbstlichen Gaben und einem interessanten heimatlichen Programm. Die Landsmannschaft Westpreußen und Gäste sind herzlich eingeladen.

Reutlingen – Sonnabend, 1. Oktober, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Erntedankfest mit Kaffee und Kuchen. Nach langer Sommerpause sind alle Landsleute, Freunde und Gäste herzlich eingeladen. Eine Tombola wird wieder für Abwechslung und Spannung. Wer dafür Sach- und Geldspenden abgeben möchte, wendet sich an Ilse Hunger, Steinachstraße 54.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 30. September, 19 Uhr, Saal. Gasthof „Krone“, Gunzenhausen: Heimatliches Essen, anschließend Vortrag von Edith Richter über „bedeutende Pommern“.

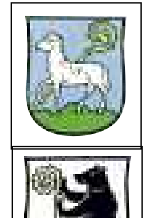
Hof – Sonnabend, 1. Oktober, 10.30 Uhr Jugendzentrum „Q“: Tag der Heimat. – Sonnabend, 8 .Oktober, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube Hof: Erntedankfeier.

Nürnberg – Dienstag, 27. September, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1 (gegenüber der Endstation der U1), Nürnberg-Langwasser: Gemeinsames Treffen zum Thema „Johann Gottfried Herder, ein großer Ostpreuße aus Mohrungen“.

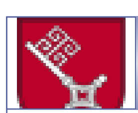


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Heilsberg, Rößel – 24. September, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53: Erntedankfeier. Anfragen: Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137, und für Rößel Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



BREMEN

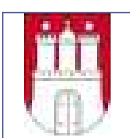
Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Bremen – Sonnabend, 24. September, 15 Uhr, Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: Tag der Heimat 2016 unter dem Motto „Identität schützen – Menschenrechte achten“. Festrednerin ist die Bundestagsabgeordnete Elisabeth Motschmann. Sie ist deutschbaltischer Abstammung und gehört dem Vorstand der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft an. Bei der letzten Bundestagswahl zog sie für die Bremer CDU in den Deutschen Bundestag ein. Die musikalische Umrahmung bestreiten die Damen Anna Minagulova und Olga Koposova (Landsmannschaft der Deutschen aus Russland). Außerdem tritt die Tanzgruppe „Eleganz“ unter der Leitung von Julia Hoffmann auf. Einlass und Kaffeetafel beginnen ab 14.30 Uhr. Der Eintritt kostet drei Euro, das Kaffeegedeck 7,50 Euro. Das Hotel ist mit der Straßenbahnlinie Nummer Sechs erreichbar. .

Bremerhaven – Freitag, 23. September, 14.30 Uhr, Ernst- Barlach-Haus: Kulturnachmittag zum Thema „Erntedank“.

– Zum Vormerken –

Das 90. Stiftungsfest am 13. Oktober, ab 13 Uhr, ebenfalls im Ernst-Barlach-Haus findet diesmal ausnahmsweise auf einen Donnerstag statt. Wegen den Vorbereitungen ist eine Anmeldung unbedingt erforderlich!

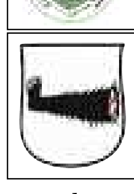


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Montag, 3. Oktober, 11 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: 31. Heimatmarkt des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen. Diese einzigartige Kulturveranstaltung wird als „Historischer Heimatmarkt“ durchgeführt. Wie bisher zeigen wir Volkstrachten, historische Landkarten und Bücher der Ost- und Mitteldeutschen und deutschen Siedlungsgebiete und bieten auch heimatliche Spezialitäten an. Wir lassen den Heimatmarkt mit gemeinsamem Singen heimischer und europäischer Lieder ausklingen. Das Haus der Heimat liegt unweit der S-Bahnstation Stadthausbrücke, U-Bahnstation Rödingsmarkt oder der Haltestelle der Buslinien 6 und 37.

KREISGRUPPEN

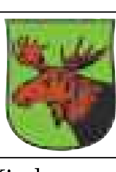


Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

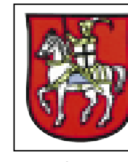


Heiligenbeil – Sonnabend, 24. September, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, 1. Etage, Stadtteilhaus Horner Freiheit, Am Gojenboom 46: Herbstfest. Die Mitglieder der Gruppe wollen mit ihren Freunden und Gästen bei Kaffee und Kuchen in geselliger Runde einige fröhliche und besinnliche Stunden miteinander verbringen. Sie erreichen den Seniorentreff mit der U2 Richtung Mümmelmannsberg, oder U4 Richtung Billstedt, beides bis Horner Rennbahn, hier den Ausgang Am Gojenboom benutzen, direkt daneben ist das Stadtteilhaus. Für Rollatoren und Rollstuhlfahrer gibt es einen Fahrstuhl, der zum Einkaufszentrum hinauf führt, hier sind es dann einige Minuten Fußweg bis zum Ziel. Anmeldung bis zum 23. September bei Landsmann Konrad Wien, Telefon (040) 32049041, Kostenbeitrag für Kuchen und Kaffee fünf Euro.

Achtung!
Neuer Ort, neuer Termin



Elchniederung – Dienstag, 27. September, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg: Die Gruppe trifft sich zur herbstlichen Kaffeetafel mit anschließenden Erinnerungen an den heimatlichen Altweibersommer und das Ende der Erntezeit. Da das Haus Lackemann geschlossen hat, findet das Treffen an einem neuen Ort statt. Er ist gut zu erreichen über die U-Bahn-Linie U2 und über mehrere Buslinien bis zur Haltestelle Niendorf. Rückfragen bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.

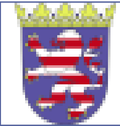


Osterode – Sonnabend, 15. Oktober, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Ribling, Fuhlsbüttler Straße 755, 22337 Hamburg-Ohlsdorf; Herbstfest und gemütlicher Nachmittag mit Liedern und Erzählungen vom Herbstanfang. Wir beginnen mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Das Lokal liegt direkt am U/S-Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße.

SALZBURGER VEREIN



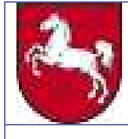
Landesgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein/Niedersachsen – Sonnabend, 8. Oktober, 13 Uhr, Hotel „St. Raphael“, Adenauerallee 41, 20097 Hamburg: Gemeinsames Treffen. Auf dem Programm stehen: „Zur Zukunft der landsmannschaftlichen Arbeit“ – Vortrag Herr Dr. Sebastian Husen, Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen, und ein Bericht über das Jahrestreffen des Salzburger Vereins im Juni in Goldegg im Salzburger Land sowie eine Vorschau auf das Jahrestreffen 2017 in Thüringen anlässlich des Jubiläums „500 Jahre Reformation“.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wiesbaden – Sonnabend, 1. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: heimatlich-besinnliche Erntedankfeier mit Kaffeetafel und Verlosung der Erntegaben. Wer durch Sach- oder Geldspenden mithelfen möchte, den Erntetisch zu bereichern, teile dies bitte den Vorstandsmitgliedern Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521 oder Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 mit. – Dienstag, 11. Oktober, 15 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Erntedank-Nachmittag.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 28. September, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee 42: Filme über Ostpreußen mit alten Aufnahmen aus den Jahren 1932 bis 1939.

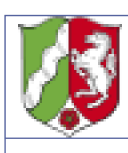
Oldenburg – Eine Reise nach Galizien und in die Bukowina machte die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg bei ihrer ersten Versammlung nach der Sommerpause im September. Reiseleiterin war Regine Mentz aus Edewecht und die Bilder dazu präsentierte Eckhart Hoffmann aus Syke. Beide Landesteile der heutigen Ukraine gehörten bis 1920 zur habsburgischen Doppelmonarchie, was noch heute ihr Stadtbild prägt. Lemberg und Czernowitz, die beiden Hauptstädte, faszinierten durch ihre multiethnische Bevölkerung verschiedenster Religionen. Regine Mentz gelang es ganz hervorragend, die Faszination dieser Kulturstädte darzustellen und durch Literaturstellen anschaulich zu belegen. Juden und Literaten prägten den Kulturstandard. Joseph Roth aus Brody, Galizien und Paul Celan aus Czernowitz führte Regine Mentz beispielhaft für viele an. Heute wird ihrer wieder mit Denkmälern und Gedenktafeln gedacht. Die Zuhörer erlebten einen spannenden und aufschlussreichen Reisebericht, der vielen den Blick auf eine versunkene Welt eröffnete, die über eine lange Zeitspanne von deutscher Kultur geprägt war.

Im nächsten Monat, am 12. Oktober feiern wir den Erntedank-Nachmittag im Stadthotel Eversten mit einem Basar von Ernteprodukten und Lesungen. Beginn ist um 15 Uhr. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen. Gisela Borchers

Rinteln – Donnerstag, 13. Oktober, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Beim Monatstreffen der Gruppe wird Ekkehard Schlicht aus Bad Salzuflen einen Vortrag über die „Die ermländischen Städte und ihre Wappen“ halten. Interessierte Gäste aus Nah und Fern sind zusammen mit ihren Angehörigen, Freunden und Bekannten ebenfalls herzlich willkommen. Auskünfte und Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden, Joachim Rebuschat, unter Telefon (05751) 5386 oder per E-Mail: rebuschat@web.de



Arno Surminski: Am 27. September liest der Schriftsteller im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus Bild: Archiv



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Dienstag, 27. September, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises

Bielefeld – Donnerstag, 6. Oktober, 15 Uhr, Zweiter Stock, Wilhelmstaße 1b, 33602 Bielefeld: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt.

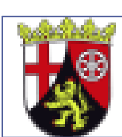
Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Freitag, 16. September, 19 Uhr, GHH: „2xHeimat“ – Theateraufführung. – Sonnabend, 24. September, 11 Uhr, Infostand, Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff. – Dienstag, 27. September, 19 Uhr, GHH: Lesung mit Arno Surminski. – Donnerstag, 29. September, 19 Uhr, GHH: Vortrag H. Gerl-Falkowitz zum 125 Geburtstag von Edith Stein.

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Neuss – Sonntag, 2. Oktober, 15 Uhr (Einlass ab 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: „Erntedankfest“ der Ostpreußen mit Gedichten, Liedern und Tanz unter der Erntekrone.

Remscheid – Sonnabend, 24. September, 15 Uhr, „mk“-Hotel, Bismarckstraße 39 (gegenüber Hauptbahnhof): Die Kreisgruppe feiert ihr 65-jähriges Bestehen. Herzlich eingeladen sind die Landsleute und Freunde, insbesondere diejenigen aus der Umgebung von Remscheid, Solingen und Wuppertal. Die Feierstunde wird durch die Mitwirkung einer Pianistin, einer Harfenistin sowie des Ostpreußenchores bestimmt zu einem bleibenden schönen Erlebnis. Dr. E. Mathiak wurde gebeten, die Festansprache zu halten. Anmeldungen bitte bei Frau I. Beeck. Telefon (021291) 51103.

Wesel – Sonntag, 25. September, 14 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Tag der Heimat. Sonntag, 9. Oktober, 13 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4:



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz/Stadt – Sonnabend, 1. Oktober, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44, 55116 Mainz: Erntedankfest. Gaben für den Erntetisch werden gern entgegengenommen.

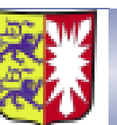


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg– Freitag, 7. Oktober, 16 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Singekreis. Sonntag, 9. Oktober, 14 Uhr: Erntedank und herbstbeginn. – Dienstag, 11. Oktober, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

Gardelegen – Freitag, 30. September, 14 Uhr: Glaswerkbesichtigung oder Buchlesung aus „Das geheime Leben der Bäume“.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Sonntag 2. Oktober, 10 Uhr Kirche St. Michael: Erntedankfest mit Pastor Sander, anschließend gemeinsames Mittagessen. Anmeldungen bitte stets eine Woche zuvor an Hannelore und Winfried Brandes, Telefon (0461) 74816.

Mölln – Mittwoch, 28. September, 17 Uhr, Quellenhof, Mölln: Mitgliederversammlung im Rahmen einer Erntedankfeier und des traditionellen Erntedankessens.

Eine feine Nase für schlechte Luft

Mit dem Spürhund auf der Suche nach Schimmelpilzen in Wohnungen – Pilzsporen können Atemwegserkrankungen verursachen

Wenn Sachverständige gerufen werden, um einen Raum auf Schimmelpilzbefall zu untersuchen, kann ein speziell für diese Aufgabe ausgebildeter Spürhund die Arbeit der Fachleute sehr gut unterstützen. Weit verbreitet sind Schimmelspürhunde bislang jedoch nicht. Das liegt auch an der aufwendigen Ausbildung, die nur an wenigen Orten angeboten wird. Der Malinois Joker ist eine der wenigen Spürnasen auf vier Pfoten, die in Deutschland für diese Aufgabe zertifiziert sind.

Schimmelbefall in der Wohnung – dabei denkt man in der Regel an schwarz verfärbte Flächen. Manchmal zeigen sich solche Stellen an Tapeten, gelegentlich auch in den Fugen im Badezimmer. Ist der Schimmel deutlich zu sehen, dann steht fest: Hier ist ein Befall und hier muss gehandelt werden.

Anders sieht es aus, wenn Bewohner eines Raumes über Probleme wie Allergien klagen, aber auch nach dem Verrücken von Möbeln keine entsprechenden Flecken an den Wänden zu finden sind. Dem Verdacht, dass Schimmelpilzbefall vorliegt, muss in solchen Fällen mit aufwendigen Methoden nachgegangen werden. Zum Beispiel mit Luft- und Raummessungen oder sogar mit Beprobungen von Wänden und Fußböden. Dies sind Fälle, in denen ein Schimmelspürhund dem Sachverständigen die Arbeit erleichtern kann.

Steht ein Besuch mit dem zum Schimmelspürhund ausgebildeten sechsjährigen Malinois Joker an, erteilt Matthias Griem von der Hamburger Firma Gebäudeanalytik Griem im Vorfeld klare Anweisungen. Das Merkblatt, das der Umweltschutztechniker und vom TÜV geprüfte Sachverständige für Schimmelpilz- und Feuchteschäden in Gebäuden hierfür entwickelt hat und an Kunden ausgibt, führt in 13 Punkten die wichtigsten Maßnahmen auf.

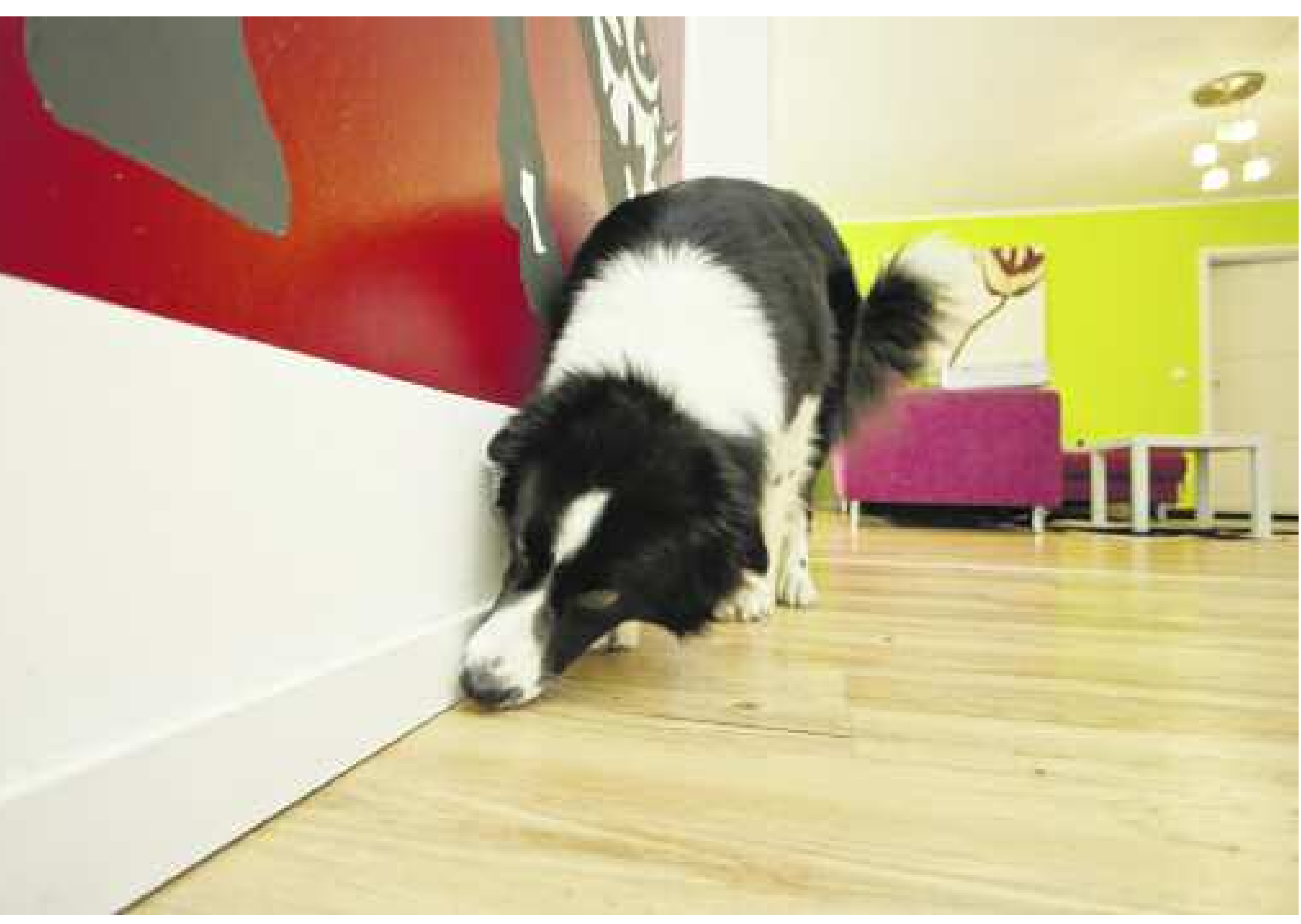
Einige davon lesen sich in Kurzform etwa so: „Entfernen Sie alle Haustiere und Spielzeuge aus Ihrer Wohnung, lagern Sie Lebensmittel und Haustierfutter sicher verschlossen, rücken Sie die Möbel von den Wänden, führen Sie eine haushaltsübliche Reinigung durch und lüften Sie den Raum intensiv.“ Diese Regeln sollen helfen, die Aufgabe für den Spürhund zu erleichtern und das Ergebnis so korrekt wie möglich zu ermitteln. Nichts soll den Hund ablenken.

Während seiner Ausbildung hat Joker gelernt, bis zu 200 verschiedene Schimmelpilze zu identifizieren. Er nimmt über seine Nase deren Stoffwechselprodukte wahr. Trainiert werden die Hunde dabei vor allem auf 20 bis 25 Schimmelpilze, die immer wieder vorkommen. „Ein Schimmelpilz-Spürhund hat es viel schwerer, weil er etwas sucht, was überall vorhanden ist“, erklärt Griem. „Drogenhunde, Sprengstoffhunde oder Hunde, die auf den Befall von Bettwanzen spezialisiert sind, suchen Dinge, die in der natürlichen Umgebung in der Regel nicht vorhanden sind. Die Dinge sind viel auffälliger, unterscheiden sich, sind vergleichsweise leicht zu erschnüffeln. Etwas zu identifizieren, das ohnehin vorhanden ist, erfordert ein sehr viel aufwendigeres und anspruchsvolleres Training.“

Es geht dabei vor allem um die Intensität des Geruchs. Der Hund muss lernen, einen leichten Geruch, der dem natürlichen Umfeld entspricht, von einem starken Duft, der für einen schädlichen Befall spricht, ganz klar zu differenzieren. Werden Hunde auf zu feine Duftreize ausgebildet, zeigen sie überall an. „In jedem Haus findet sich eine ausgeprägte Mikrobiologie. Das ist auch die Schwierigkeit bei der täglichen Arbeit.“ Zeigt der Hund an, wird eine Probe genommen und diese ins Labor geschickt.

Derzeit gibt es 15 aktive Hunde in Deutschland, die für die Suche nach Schimmelpilzen eingesetzt werden. Bei einer Prüfung in Dortmund im vergangenen Jahr, bei der acht Hunde überprüft wurden, waren einige zu sensibel. Joker ist gerade wieder für zwei weitere Jahre zertifiziert worden. Die regelmäßigen Tests dienen der Qualitätssicherung. Nicht nur die Sensibilität der Nase spielt dabei eine Rolle. Auch der Spieltrieb. Denn auf diesem basieren das Training und auch die Durchführung der Suche nach Schimmelpilzen. Griem hofft, dass Joker, der jetzt sechs Jahre alt ist, seinen sehr gut ausgeprägten Spieltrieb noch lange behält. „Am liebsten“, hofft der Hundehalter, „bis er zehn Jahre ist, das wäre schön.“

Das Training erfolgt mit sogenannten besiedelten Proben. Schimmelpilze und deren Sporen sowie Bakterien werden auf Gips, auf Tapete, auf Spanplatten gegeben und angesiedelt. Dabei gibt es viele verschiedene Kombinationen. Die Proben werden anschließend verkapselt und sind dann handliche Pakete, die der Trainer für den Hund an beliebigen Stellen verstecken kann. Für die Suche in einem Raum mit einer Fläche von zirka 15 Quadratmetern benötigt ein erfahrener Schimmelspürhund rund drei bis vier Minuten.


Schnüffelnd durch die Wohnung: Ein zum Aufspüren von Schimmelpilzen ausgebildeter Border-Collie Bild: pa

Kunden, die sich melden, um ihre Wohnung testen zu lassen, sind oft von einem Arzt auf das mögliche Vorliegen einer Schimmelpilzbelastung aufmerksam gemacht worden. Gesundheitsbeschwerden treten häufig auf, wenn Schimmelbefall unbemerkt bleibt. Entsprechend sind es Pneumologen, Allergologen oder Umweltmediziner, welche die Anregung für eine Raumüberprüfung geben. Atemwegsbeschwerden, Asthma und Hautauffälligkeiten gehören zu den häufigsten Auswirkungen.

Wird Griem mit seinem Hund gerufen und liegt bereits eine Geruchsbelastung vor, dann erfolgt sofort eine Luft- und Feuchtigkeitsmessung vor allem an den bauphysiologisch klassischen Stellen. „Wir wissen immer, wo wir suchen müssen“, sagt Griem. Liegt ein Befund vor, sollte die Sanierung erfolgen.

Wenn keine Verdachtsstelle vorliegt, dafür aber eine Luftbelastung, bringt der Einsatz des Spürhundes einen enormen Vorteil. Und das besonders in großen Gebäuden. „Man müsste sehr viele Proben nehmen, und kann durch den Einsatz des Hundes im Vorfeld das Areal oft schnell eingrenzen, oder sogar die Quelle gut lokalisieren“, sagt Griem.

Die überwiegende Zahl der Sachverständigen arbeitet trotzdem ohne Hund. Da ist die Frage nach dem „Warum?“ eine logische Konsequenz. Unternehmer und Familienvater Griem hat auf der Suche nach dem passenden Spürhund Erfahrungen gemacht, die einen Einblick geben, wie anspruchsvoll und vielschichtig die Anschaffung eines entsprechenden Hunde-Partners ist. Mit Sicherheit ist dies ein Grund für die geringe Anzahl an entsprechend ausgebildeten Vierbeinern.

„Ich bin jemand, der gerne mal was anders macht als andere und gerne mal was ausprobiert“, führt Griem aus, „bei meiner Recherche bin ich auf das Thema Spürhund gestoßen, habe erfahren, dass das funktioniert und dass es im Prinzip, wenn man sich damit beschäftigt, auch kein Hokuspokus ist. Letzten Endes ist es die gleiche Ausbildung wie für den Drogen- oder Sprengstoff-Spürhund. Es handelt sich nur um eine andere Duft-Konditionierung.“ Bevor Joker tatsächlich als Spürhund eingesetzt werden konnte, vergingen zwei Jahre.

Welchen Stellenwert der Partner mit der kalten Schnauze für das Unternehmen hat, erkennt man im Büro sofort: Über dem Schreibtisch hängt ein Foto, das den Hundekopf zeigt. Überdimensional groß und ganz nah: Jokers Nase. Ein Schimmelspürhund ist eine Investition, eine Anschaffung. Neben dem Kaufpreis kommen Ausgaben für die Aufwendige Ausbildung dazu. 25 000 Euro sind es insgesamt im Fall von Joker. „Der Marketingeffekt ist aber enorm. Das hätte ich am Anfang nicht so eingeschätzt“, gesteht der Unternehmer „Es gibt auch immer mehr Einsätze bei Hauskäufen.“ Joker hat ein Alleinstellungsmerkmal: eine Spürnase, die hilft. *Stephanie Sieckmann*

Engelstag für Lohnempfänger

Am 29. September ist Michaelistag – Der »Michel« gilt als Personifizierung der Deutschen

Es war „an Michaelis“ – so hieß es früher, wenn eine Verabredung am 29. September stattfand. Michaelis war der Festtag zu Ehren des heiligen Erzengels Michael und aller Engel und er war ein Fixpunkt im Jahr, ähnlich wie Ostern oder Himmelfahrt.

In der katholischen Kirche hat der Michaelistag von jeher eine große Bedeutung. Den Erzengel Michael stellte die Kirche an die Spitze, weil er in der Bibel als Engelsfürst und Bannerträger der himmlischen Heerscharen in Erscheinung tritt sowie als Seelenträger, der die guten Taten der Menschen vor Gott bringt. Er verteidigt den Himmel und die Erde gegen das Böse und soll sogar gegen den Teufel kämpfen.

Sein Name ist hebräischen Ursprungs und bedeutet „Wer ist wie Gott?“. War Michael für die Juden der „Fürst der Synagoge“, so erkannten die Christen in ihm den „Fürsten der Kirche“, da sich die Gemeinde Christi als „neues Gottesvolk“ verstand. Die erste dem Erzengel Michael geweihte Kirche war San Michele in Rom Mitte des 5. Jahrhunderts.

Im Mittelalter dachte man sich Michael, neben anderen Engeln und Heiligen, als Schlachtenhelfer der christlichen Heere und ganzer Völker. In der Kunst wurde Michael als Kämpfer mit erhobener Lanze dargestellt, zu dessen Füßen der besiegte Drache liegt, das Symbol für die gottfeindlichen Mächte. Die Ernennung des Erzengels zum Schutzpatron des Heiligen Römischen Reichs im 10. Jahrhundert trug erheblich dazu bei, dass der Michaelskult hier überaus populär wurde.


Michael besiegt den Teufel: Skulptur im Michel, der nach dem Erzengel benannten Hamburger Hauptkirche St. Michaelis Bild: tws

Der Festlegung des Gedenktags auf den 29. September soll auf eine Erscheinung des Erzengels auf der Engelsburg in Rom im 7. Jahrhundert zurückgehen. Mit der Namengebung „St. Michael“ wurden in ganz Europa viele Kirchen geweiht, die meisten schon im 10. und 11. Jahrhundert. Oftmals wurden sie auf Hügeln errichtet, um den damaligen Wotanskult zu verdrängen.

Dementsprechend ranken sich mehrere Legenden um Erscheinungen des Erzengels auf einem Berg. Diejenige auf dem Monte Gargano an der apulischen Adriaküste im Jahr 492 verlor an Bedeutung, nachdem der Engelsfürst im Jahr 708 einem Bischof auf dem Mont-St. Michel (Michaelsberg) im Wattenmeer nahe der normannischen Küste erschienen war. Die außergewöhnliche Lage der dortigen Kapelle sprach sich herum, und der Mont-St. Michel entwickelte sich rasch zu einem der beliebtesten Wallfahrtsorte in Nordeuropa. Für die Pilgerscharen aus Deutschland bürgerte sich in Frankreich der Name „Michaelsbrüder“ oder „deutsche Michel“ ein. Später wurde daraus der bekannte Spottname für die Deutschen. Als „Michelein“ bezeichnete man hierzulande einfältige Menschen ebenso wie fromme Christen.

Längst vergessen ist Bedeutung des Michaelistags für die Landbevölkerung als ein Eckpfeiler im Jahreskreislauf. Michaelis war der Zahltermin für Lohn, Pacht und andere Verbindlichkeiten, nachdem die Ernte eingefahren war. Am Ende des Sommers konnten die Dienstleute die Arbeitsstelle wechseln. In einigen Orten fanden um Michaelis herum Kirchweihfeste statt. Danach begann die Zeit der langen Stubenabende auf den Höfen, und das Leben wurde kärger. Die alte Redewendung „Der Michel zündt's Licht an“ erinnert daran, dass ab Michaelis bei Kunstlicht gearbeitet wurde. Das galt bis Lichtmess am 2. Februar. *D. Jestrzemski*

Pralle Hundetüte

Kulturkampf in Frankreich um Essensreste

Die Franzosen kämpfen seit diesem Jahr gegen die Essensverschwendung an. Hotels und Restaurants, die mindestens 180 Essen pro Tag servieren, sollen laut Gesetz ihren Gästen die Reste vom Teller einpacken. Das Ziel ist es, den Küchenabfall bis 2025 um die Hälfte zu verringern.

Es wurde errechnet, dass bei jedem Restaurantbesuch bis zu 230 Gramm Lebensmittel pro Person weggeworfen werden. Darum will die französische Regierung die Gastronomie und die Gäste erziehen – und zwar mit dem „Doggy Bag“, der „Hundetüte“ für die Essensreste.

> »Doggy Bags« für satte Restaurantgäste

In Frankreich ist es eigentlich verpönt, sich Menüreste einzustecken. Immer schon schreckte der englische Begriff „Doggy Bag“ ab, weckt er doch unangenehme Assoziationen mit Hundeknochen und -napf. In bürgerlichen und aristokratischen Kreisen galt es früher sogar als fein, nicht alles aufzuessen. Damals entstand sogar die Sitte, Suppenteller nicht leer zu löffeln. So nährten die Speisereste einst die Dienerschaft und die Bettler, die draußen warteten.

Erfunden wurde die Essensbox 1943 in Kalifornien, als das Essen wegen des Zweiten Weltkriegs rationiert werden musste. Hierzulande konnte man in Winzerlokalen und Straußenwirtschaften schon immer seine Speisereste guten Gewissens einpacken lassen. Griechische Lokale sind da auch nicht zimperlich. Da kaum jemand die großen Portionen vor Ort verschlingen kann, hat man etwas zum Aufwärmen für zu Hause. Wer die Pizza zu sich in die Stube trägt, kann dasselbe auch mit dem Gyros tun.

Bezahlt ist schließlich bezahlt und kann mitgenommen werden. Die Entscheidung für oder gegen die Mitnahme des eigenen Restessens hängt nach Ansicht der Knigge-Vereinigung „Etikette Trainer International“ noch von anderen Faktoren ab: Wenn man als einzige Person der Tischgesellschaft darum bittet, könnte man als unkultiviert angesehen werden. Die Preisklasse des Restaurants spielt ebenso eine Rolle sowie die Frage, wo bewahre ich mein halbes Schnitzel nach einem Geschäftsessen auf? Nicht nur die Franzosen, sondern auch wir Deutsche werden uns mit den „Doggy Bags“ wohl noch lange schwertun. *H. Tews*

Die Reisen des Herrn Jean Paul

Der Dichter Jean Paul ist einer der großen humoristischen Außenseiter der deutschen Literatur. Umrahmt von Klassik und Romantik passte er mit seinem Werk, das von kauzigen Helden und Eigenbrötlern wie den Siebenkäs, oder den Schulmeistern Wuz und Quintus Fixlein bevölkert ist, weder zu der einen noch zu der anderen Geistesströmung. Ein Grund dafür, dass ihm selbst der Ruf des literarischen Sonderlings anhaftet, mag darin liegen, dass er sich von den geistigen Hochburgen jener Zeit wie Weimar, Jena oder Berlin weitgehend fernhielt und sich in die bayerische Provinz verkrümelte.

Jean Paul war nicht nur der Autor vieler von ihm selbst als Idyllen genannter Erzählungen, man hatte von ihm bislang immer den Verdacht, dass er seine pastorale Idylle in Oberfranken selten verließ. Jetzt ist aber ein reich bebilderter und mit anschaulichem Kartenmaterial versehener „Jean Paul Taschenatlas“ erschienen, der den Autor als reiselustigen Gesellen beschreibt. In dem im Zusammenhang mit einer Ausstellung zu Jean Pauls 250. Geburtstag im Jahr 2013 entstandenen, aber erst jetzt erschienenen Atlas sind ganze 31 Orte alphabetisch gelistet, die der Autor im Laufe seines 62-jährigen Lebens besucht hat. Von „B“ wie Bayreuth, wo er starb, bis „W“ wie Wunsiedel, wo er als Organisten-Sohn geboren wurde, reicht das Ortsverzeichnis.



Die meiste Zeit hielt sich Johann Paul Friedrich Richter, der sich aus Bewunderung für Jean-Jacques Rousseau als Autor Jean Paul nannte, in fränkischen Städten wie Bamberg, Coburg, Erlangen, Hof oder Nürnberg auf. Doch daneben unternahm er für seine Verhältnisse weite Reisen, um sich mit Goethe, Schiller sowie den Romantikern zu treffen. So erfährt man, dass er am 9. Juni 1796 in Hof aufbrach, um in Begleitung eines Gepäckträgers zu Fuß 85 Kilometer nach Jena zu gehen. Doch bei den Klassikern biss Jean Paul auf Granit. „Fremd wie einer, der aus dem Mond gefallen ist“, lästerte Schiller über den Kollegen. Jean Paul wiederum konterte mit den „eingeäscherten Herzen“, die er in Weimar vorfand.

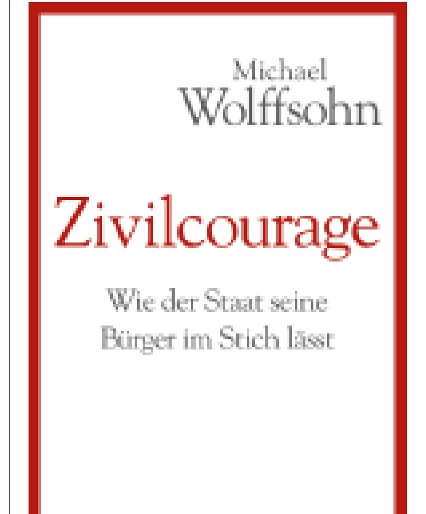
Erfolgreicher verliefen seine Berlin-Reisen 1800 und 1801, als Jean Paul in seinem Zenit stand. Der „Siebenkäs“ war erschienen, die anderen Meisterwerke „Titan“ und „Flegeljahre“ sollten bald folgen. In Berlin wurde er von den Frauen angehimmelt: „Ich besuchte keinen Gelehrtenklub ..., aber Weiber die Menge. Ich wurde angebetet von den Mädgen, die ich früher angebetet hätte.“ Berliner Frauen hielt er für die schönsten im Land, und schließlich angelte er sich die Tochter eines Geheimrats zur Braut. Eine seiner Bewunderinnen, Königin Luise, gratulierte persönlich zum Verlöbnis, schenkte dem Paar ein Teeservice und der Braut zur Hochzeit später ein silbernes Brillanthalsband. Nach bestandener Brautwerbung kehrte Jean Paul der lärmenden Großstadt den Rücken zu: „Hier bleib ich nicht“, entschied er und floh mit seiner Frau in die fränkische Provinz.

Dieser mit viel dokumentarischem und chronologischem Material vorzüglich aufbereitete Taschenatlas bietet eine herrlich abwechslungsreiche Gelegenheit, sich einem der kuriosesten deutschen Autoren und seinen Romanen wieder anzunähern. *Harald Tews*

***Bernhard Echte, Michael Mayer (Hrsg.): „Jean Paul Taschenatlas“**, Nimbus Verlag, Wädenswil 2016, Broschur, 488 Seiten, 24,80 Euro*

Bloß kein Bürgerkrieg

Historiker Michael Wolfssohn warnt vor zu viel »Zivilcourage«



O-Ton Fernsehen: „Dagegenhalten. Mund aufmachen. Haltung zeigen. Öffentlich an den Pranger stellen!“ Das waren die aufgeregten Parolen der selektiv (weil nur nach „rechts“) austeilenden Empörungsjournalistin Anja Reschke vom Norddeutschen Rundfunk, Moderatorin des Polit-Magazins „Panorama“, angesichts von grobschlächtigen Bürgerprotesten gegen illegale Masseneinwanderung im vergangenen Herbst. Wer will da schon abseits stehen, wenn zu Zivilcourage im „Kampf gegen Rechts“ oder beim „Aufstand der Anständigen“ gerufen wird im Gutmenschen-Land der Dichter und Denker?

Auch Michael Wolffsohn, der von 1981 bis 2012 an der Bundeswehr-Universität in München als Historiker lehrte, hat im Prinzip nichts gegen „Zivilcourage“, die er als eine Tugend beschreibt, die höchstes Ansehen genießt. Allerdings könne deren Ausübung oftmals ein tödliches Ende nehmen und deren Opferliste lang und länger werden, wie er in seinem neuen Buch ausführlich darlegt, was aufhorchen lässt.

In seiner Denk- und Streitschrift „Zivilcourage – Wie der Staat seine Bürger im Stich lässt“, plädiert Wolffsohn daher für eine differenzierte Betrachtung der Sicherheitsproblematik in unseren deutschen und europäischen Gesellschaften, in denen das Phänomen zunehmender Gewalt unbestreitbar zum hässlichen Fakt geworden ist. Doch wie damit umgehen, wie der Gewalt und dem Extremismus sinnvoll entgegentreten?

Wolffsohns kritische Antwort: Selbst die beste Zivilcourage vieler Menschen kann den Staat nicht aus der Pflicht entlassen, für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen. Zur Gewährleistung von „Innerer Sicherheit“ seien die zunehmenden staatlichen Aufrufe zu mehr „Zivilcourage“ deswegen nicht hilfreich, so der Autor warnend, weil sie letztendlich in einen Bürgerkrieg mündeten, den es jedoch zu verhindern gelte. Wolffsohn schreibt: „Wenn man auf diese Weise zum Aufstand anfeuert, befeuert man, zu Ende gedacht, Bürgerkrieg. Jeder kann zu den Waffen greifen. Staatliches Gewaltmonopol? Das war einmal.“

> Eine Bürgertugend, die höchstes Ansehen genießt

Schließlich seien die ständigen Aufforderungen staatlicher Akteure zur „Zivilcourage“ nichts anderes als das blamable Eingeständnis, selbst dazu nicht mehr in der Lage zu sein. Doch aus dieser Pflicht zur Aufrechterhaltung der Inneren Sicherheit kann und will Wolffsohn den Staat nicht entlassen, denn sonst bräuchten wir den Staat nicht mehr, so sein Credo. Punkt!

In drei Hauptkapiteln (1. „Tödliche Zivilcourage“, 2. „Die fünffache Revolution in Europa“ und 3. „Zivilität statt Zivilcourage“) kreist der Autor seinen Problemaufriss übersichtlich ein und spart nicht mit aufschlussreichen Beispielen über seine Sicht der Missstände. Die lehrt zum Beispiel, dass es „Brutalität, Aggressivität, Dummheit und Vorurteile leider überall und immer gibt, in jeder Gruppe“, so Wolffsohn klarstellend, und dass es keineswegs zutreffe, dass immer „die Aggressoren weiße Inländer“ seien, wie es öfters beim Appell an Zivilcourage unausgesprochen mitschwinge.

Das schmale dtv-Bändchen enthält eine Fülle von klugen Beobachtungen und Feststellungen zur inneren Sicherheitslage in Deutschland, deren Defizite der Autor anschaulich beleuchtet. So geht er auch auf einen ausufernden Linksextremismus ein, der in der veröffentlichten Meinung unserer Leitmedien eine kaum mehr wahrnehmbare Größe darstelle, obwohl laut letztem Verfassungsschutzbericht des Bundes die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten viel höher sei als die der Rechtsextremisten.

Hier rührt Wolffsohn an einen besonders sensiblen Punkt grotesker Verzerrung, ohne ihn näher auszuführen: Den wenigsten ist nämlich bewusst, dass die vermeintlich übergroße Bedrohung durch den sogenannten Rechtextremismus vor allem daher rührt, dass der Gesetzgeber nur im rechten Bereich mit dem Straftatbestand von Propagandadelikten operiert, der dort prozentual dominant ist, den es aber im linken Extremismusfeld überhaupt nicht gibt. Gäbe es auch im linksextremen Bereich Propagandadelikte, also eine strafrechtliche Ahndung der öffentlichen Präsentation von totalitären Symbolen wie Hammer und Sichel, kommunistischer Uniformen oder linksextremer Liedertexte, wäre selbst die offizielle Bedrohungslage total umgekehrt. Stattdessen überwiegt eine völlig überzogene Feindfixierung nach rechtsaußen, die die politische Linke in Deutschland stabilisiert und Konservative politisch-psychologisch bewusst benachteiligt, unter anderem auch durch die semantische Betrugsstrategie „rechts gleich rechtsextrem“.

Wolffsohn wäre nicht Wolffsohn, wenn er nicht auch in seinem flüssig geschriebenen Werk zu Recht auf schon früher geäußerte nützliche Überlegungen und Standpunkte hinwiese, die angesichts der deutschen Problemlage gar nicht oft genug wiederholt werden können: Im Vergleich zu allen Westeuropäern hätten unsere Landsleute ein gebrochenes Nationalgefühl, das auch sicherheitspolitisch bedenklich sei. Zwar verzeichnet Wolffsohn es als positiv, dass es bei den heutigen Deutschen keinen aggressiven, nach außen gerichteten Nationalismus mehr gebe. Aber, so der jüdische Autor wörtlich: „Ein nach innen gerichteter Nationalismus ist notwendig.“ Denn, wer sich selbst als Person und Nation nicht annehme, könne auch seine Umwelt nicht akzeptieren. Oder, wie er einmal an anderer Stelle ähnlich treffend formuliert hat: „Eine Nation, die nicht zu sich selbst den inneren Frieden findet, ist auch nicht in der Lage, den äußeren zu stiften oder gar zu sichern.“

Wer wollte ihm da ernsthaft widersprechen? *Bernd Kallina*

***Michael Wolffsohn: „Zivilcourage – Wie der Staat seine Bürger im Stich lässt“**, dtv, München 2016, Taschenbuch, 96 S., 7,90 Euro*

Anhaltender Zahlenstreit

Einfühlsame Studie über Vergewaltigungen deutscher Frauen bei Kriegsende



70 Jahre nach Kriegsende hat die Konstanzer Historikerin Miriam Gebhardt das noch immer politisierte Thema Frauenvergewaltigung im Zweiten Weltkrieg aufgegriffen, um das gesamtgesellschaftliche Ausmaß der Tragödie zu beschreiben. Ihr Buch „Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs“ ist eine einfühlsam geschriebene Untersuchung des Themas. Nur ein verschwindend geringer Anteil der Täter wurde vor Gericht gestellt. Unfassbar erscheint heute die oft fehlende Empathie im Umfeld der Frauen und Mädchen, was Gebhardt anhand verschiedener Zeugnisse belegt.

Die meisten Opfer der Sexualverbrechen waren traumatisiert und verschwiegen jahrzehntelang oder für immer das ihnen angetane Leid. In der DDR war es aus politischen Gründen nicht opportun, das Thema anzuschneiden. Schwerpunktmäßig hat sich Gebhardt auf die Suche nach Quellen und Berichten über Vergewaltigungen in den drei westlichen Besatzungszonen begeben. Durch persönliche Aufzeichnungen sind diese Ereignisse vergleichsweise selten überliefert. Daher fokussierte die Verfasserin ihre Recherche auf kirchliche Protokolle und amtliche Dokumente.

Wenn es um die Berechnung von Größenordnungen geht, kommt diese Darstellung leider arg ins Schwanken. Gebhardt nimmt an, dass mindestens 860 000 deutsche Frauen von Herbst 1944 bis zum Ende des Besatzungsstatus 1955 auf dem gesamten Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches von Soldaten der alliierten Siegermächte vergewaltigt worden sind.

Damit liegt sie deutlich unter den Schätzungen der Arbeitsgruppe um Helke Sanders, die als Erste eine groß angelegte Untersuchung zu den Massenvergewaltigungen durch die Rote Armee durchgeführt hat („Befreier und Befreite“, 1992). Die von Sanders geschätzte Zahl von 1,9 Millionen Vergewaltigungsopfern im Osten des Deutschen Reichs und in der SBZ zweifelt Gebhardt an, da „die Feministin Sanders“ die Quote der Schwangerschaften infolge von Vergewaltigungen viel zu hoch angesetzt habe.

> Waren es 1,9 Millionen oder nur 860 000 Vergewaltigungen?

Gebhardts eigenes Ergebnis, das für den Teil Deutschlands östlich der Elbe einschließlich der Ostgebiete gut 70 Prozent niedriger ausfällt, beruht auf Berechnungen, die sich auf statistische Angaben aus der Bundesrepublik und West-Berlin beziehen. Laut Mitteilung des Statistischen Bundesamts vom 10. Oktober 1956 lebten 1955 etwa 68 000 uneheliche Besatzungskinder unter Vormundschaft in der Bundesrepublik und West-Berlin. Davon hatten 55 Prozent amerikanische, 15 Prozent französische, 13 Prozent britische, fünf Prozent sowjetische, drei Prozent belgische und zehn Prozent Väter anderer Nationalität. 3200 dieser Kinder waren den Angaben nach bei Vergewaltigungen gezeugt worden. Diese Zahl erhöht Gebhardt noch um 1100 für nicht erfasste Kinder, da ein Viertel der Vergewaltigungsopfer zwischen März und September 1945 laut Statistik verheiratet waren.

Ziemlich gewagt ist die Anwendung dieser Hochrechnung auf die SBZ/DDR. Rund ein Drittel der wegen ihrer Schutzlosigkeit besonders von Vergewaltigungen betroffenen Flüchtlinge und Vertriebenen lebte 1950 in der DDR, wo auch unter sowjetischer Besatzung noch häufig vergewaltigt wurde. Die Journalistin Renate Meinhof spricht von Vergewaltigung als alltäglicher Realität bis zum Sommer 1947. Gebhardt rechnet daher „großzügig“ noch einmal dieselbe Zahl hinzu, was für Deutschland insgesamt 8600 Kinder aus Vergewaltigungen ergibt. Heute entsteht in den USA statistisch gesehen aus jeder 100. Vergewaltigung ein Kind – auf dieser Basis errechnete Gebhardt die Gesamtzahl von mindestens 860 000 deutschen Vergewaltigungsopfern. Da viele Frauen mehrfach vergewaltigt wurden, liege die Zahl der Einzeltaten wesentlich höher.

Mit Sicherheit wird dieser Schätzwert von vielen Seiten her angezweifelt werden, zumal hier sämtliche Todesfälle nach Vergewaltigungen durch das Raster gefallen sind. Ganz überwiegend sind diese Todesfälle in den deutschen Ostgebieten registriert worden, wo die Soldateska der Roten Armee wütete. Sanders geht von 200 000 Vergewaltigungen mit Todesfolge aus. Schwer einschätzbar ist die Zahl der Morde nach Vergewaltigungen, ebenso die vermutlich hohe Zahl der Selbstmorde völlig verstörter Frauen und Mädchen nach den bestialischen Taten. Somit bleibt ein schwerwiegender Kritikpunkt an dieser sonst aufschlussreichen Untersuchung haften. *D. Jestrzemski*

***Miriam Gebhardt: „Als die Soldaten kamen. Die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs“**, Pantheon Verlag, München 2016, Broschur, 352 Seiten, 14,99 Euro*

Propheten des »Klimawandels«

Übersetzte man das Buch des Journalisten Jörg Sommer und des früheren SPD-Umweltpolitikers Michael Müller „Unter 2 Grad“ ins Englische und würde es in den USA bekannt gemacht, so würde es dort wohl kaum auf taube Ohren stoßen. Da vergleichen die Autoren die Situation der heutigen Menschheit mit dem Untergang der Dinosaurier vor 65 Millionen Jahren. Wer will schon so gewaltig untergehen wie die Echsen der Urzeit?

Der anthropogene, also angeblich durch Menschen beeinflusste Klimawandel spitze sich zu, behaupten die Autoren. Er sei das Virus, das die Menschheit in die ökologische Selbstzerstörung treiben könne. Die Dinosaurier unserer Zeit seien die großen Kohle- und Atommeiler. Sie passten nicht mehr in eine Gesellschaft, die heute nicht mehr viel, sondern wenig Energie nachfragen müsse.

Auf der Pariser Weltklimakonferenz im Dezember 2015 einigte man sich auf ein alle Länder in die Pflicht nehmendes Klimaschutzabkommen, die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen, in der Hoffnung, es sogar unter 1,5 Grad zu schaffen. Jedoch seien die Wege dorthin, nach Meinung der Autoren, zu unverbindlich gehalten. Jedes Land solle nämlich nach eigenem Gutdünken freiwillig dazu beitragen.



Die Herausgeber Müller und Sommer schafften es in relativ kurzer Zeit, 30 namhafte Experten aus Wissenschaft, Politik und Medien zu einer Stellungnahme über Hintergründe, Inhalte und Konsequenzen des Weltklimavertrages anzuregen. In vier Abschnitten äußern sich die Fachleute über den Weltklimavertrag und seine Geschichte, die Wissenschaft, Staat und Politik und die Zivilgesellschaft.

Gleich zu Beginn bemerkt der Bundesminister des Auswärtigen Amtes, Frank-Walter Steinmeier, in seinem Vorwort „Der Klimawandel braucht eine Weltinnenpolitik“ ganz im Sinne der Autoren, dass der Vertrag mangels hinreichend konkreter Vorgaben nun mit internationaler Klimadiplomatie weiter auszufüllen sei.

Der Jurist und stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Umweltstiftung, Hermann E. Ott, betitelt seinen Aufsatz im Werk mit „Vorreiterkoalitionen zum Klimaschutz gesucht“. Der Weltklimavertrag markiere nicht das Ende, sondern den Anfang echter globaler Kooperation zum Klimaschutz. Das Erreichte müsse gesichert und weiterentwickelt werden. Es bedürfe einer Allianz der Pioniere, die auf eine frühe Ratifikation drängten und auf schnelle Verstärkung der nationalen Beiträge zum Klimaschutz. Otts Vorschlag ist, die in Paris sehr erfolgreiche „High Ambition Coalition“ weiterzuführen und auszubauen.

Der erste Schritt ist nach Ansicht aller Autoren getan, nun gelte es, die Forderungen durchzusetzen. Wer sich eingehend über den Weltklimavertrag und seine Konsequenzen informieren möchte, kann dieses bei der Lektüre des Buches erfahren. Die Beiträge sind keineswegs „verwissenschaftlicht“, sondern gut lesbar, eingängig und nachvollziehbar geschrieben. *Silvia Friedrich*

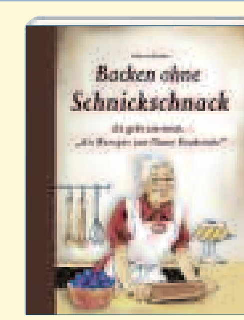
***Michael Müller, Jörg Sommer: „Unter 2 Grad? Was der Weltklimavertrag wirklich bringt“**, Hirzel Verlag, Stuttgart 2016, 320 Seiten, kartoniert, 19,80 Euro*



Dipl.-Ing. Helmut Schneider (Herausgeber)
Erinnerungen an das Panzerregiment 4 und die Tigerabteilung 507
Das Panzerregiment 4 und die schwere Panzerabteilung 507 an den Brennpunkten der Front in Ost und West
In der vorliegenden Chronik wird die dramatische Geschichte des Panzerregiments 4 und der schweren Panzerabteilung 507 primär anhand von Kriegstagebüchern und Erlebnisberichten ehemaliger Abteilungsangehöriger nachvollzogen. Ob Kommandant, Fahrer, Schütze oder Funker – hautnah erlebt der Leser aus der Perspektive des einzelnen Soldaten die Kampfeinsätze. Neben den einschlägigen Gefechtsschilderungen kommen jedoch die heiteren Momente des Soldatenlebens sowie die Erfahrungen von Kameradschaft und Gefangenschaft nicht zu kurz. Nicht zuletzt das größtenteils bisher noch unveröffentlichte Bildmaterial, machen die Chronik der schweren Panzerabteilung 507 zu einem authentischen und einzigartigen Stück Militärgeschichte. 433 S/W-Abbildungen, 336 Seiten im Großformat 24 x 30 cm
Nr. P 540076 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



Elisabeth Bangert
Blechkuchen ohne Schnickschnack (80 Seiten im Großformat)
Es gibt sie noch, „die Rezepte aus Omas Küche"
Blechkuchen sind das pure Kuchenglück – frisch aus dem Ofen und verführerisch duftend! Die schönsten Rezepte aus Omas Backstube sind gefragt wie eh und je: Mit Rhabarberkuchen, Apfel-Rahmkuchen oder Johannisbeerbaiser bringen Sie das Gefühl von früher auf die Kaffeetafel. Alle Rezepte sind leicht verständlich erklärt und einfach nachzubacken. Ein umfangreicher Ratgeber informiert über die verschiedenen Teigsorten, die wichtigsten Zutaten und die benötigten Backutensilien.
Nr. P A1016 Gebunden 5,00 €



Elisabeth Bangert
Backen ohne Schnickschnack
Es gibt sie noch, „die Rezepte aus Omas Backstube"
Ein selbst gebackener Kuchen ist die Krönung jeder Kaffeetafel! Die köstlichen Rezepte von früher stehlen so mancher aufwendigen Backkreation die Show. Und dank moderner Küchengeräte sind gedeckter Apfelkuchen, Rotweinkuchen oder Waffeln schnell, einfach und gelingsicher gebacken. Alle Rezepte sind leicht verständlich erklärt und einfach nachzubacken. Ein umfangreicher Ratgeber informiert über die wichtigsten Zutaten und die benötigten Backutensilien. 80 Seiten im Großformat.
Nr. P A0952 Gebunden 5,00 €



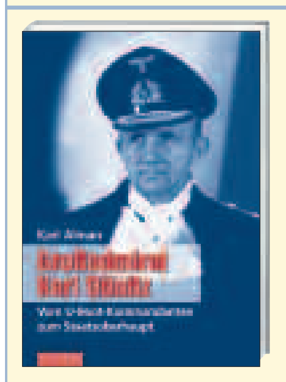
Elisabeth Bangert
Kochen ohne Schnickschnack
Es gibt sie noch, „die Rezepte aus Omas Backstube"
Kochen und genießen wie zu Großmutters Zeiten – ohne komplizierte und teuere Zutaten! Die liebevoll zusammengestellten Rezepte erinnern an die gute alte Zeit. Überraschen Sie Ihre Familie oder Freunde doch einmal mit Himmel und Erde, frischen knusprigen Pfannkuchen oder einem Kirschenmichel. Die Rezepte sind so beschrieben, dass sowohl Anfänger gut damit zurechtkommen, als auch Geübte Spezielles nachschlagen können. 80 Seiten im Großformat.
Nr. P A0951 Gebunden 5,00 €



Luc Braeuer/Hans-Joachim Röll
Korvettenkapitän Otto Adalbert Schnee
Mit U 23, U 6, U 60, U 201 und U 2511 auf Feindfahrt
Dies ist die Geschichte von Korvettenkapitän Adalbert Schnee. Am 31. Dezember 1913 in Berlin geboren, trat er am 8. April 1934 als Seeoffiziersanwärter in die Reichsmarine ein. Am 1. April 1937 zum Leutnant zur See befördert, entschied sich Schnee zur noch jungen U-Boot-Waffe zu wechseln. Zunächst als 1. Wachoffizier auf U 23 unter Otto Kretschmer, dem erfolgreichsten U-Boot-Kommandanten des Zweiten Weltkrieges, eingesetzt, erlebte Adalbert Schnee den Beginn des Krieges. Ab 19. Juli 1940 selbst U-Boot-Kommandant lief er mit U 6, U 60, U 201 und nach einer Zeit als Admiralstabsoffizier beim Befehlshaber der Unterseeboote mit U 2511, einem Boot des völlig neuen Typs XXI, zu Feindfahrten aus. Mit über 95.000 Bruttoregistertonnen versenkten Schiffsraums und ausgezeichnet mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes, gehörte er zu den erfolgreichsten U-Boot-Kommandanten des Zweiten Weltkriegs. 321 S/W-Abb., 272 Seiten im Großformat 24 x 30 cm
Nr. P 540068 Gebunden mit Schutzumschlag 29,95 €



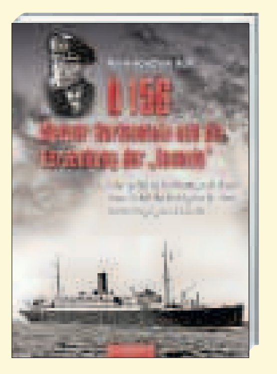
Harald Rabeder (336 Seiten im Großformat 28 x 23,5 cm)
Die Knullenkopfstaffel
Fernaufklärung mit der 1. Staffel/Aufklärungsgruppe 123 über Frankreich, Großbritannien, dem Mittelmeer und über dem Reich
Dies ist die Geschichte der 1. Staffel der Aufklärungsgruppe 123, beginnend mit der Aufstellung der Einheit im Jahr 1935 bis zum Kriegsende im Mai 1945. Der Leser begleitet die Soldaten der 1.(F)/123 in der Friedenszeit, bei ihren ersten Einsätzen über Frankreich und während der Luftschlacht um England. Hautnah erlebt er dabei die Anspannung der Besatzungen im Luftkampf, im schweren Flakfeuer oder die dramatischen Momente eines Bildfluges über London im Herbst 1940. Mit der Verlegung nach Italien steigen die Verluste der Staffel in den Einsätzen über Nordafrika, Malta und während der Invasion Siziliens dramatisch an, sodass die Staffel im Verlauf der Kämpfe in Italien schließlich aufgelöst wird. Anfang 1945 erfolgt die Neuaufstellung der 1.(F)/123 und die Staffel fliegt bis zum Kriegsende Fernaufklärung mit dem legendären Düsenflugzeug Ar 234. Dieses umfassend recherchierte Werk beruht auf bislang unveröffentlichten Aufnahmen, Archivmaterial, Interviews und Einsatzberichten. 380 S/W-Bilder, 12 Landkarten, 10 Farbprofile.
Nr. P 540079 Gebunden mit Schutzumschlag 49,95 €



Karl Alman
Großadmiral Karl Dönitz
Vom U-Boot-Kommandanten zum Staatsoberhaupt
51 S/W-Abb., 328 S./Gebunden
Nr. P 575629 14,95 €

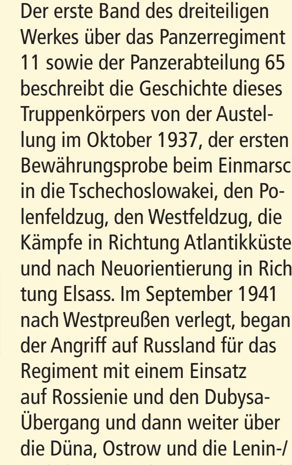
Karl Dönitz, geboren am 16. September 1891 in Grünau bei Berlin und gestorben am 24. Dezember 1980 in Aumühle, war deutscher Marineoffizier im Ersten und Zweiten Weltkrieg, der als U-Boot-Kommandant und dann als Befehlshaber der U-Boote und Oberbefehlshaber der Kriegsmarine Seekriegsgeschichte geschrieben hat. Karl Alman beschreibt das Leben von Karl Dönitz von seiner Geburt, über die Ausbildung zum Seeoffizier, seine Einsätze im Ersten Weltkrieg, seinen Aufstieg im Zweiten Weltkrieg zum Oberbefehlshaber der Marine, die kurze Zeit als Nachfolger von Adolf Hitler als Staatsoberhaupt, sowie seine Verurteilung durch den Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, seine Gefangenschaft und sein Leben wieder in Freiheit bis zu seinem Tod.

Michael Schadewitz
Panzerregiment 11, Panzerersatzabteilung 65 und Panzerersatz- und Ausbildungsabteilung 11
Band 3: Letzte Einsätze in Russland, die Ardennenoffensive, die Kapitulation und die Gefangenschaft – Juni 1944 bis Februar 1948
Band 3: Noch einmal und zunächst nur noch aus der 2. Abteilung bestehend, wurde das Panzerregiment 11 in den Kampf geworfen. Ab Mitte Juli 1944 hatte die Abteilung Einsätze an der Ostpreußenschutzstellung zu bestehen, denen sich Abwehrkämpfe nördlich von Warschau im Winter 1944/1945, Verteidigungsoperationen in Ungarn und ab März 1945 Rückzugsgefechte bei Wien anschlossen, wo das Panzerregiment 11 die Kapitulation erlebte. Im Sonderteil I – Zwanzig Monate getrennt – werden die Einsätze der 1. Abteilung des Panzerregiments 11 bis zur Wiedervereinigung mit der 2. Abteilung beschrieben. Im Sonderteil II Geheimunternehmen Greif wird der Einsatz der 4. Kompanie/Panzerregiment 11 in der Ardennenoffensive behandelt.
357 S/W-Abb. 416 Seiten im Format 24 x 30 cm.
Nr. P 540029 Gebunden mit Schutzumschlag 39,95 €



Hans-Joachim Röll/M. Besler
U 79 – Das Kriegstagebuch
Die Geschichte eines deutschen Unterseebootes im Zweiten Weltkrieg
209 S/W-Abb., 312 S./Gebunden
Nr. P 540007 14,95 €

U 79, von Kapitänleutnant Wolfgang Kaufmann, einem Sohn der Stadt Würzburg, im März 1941 in Dienst gestellt, ging bereits nach wenigen Monaten – im Dezember 1941 – auf seiner 5. Unternehmung im Mittelmeer verloren. Die gesamte Besatzung wurde von britischen Seestreitkräften gerettet und geriet in Gefangenschaft. Sie teilte also nicht das Schicksal der etwa 30 000 U-Boot-Soldaten, die in der See den Tod fanden. Die Dokumentation über U 79 und seine fünf Feindfahrten basiert vor allem auf dem Kriegstagebuch des Bootes, das glücklicherweise erhalten geblieben ist. Hinzu kommen Augenzeugenberichte von Überlebenden, die durch ihre Beiträge an der Entstehung dieses Werkes mitgewirkt haben. Das Buch enthält zahlreiche bisher unveröffentlichte Fotografien.



Michael Schadewitz
Panzerregiment 11, Panzerersatzabteilung 65
Band 1: Von Blitzsieg zu Blitzsieg – Oktober 1937 bis September 1941
348 Abb. 448 S. (Gebunden)
Nr. P 540027 39,95 €

Der erste Band des dreiteiligen Werkes über das Panzerregiment 11 sowie der Panzerabteilung 65 beschreibt die Geschichte dieses Truppenkörpers von der Austellung im Oktober 1937, der ersten Bewährungsprobe beim Einmarsch in die Tschechoslowakei, den Polenfeldzug, den Westfeldzug, die Kämpfe in Richtung Atlantikküste und nach Neuorientierung in Richtung Elsass. Im September 1941 nach Westpreußen verlegt, begann der Angriff auf Russland für das Regiment mit einem Einsatz auf Rossienie und den Dubysa-Übergang und dann weiter über die Düna, Ostrow und die Lenin-/Stalinlinie in Richtung Leningrad. Mit den Kämpfen vor Leningrad endet der erste Teil des Werkes.



Michael Schadewitz (319 Abb. 384 S.)
Panzerregiment 11, Panzerersatzabteilung 65
Band 2: Als Feuerwehr an den Brennpunkten der Ostfront – Oktober 1941 bis Mai 1944 (Gebunden)
Nr. P 540028 39,95 €

Der zweite Band des dreiteiligen Werkes über das Panzerregiment 11 sowie der Panzerabteilung 65 beschreibt die Einsätze des Regiments im Rahmen der 6. Panzerdivision im Mittelabschnitt der deutschen Ostfront vor Moskau im Herbst und Winter 1941, die Auffrischung in Frankreich und der Einsatz des Regiments zur Befreiung der 6. Armee in Stalingrad, wobei es dem Regiment gelang, bis auf 48 Kilometer an den Einschließungsring um die Stadt heranzukommen. Eingesetzt beim Unternehmen „Zitadelle", der größten Panzerschlacht aller Zeiten, konnte das Regiment noch einmal Erfolge erzielen und wurde anschließend zwischen dem Dnjepr und Jaslo in Rückzugskämpfe verwickelt.

Hans-Joachim Röll
U 156, Werner Hartenstein und die Versenkung der „Laconia"
124 S/W-Abb., 240 Seiten. Gebunden
Nr. P 540018 14,95 €

Als U 156 unter dem Kommando von Korvettenkapitän Werner Hartenstein auf dem Höhepunkt des U-Boot-Krieges vor der Westküste Afrikas am 12. September 1942 zwei Torpedos auf den mit über 3.000 Menschen besetzten britischen Truppentransporter Laconia abfeuerte und das Schiff versenkte, ahnte noch niemand, was darauf folgen sollte. Nachdem auf U 156 festgestellt worden war, dass sich auf dem Schiff auch Frauen, Kinder und Kriegsgefangene befanden, leitete Werner Hartenstein unter dem Eindruck der sich entwickelnden Katastrophe eine Rettungsaktion ein, die in der Geschichte des Seekrieges beispiellos ist. Dieses Buch beschreibt die dramatischen Ereignisse der Versenkung der Laconia und der darauf folgenden Rettungsaktion.



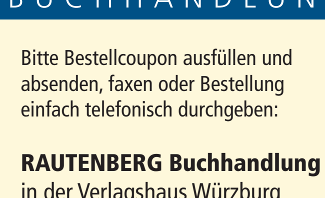
Silke Osman (Hrsg.)
Der redliche Ostpreuße 2017
Ein Kalenderbuch für 2017
Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2017, jetzt mit 160 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure und Architekten wie Charlotte Berend-Corinth, Max Taut, Emil von Behring, Frank Wisbar, Otto Nicolai, Johannes Bobrowski, Richard Wagner, Käthe Kollwitz, Ernst Mollenhauer, Stanislaus Cauer u.v.m. sowie Erzählungen und Gedichten von: Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Ottfried Graf Finkenstein, Ernst Wiechert, Ruth Geede, Hermann Sudermann, Eva-Maria Sirowatka, Walter von Sanden-Guja, Wilhelm Reichermann, Hans Ulrich Stamm, Hans Graf von Lehndorff, Ruth Maria Wagner, Walter Scheffler, Frieda Jung, Grete Fischer, Heinrich Eichen, E.T.A. Hoffmann, Fritz Kudnig u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten
Nr. P 533180 Gebunden 9,95 €



Großformat-Kalender
Ostpreußen/ Westpreußen 2017
Der Kalender ist mit zwölf verschiedenen, postergroßen Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt den Dom von Königsberg, die Bischofsburg von Frauenburg, die Königin-Luisenbrücke in Tilsit, Motive aus Friedland, Allenstein, Preußisch Eylau, Guttstadt, die Marienburg, Marienwerder, Lauknen, Pillkoppen, die Altstadt von Danzig und viele mehr. Das Kalendarium zeigt Mondphasen und die wichtigsten Feiertage an.
Format 60 x 48 cm
Nr. P 535531 27,95 €



Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2017
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Die vier Jahreszeiten".
Format 50 x 35 cm
Nr. P A1029 19,60 €/22,60 €



Kalender Ostpreußen Gestern 2017
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus der alten Heimat Ostpreußen. Spiralbindung. Wandkalender. Format 29 x 32 cm
Nr. P A1026 Kalender 14,90 €



RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Burschenschafter gründen Verband

Jena – Knapp 30 Burschenschaften wollen sich auf einer Tagung in Jena vom 30. September bis 3. Oktober zu einem neuen Dachverband zusammenschließen. Der Verband soll den Namen „Allgemeine Deutsche Burschenschaft" erhalten. Die Verbindungen hatten mit der Austrittswelle ab 2012 den alten Dachverband „Deutsche Burschenschaft" verlassen, dem nur gut die Hälfte seiner einst mehr als 120 Mitgliedsverbindungen geblieben ist. *H.H.*

Sozialbetrug leicht gemacht

Bremen – Viele Jobcenter sind offenbar kaum noch in der Lage, gegen Sozialbetrug vorzugehen. Aufsehen erregte jetzt der Fall eines Bremer SPD-Abgeordneten, der jahrelang ein regelrechtes Netzwerk geleitet haben soll, um Hartz-IV-Leistungen zu erschleichen. Wie die „Süddeutsche Zeitung" berichtet, klagen Jobcenter-Mitarbeiter über massiven Personalmangel. So müsse ein Mitarbeiter bis zu 300 Hartz-IV-Empfänger betreuen – statt wie offiziell angepeilt 106. *H.H.*

ZUR PERSON

Ex-Soldat kontra Krawallmacher

Die AfD ist immer für Überraschungen gut: In der Partei können auch ältere Herrschaften zum politischen Senkrechtstarter werden. Als solchen kann man den 64-jährigen **Georg Pazderski** bezeichnen, der als AfD-Spitzenkandidat bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus auf Anhieb 14,2 Prozent erreichte. Für eine linksdominierte Großstadt wie Berlin ist das ein sensationelles Ergebnis.

Pazderskis Parteikarriere begann spät. Erst 2013 trat der zuvor parteilose Ex-Berufssoldat in die AfD ein. Und zwar aus Begeisterung für den Parteigründer Bernd Lucke, den er „erfrischen anders" fand. Weil Pazderski aufgrund seiner Offizierskarriere viel organisatorisches Geschick besitzt, machte Lucke ihn zum Bundesgeschäftsführer, bis es Mitte 2015 zum Bruch zwischen den beiden kam. Als sich wenige Tage später Frauke Petry an die Macht putschte, ging Lucke, aber Pazderski blieb. Gemeinsam mit Beatrix von Storch ist er seit Anfang des Jahres Landesvorsitzender in Berlin. Weil von Storch eher bundespolitische Ambitionen hat, überließ die AfD-Europaabgeordnete Pazderski den Vortritt. Dabei ist der nationalkonservativen Politiker kein Berliner. Geboren in Pirmasens, lebt er erst seit 2012 an der Spree, als er seinen Abschied von der Bundeswehr nahm. Während seiner 41-jährigen Soldatenlaufbahn baute er unter anderem die Bundeswehr in den Neuen Ländern auf, war von Brüssel aus am Aufbau des 1. Deutsch-Niederländischen Korps beteiligt und gehörte in Tampa/Florida zum sicherheitspolitischen Beraterteam um US-General David Petraeus. Zuletzt hat er sich als Oberst im Generalstabsdienst ein diplomatisches Auftreten angewöhnt, was dem stets moderat wirkenden Kosmopoliten viel Respekt in seiner Partei eingebracht hat, in der so manchen oft für Unruhe sorgt. *H. Tews*





Wende geradeaus

Wie Merkel dann doch nichts ändert, was uns »Bautzen« über die Medien sagt, und wir Islamkritiker mit dem IS denunzieren / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wenn das Pfeifen im dunklen Walde die Angst nicht mehr vertreiben kann, muss eben gebrüllt werden. Berlin sei „anständig geblieben", stößt SPD-Chef Gabriel laut hervor. Wenn die Berliner also nicht so gewählt hätten, dass sein Genosse Michael Müller mit knapper Not Bürgermeister bleiben darf, wäre das also „unanständig" gewesen, so die Logik des Vize-Kanzlers. Dahinter schimmert eine interessante Version jenes „Zusammenhalts in der Gesellschaft" hervor, den die Sozialdemokraten immerzu beschwören.

Ansonsten fühlen sich die Hauptstadt-Sozis „klar" bestätigt, mit gut 21 Prozent. Die Kanzlerin zieht aus dem Desaster ihrer Partei den Schluss, dass sie die Zeit gern um viele, viele Jahre zurückdrehen möchte. „Wir schaffen das", wolle sie jetzt nicht mehr sagen. 2015 solle sich nicht wiederholen.

Regierungsfreundliche Medien feiern die Äußerungen euphorisch als „Merkel-Wende". Wende wohin? Die CDU-Chefin sagt, man hätte sich auf die Flut von 2015 „besser vorbereiten" sollen, außerdem habe sie ihre Politik den Bürger nicht hinreichend vermittelt. Eine Obergrenze werde es aber weiterhin nicht geben, stattdessen müssten sich die Deutschen nun „selbst übertreffen". Allerdings werde sie mit niemandem mehr reden, der „Merkel weg" ruft oder ihr vorwirft, das Land in die Überfremdung zu treiben. Denen mit Fakten zu kommen, sei nämlich „unlogisch".

Wende? Übersetzen wir das mal: Das millionenfache Hereinwinken bleibt weiterhin richtig, es war nur nicht gut genug organisiert. Den blöden Deutschen muss man alles dreimal sagen („vermitteln"), und nun seht mal zu, wie ihr mit meinem Schlamassel klarkommt, ihr tüchtigen kleinen Bürgerlein. Im Übrigen: Wer meinen Rücktritt fordert oder meine Politik fatal findet, mit dem rede ich gar nicht, der hat für mich aufgehört zu existieren, so die oberste Christ-Demokratin.

Das also ist er, der „große Schritt" („Bild"), den Merkel auf die Kritiker in der CSU und im Volk zugegangen sei. In München findet man die Merkel-Worte „eindrucksvoll", man ist also mindestens ebenso angetan wie die meisten Medien.

Woher rührt die allseitige Freude? Da hat jeder seine eigenen Gründe. Die arme CSU steckt seit einem Jahr in der Klemme: Einerseits will sie mit Merkels Asyldesaster nicht in der Öffentlichkeit gesehen werden, distanziert sich davon und stößt Drohungen aus. Die Drohungen bleiben aber folgenlos, weshalb das Ganze irgendwann wie pures Affentheater aussehen muss. Da ist so eine inszenierte „Wende" schon ein schönes Geschenk. Kann man ja als Sieg verkaufen, auch wenn sie in Wahrheit rein gar nichts wendet. Dass in der Sache wieder nichts passieren wird, merken die Leute erst später.

> Sie halten die Show für die Wirklichkeit und die Wirklichkeit für eine Erfindung der Populisten

Der Großteil der Medien wiederum hat sich in der „Flüchtlingsfrage" längst dafür entschieden, die Show für die Wirklichkeit zu halten und die Wirklichkeit für eine Erfindung der Populisten. Oder? Hat es da „nach Köln" nicht auch eine Art Selbstläuterung gegeben?

Denkste. In den Regalen der großen Gazetten sind die Rollen von Gut und Böse noch immer ebenso so klar zugeordnet wie zur Blütezeit des Willkommenstrubels im Spätsommer 2015. Die Berichterstattung zu den Vorfällen in Bautzen ersticken jeden Zweifel an der strammen Parteilichkeit der Redakteure.

So lesen wir in den Netzauftritten zweier großer Nachrichtenmagazine eine dpa-Meldung, die uns erzählt, dort „standen sich ... rund 80 gewaltbereite Männer und Frauen – zum Großteil aus dem politisch rechten Spektrum – sowie 20 junge Asylbewerber gegenüber". Zwischen beiden Lagern sei es zu Wortgefechten und tätlichen Auseinandersetzungen gekommen. Es „flogen Flaschen". Am Vortag bereits sei ein 32-jähriger Bautzner durch einen Flaschenwurf verletzt worden.

Die Lage ist glasklar: Hier die „gewaltbereiten" rechten Männer und Frauen, also Schurken, dort die „jungen" Asylbewerber. Von wem ging die Gewalt aus, von „jung" oder von „gewaltbereit"?

Genau: von „jung". Als die Polizei die bis dahin nur verbal streitenden Gruppen trennen wollte, bewarfen die „Jungen" die Beamten mit Flaschen, Holzlatten und „anderen Gegenständen". Daraufhin erst haben die „gewaltbereiten Rechten" ihre physische Zurückhaltung aufgegeben und sind auf die Asylbewerber los.

Ist es nicht bemerkenswert, mit welcher Finesse unser Qualitätsjournalismus die Tatsachen durch kleine, feine Attribute auf den Kopf stellt? Eine führende sächsische Regionalzeitung kann's noch besser. Laut dem Blatt haben sich die 80 Einheimischen dort „zusammengerottet", während ihnen die Gruppe der jungen Asylbewerber bloß „gegenüberstand".

Und wer hat die Flasche tags zuvor gegen den 32-Jährigen geschleudert? Erfahren wir nicht. Ein Hotelbetreiber, dessen Haus am Ort des Geschehens steht, beschwert sich, dass seine Gäste derart angepöbelt werden, dass sich manche abends nicht mehr hinaus trauen, so die Medien. Wer pöbelt? Wird lieber weggelassen. Immerhin bekommen wir einen kleinen Hinweis: An dem Platz hat die Stadt eine kostenlose Wlan-Station eingerichtet, die von den Asylsuchern rege genutzt wird. Die solle man doch bitte abstellen, damit das Gepöbel ein Ende habe, fordert der Hotelier. Aha.

Dumm ist für derlei Medienmacher, dass immer mehr ihrer Leser die Methoden der „Lückenpresse" durchschauen und solange zwischen den Zeilen herumwühlen, bis die Wahrheit ans Licht kommt. Verblüffend übrigens, dass die Journalisten selbst dann noch verbissen an ihren Zuschreibungen wie „gewaltbereit" hier und „jung" dort festhalten, wenn sogar in ihrem eigenen Beitrag steht, dass die „Jungen" die Gewalteskalation vom Zaun gebrochen haben.

Vor einem derart unerschütterlichen Freund-Feind-Schema können wir nur den Hut ziehen. Indes: Mit Journalismus hat das nichts mehr zu tun. Bestenfalls mit jener Version, die in Sachsen bis 1989 üblich war. Gut, in der DDR war ja nicht alles schlecht, hören wir immer mal wieder. Aber ob damit ausgerechnet die SED-treuen Zeitungen und deren Auffassung von „wahrheitsgemäßer Berichterstattung" gemeint sind? In manch einer Redaktion scheint man das so zu sehen. Allein die Vokabel „Zusammenrottung" für politisch nicht genehme Menschenansammlungen nötigt zu Tränen der DDR-Nostalgie.

Richtig würzig wird es, wenn selbst mit Adjektiven nicht mehr manipuliert werden kann. Dann entwickelt die Lückenpresse eine ungeahnte Phantasie.

Die Frage, ob sich mit den unkontrollierten Balkan-Trecks auch Terroristen einschmuggeln könnten, war noch vor einem Jahr bei Strafe der öffentlichen Ächtung verboten. Dann kam das Attentat von Paris mit drei herein-„geflüchteten" Massenmördern.

Daran mussten sie lange herumkauen, die Wächter der einzig wahren Wahrheit. Dann aber haben sie eine geniale Lösung gefunden: Der Islamische Staat (IS) schleust Terroristen nach Europa, um Streit zu säen zwischen Europäern und Muslimen. Damit solle ein Bürgerkrieg provoziert werden.

Eine umwerfende Logik. Ist es nicht das Ziel des IS, die ganze Welt islamisch zu machen, zuvörderst das alte Abendland, Europa? Wer würde einen solchen „Bürgerkrieg" bei derzeitiger Kräfteverteilung wohl gewinnen? Doch wohl eher die Europäer, die hernach ihren Laden für jede weitere muslimische Einwanderung dichtmachen dürften, womit der Traum vom islamisierten Europa geplatzt wäre.

Darauf arbeitet der IS hin? Natürlich nicht. Der Dreh mit dem Streit säen verfolgt einen anderen Zweck: Damit will man den Islamkritikern in den Rücken fallen. Denn nach dieser Lesart betreiben die ja sozusagen die Sache des IS, indem sie „Zwietracht" säten zwischen Moslems und Nichtmoslems in Europa. Ist das nicht gerissen? Gerissen schon, aber leider auch gut durchschaubar.

MEINUNGEN

***Michael Klonovsky** hegt arge Zweifel, dass es sich bei den **nordafrikanischen Prüglern von Bautzen** um Flüchtlinge handelt und kommt in seinem Blog (15. September) zu dem Schluss:*

„Würden Sie das tun, wenn Sie in einem fremden Erdteil Zuflucht suchten? Nein. Dann sind Sie wahrscheinlich bloß degeneriert und taugen nicht zum Eroberer. In jedem normalen Land fliegst du raus, wenn du einen Beamten mit Gegenständen bewirfst, in Deutschland stellten sich Politik, Medien und Gutmenschen auf deine Seite. Untypisch dürfte dagegen sein, dass Einheimische meinten, ihre Kommune verteidigen zu müssen. In den Städten des Westens hat man ihnen das längst erfolgreich abgewöhnt."

*In Berlin sei das Projekt einer **CDU** als nach links gewendeter **„moderner Großstadtpartei"** endgültig gescheitert, schreibt **Jasper von Altenbockum** in der „FAZ" (19. September):*

„Wenn 67 Prozent der Befragten in Berlin sagen, die CDU habe kein Gefühl mehr für die Sorgen der kleinen Leute, ist das eine Katastrophe für die Volkspartei, allerdings auch ein Zeichen dafür, dass auf dem Holzweg ist, wer das Glück in der regenbogenfarbenen Metro-CDU sucht."

*Das „Handelsblatt" (19. September) zitiert Bayerns Finanzminister **Markus Söder** (CSU), der es **ähnlich** zu sehen scheint:*

„Das ist der zweite massive Weckruf in zwei Wochen. Der Union droht ein dauerhafter und massiver Vertrauensverlust in ihrer Stammwählerschaft."

***Ulf Poschardt** gibt in der „Welt" (19. September) einen Ausblick auf das, was **Berlin** nun **bevorsteht**:*

„Viel deutet auf eine rot-rotgrüne Koalition hin, die das Zeug hat, das Schlimmste aus diesen drei irgendwie linken Parteien herauszukitzeln. In einer überbürokratisierten Stadt mit einer dysfunktionalen Verwaltung droht nun noch mehr Etatismus und Bevormundung. Das, was die Grünen an Veggieday, Begegnungszonen (im Straßenverkehr) und Sexy-Werbung-Werbeverbot begehren, wird ergänzt von den sozialistischen Nannystate-Wünschen der Linken und dem biederen Bevormundungsselbstverständnis der Sozialdemokraten ..."

***Bettina Röhl** sieht Deutschland auf eine **Katastrophe** zulaufen **infolge** der grün gewirkten Politik **Merkels**. Bis dahin werde sich wenig ändern, schreibt sie in „Tichys Einblick" (19. September):*

„Der Schaukampf gegen Rechts und der heldenhafte Verhinderungskampf der AfD werden weiterlaufen. Die Einwanderungspolitik wird chaotisch bleiben und in sich widersprüchlich obendrein. Das Ergebnis der Berliner Wahl eröffnet einen sehr düsteren Blick auf die aktuelle und mutmaßlich zukünftige Lage. Solange die Bundesrepublik und die bundesrepublikanische Wirtschaft vom Niedrigzinsgeld der Weltmärkte und dem künstlich erzeugten Nullzinsgeld der eigenen Notenbanken profitieren und die wirtschaftlichen ‚Erträge' alle politischen und gesellschaftlichen Fehlentwicklungen mit Geld zukleistern, gibt es keinen politischen Veränderungsdruck."